

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupengasse 2/4, und durch Subskriptionen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, incl. ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen für die einzelnen Nummern oder deren Gesamtsumme 40 Pf. Einmalige Beiträge unter Zug. 1 M. Infolge für Arbeitsmarkt 15 Pf. Ausländische Abonnenten: 25 Pf. in Fernpost. Infolge für die adressierten Nummern bis zur Einzahlung 1 Uhr bis der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 87.

Breslau, Dienstag, den 15. April 1913.

24. Jahrgang.

Das Ende der Steuerdebatte.

Die Deckungsvorlagen sind am Sonnabend der Budgetkommission überwiesen worden, und die große Woche hat damit ihr Ende erreicht. Von den Blättern der Konservativen ist in den letzten Tagen bittere Klage geführt worden, daß der Reichstag in der Erörterung der ersten Fragen nicht die gewünschte Würde bewiesen habe. Das ist kein Zweifel, wie auch der heutige Tag noch bewiesen hat, daß Begeisterung für die Steuererhöhung oder gar für die neuen Steuern nirgends zu finden war und nur Herr Behrens und der Reichskongress machten sich heute noch mit einigen Redensarten über die freudige Opferwilligkeit zu tun. Mehr als platonische Redensarten sind das nicht.

Herr Behrens, der für die Fortschrittler die zweite Rede hielt, kritisierte noch kräftiger, als es Herr v. Bayer getan hatte, die Vorschläge der Regierung. Er wandte sich gegen den ganzen Gedankengang, der ihren Vorträgen zu Grunde liegt und trat für die Schaffung einer dauernden Vermögenssteuer ein, die durch eine Erbschaftsteuer wirksam kontrolliert wird. Nach Herrn Behrens sprach Herr v. Bethmann-Hollweg. Er war, wie gesagt, scheinbar sehr optimistisch und überließ gern die Schwierigkeiten, die sich zweifellos der Verwirklichung seiner Absichten entgegenstellen werden. Wenigstens suchte er sie nach Möglichkeit zu unterschätzen. Er hielt es aber doch für nötig, den üblichen Appell an die bürgerlichen Parteien zu richten und vor den Störungen zu warnen, die aus dem Vorschlag der Erbschaftsteuer oder der Vermögenssteuer hervorgehen würden. Dabei war er wiederum genötigt, ein Mißverständnis „auszuklären“, das seine Worte über den Luxus und das Wohlleben angeht.

Genosse Segitz polemisierte erfolgreich gegen den Versuch, anstelle der Verlegenheitsprodukte der Regierung ein vernünftiges System direkter Steuern zu setzen, und er nützte die Gelegenheit, um auch dem Grafen Posadowsky auf seine gekrümmte Rede einige überzeugende Wahrheiten zu sagen. Sehr interessant in seinen Ausführungen war besonders die Darstellung der Verhältnisse, wie sie sich im Bundesrat gestaltet haben. Seine Mitteilung, daß dort Militär- und Deckungsvorlagen nur durch die bayerische Zustimmung eine Mehrheit gefunden haben, fand von keiner Seite Widerspruch, obwohl die Mitglieder der Regierung gerade diesen Teil seiner Ausführungen aufmerksam vernommen hatten.

Daß es möglichst schnell mit der Annahme der Vorlagen gehe, war der deutlichste Wunsch, den Herr Dr. Trendelenburg sprach. Genosse Dr. Südekum, der zuletzt zu Wort kam, wandte sich gegen diese begeisterte Neigung zu übereilmäßiger Eile und er warf gegenüber dem Kanzler gerade die Prinzipienfragen auf, von denen die Herren der Rechten nichts wissen wollen.

Ueber die einzelnen Steuerprojekte der Regierung wird es in der Kommission sehr lebhaft Auseinandersetzungen geben. Ob die Abstimmungen der Kommission aber für die endgültige Entscheidung im Plenum maßgebend sein werden, ist noch sehr die Frage. Man richtet heute das Hauptaugenmerk auf die Nationalliberalen, und hält einen Sieg der schwarzblauen Steuerpolitik durch ihren Umfall für nicht unwahrscheinlich. Sollte aber der größere Teil der Nationalliberalen fehlerhaft und nur der altnationalliberale Bruch nach rechts abschnitten, dann wird die Entscheidung im Plenum bei den kleinen Fraktionsplittern und den Eingängern liegen, namentlich auch die Polen mit ihren 18 Mann können für die Mehrheitsbildung sehr wichtig werden. Wenn man von Mehrheitsbildungen nach rechts oder links spricht, übersehen man sehr oft, daß die beiden liberalen Fraktionen mit der Sozialdemokratie zusammen um etwa 50 Mandate stärker sind als die beiden konservativen Fraktionen mit dem Zentrum zusammen. Steht für die Mehrheitsbildung nach links die große Schwierigkeit in der Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen, so ist die Mehrheitsbildung nach rechts auch nicht so leicht, weil für sie die Zusammenrottung der verschiedenen Fraktionen und Fraktionsteilchen notwendig ist. Es würde also wahrscheinlich die Energie und Geschicklichkeit auch nur eines namhaften Teiles der nationalliberalen Fraktion genügen, um die feierlichen Versprechungen wahr zu machen, die vor Jahresfrist von dieser Partei im Reichstag abgegeben worden sind.

Wie immer aber die Entscheidungen fallen werden, so bleibt die widerwillig getragene Militärvorlage und die Art ihrer Deckung ein neuer Keim der Zerjegung für die bürgerlichen Parteien, ein neuer Anstoß zur Aufrüttelung der Massen. Der Anfang war so gut, wie sich unter den gegebenen Verhältnissen nur immer erhoffen ließ, auch die Gegner müssen zugeben, daß sich die Sozialdemokraten glänzend geschlagen haben. Wie im Plenum, so werden sie auch in der Kommission nach dem Grundsatze handeln, alles zu tun, was in ihren Kräften steht und das Uebrige dem Volke zu überlassen.

Generalstreik in Belgien.

Am heutigen Montag morgen beginnt in dem kleinen Industriegebiete, das zwischen Frankreich und Deutschland eingeklemmt ist, der Generalstreik für Erzielung eines besseren Wahlrechts. Die kirchlichen Regierungsgremien suchen jetzt schon die Bedeutung desselben herabzusetzen, indem sie behaupten, es werde nur ein kleiner Teil der Arbeiter streiken, da von den 1200000 belgischen Arbeitern nur 116000 organisiert seien und diesen die katholischen Gewerkschaften, die 100000 Arbeiter umfassen, gegenüberstünden. Die unabhängige liberale „Independance belge“ dagegen nimmt an, daß 80 Prozent der Kohlenarbeiter, 60 Prozent der Hüttenarbeiter, 50 Prozent der Arbeiter in den Steinbrüchen, 30 Prozent der Metallarbeiter und 70 Prozent der Arbeiter in den Webereien aller Art streiken werden, und berechnet, daß für alle diese Arbeiter der Verlust an Löhnen täglich eine Million betrage. Wenn der Ausstand auch nur zwei Drittel der belgischen Industrie-Arbeiter ergreife, deren Zahl 800000 bis 850000 betrage, so ergebe sich ein täglicher Verlust an Löhnen in der Höhe von mehr als zwei Millionen. Die Verluste des Handels sind etwas schwieriger zu berechnen, aber sie sind ebenfalls nicht gering. „Wenn man“, schreibt das genannte Blatt, „den Wert der Produkte unserer Kohlenbergwerke, der metallurgischen Werkstätten und der Steinbrüche in Betracht zieht, so ergibt sich für diese drei Industrien allein ein täglicher Verlust von vier Millionen. Dazu kommt der Verlust der anderen Industriezweige: der Webereien, der Bauindustrie, der öffentlichen Arbeiten, der Glas- und Spiegelfabriken und des Handels im allgemeinen. Das sind nur die direkten Verluste. Die indirekten Verluste sind nicht minder bedeutend. Wenn unsere Hochöfen nicht mehr bedient werden, so kann dies die vollständige Zerstörung eines Hochofens bedeuten. Eine bloße Unterbrechung ihres Betriebes kann viele Tausende kosten. Ein Glasofen, der nicht mehr heizt wird, muß zerstört werden; die Glasmasse erstarrt und es bedarf des Dynamits, um den Ofen zu sprengen. Gegenwärtig sind in Belgien 27 solcher Ofen im Betriebe; ihr Verlust wird sich auf nahezu eine Million beziffern.

Die Aufträge bleiben aus; die Bestellungen werden null und nichtig, weil sie nicht ausgeführt werden können. Die fremde Konkurrenz wird sich der Bestellungen bemächtigen; sie wird jetzt die Schienen, Lokomotiven und Maschinen liefern. Die ganze belgische Industrie fällt in Mißkredit, weil man sich nicht mehr darauf verlassen kann, daß sie die erhaltenen Aufträge auch ausführen imstande ist.“ Noch bedenklicher ist dem liberalen Blatte ein anderer Schaden, der die belgische Industrie bedroht: „Einen Ofen kann man wieder aufbauen, eine Maschine kann man ersetzen, aber eine Bevölkerung von Spezialarbeitern kann man nicht ersetzen. Schon jetzt reisen zahlreiche Agenten der Industrien der französischen Departements Nord und Pas de Calais, in denen es an Arbeitern fehlt, in den belgischen Grenzbezirken umher und werben für hohen Lohn Arbeiter an; diese unterzeichnen den Vertrag und gehen nach Frankreich. Das ist die Abwanderung des Kerns unserer Arbeiterbevölkerung, eine wahre Katastrophe für die Industrien unseres Landes.“

Was ist nun, so fragt die „Frankfurter Zeitung“, geschehen, um diese Schädigung des Landes zu verhindern? Von Seiten der kirchlichen Regierung nichts. Das einzige Mittel, mit dem sie den Generalstreik verhindern konnte, die Revision der Verfassung zum Zwecke der Verbesserung des Wahlrechts, hat sie beharrlich verweigert.

Tatsächlich hat die Regierung zwar die Majorität im Parlament, aber im Lande befindet sie sich in der Minderheit. Das ist in Wahrheit ein revolutionärer Zustand und es ist das letzte Mittel der Arbeiterschaft, an den Generalstreik zu appellieren. Den liberalen und sozialistischen Führern ist es nicht gelungen, die Regierung zu einem Zugeständnis zu bewegen; nicht einmal zu dem Versprechen, die Frage der Revision zu studieren oder durch eine Kommission studieren zu lassen, was sie zu bringen. Darum hat der Nationalrat der Arbeiterpartei am 12. Februar in Anwesenheit von 3000 Delegierten den Ausbruch des Generalstreiks auf den 14. April festgesetzt. Das war eine reichliche Bedenkzeit für die Regierung. Der Ministerpräsident de Broqueville schien auch zur Nachgiebigkeit bereit zu sein; wenigstens gab er den Bürgermeistern der großen Städte, die ihm am 28. Februar unter Führung des Bürgermeisters May von Brüssel Vorstellungen machten, einige Erklärungen, die man dahin deuten konnte, daß von der Regierung ein Entgegenkommen zu erwarten sei.

Aber auch das war, wie unsere Leser wissen, nur ein Täuschungsmittel und nun ist der Kampf selbst erbittert entbrannt. Wir wünschen unseren belgischen Brüdern, die nicht zum ersten Male zur Waffe des politischen Streiks greifen, und die ihren Feldzug sorgfältig vorbereitet haben, einen guten Erfolg.

In letzter Stunde.

Brüssel, 13. April.

Die letzten Tage und Stunden, die der Arbeiterpartei und den Streikkomitees bleiben, werden um so energischer und febriler ausgenutzt, um die Streikenden mit dem unerschütterlichen Bewußtsein zu erfüllen, daß der Generalstreik allen Forderungen, allen „Maßnahmen“, allen Verboten und offenen Antrieben der kirchlichen Presse, das Gegenteil zu provozieren zum Trotz, friedlich bleiben muß. Die Arbeiterschaft kämpft für ihre Würde und das gleiche Recht und nicht für eine Ordnungskettekapitulation des Kirchtums.

Das Brüsseler Gemeindefolgeamt hat beschlossen, die Kinder von Streikenden, die in Brüssel Aufnahme finden, in den Gemeindefschulen aufzunehmen.

Es lebe der Streik!

Verbiers, 13. April. Die Zahl der Streikenden wird sich hier auf etwa 15000 bis 18000 belaufen.

Die Gegner an der Arbeit.

Brüssel, 13. April. Im Mittelgebiet Belgiens haben die großen Wäldereien Motoren einstellen lassen, damit, falls die Arbeiter der Elektrizitätswerke sich ebenfalls der Streikbewegung anschließen sollten, die Herstellung der Wälder keine Unterbrechung erleidet. Unenthaltbar wurden anti-militaristische Plakate beschlagnahmt, die die Aufforderung an die Soldaten enthielten, den Gehorsam zu verweigern, falls sie aufgefordert würden, gegen die Streikenden einzuschreiten. Die Brüsseler bürgerlichen Blätter lägen ihren Lesern vor, daß in dem Industriebezirk von Huy ein schwunghafter Handel mit Revolvern getrieben werde.

Internationale Wirkungen.

Antwerpen, 13. April. Die großen transatlantischen Linien, der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie, sehen die Lage infolge des bevorstehenden Streiks in den belgischen Häfen sehr pessimistisch an. Sie haben sich dahin geeinigt, daß, sobald sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben, in Antwerpen keine Güter, sondern nur Passagiere abgesetzt werden sollen. Die Güter werden wahrscheinlich nach Rotterdam geschafft werden.

Die Friedensschalmei

klingt durch die europäische Presse, seit die russische Regierung vor einigen Tagen Nikita verabschiedet, ihre Panlawisten „beruhigt“ und Bethmanns Besprechung zurückgewiesen hat. Man redet davon, daß in acht Tagen die vorläufigen Friedensbedingungen unterzeichnet sein werden. Auf dem Balkan selbst sieht es noch nicht so sonnig aus. Zwar hat die serbische Regierung den Mächten offiziell angekündigt, daß sie ihre Truppen von Skutari zurückzieht, aber Nikita lagert und bombardiert weiter und läßt aus Cetinje verbreiten:

Cetinje, 12. April. Die Meldungen ausländischer Blätter, daß Montenegro bereit sei, gegen eine Barzahlung von 20 Millionen Franks auf den Besitz Skutaris zu verzichten, sind böswillige Erfindungen. Es würde eine Verleumdung des montenegrinischen Volkes und eine Entehrung der Laufende vor Skutari bedeuten sein, eine Geldentschädigung überhaupt für eine Forderung anzunehmen, die eine Lebensbedingung für Montenegro ist. Ebenso falsch sind die Nachrichten, die im Umlauf über eine angebliche Abdankung des Königs verbreitet sind. König Nikolaus war im Lande nie belästigt, als jetzt, und seine gewisse Verklammerung gegen den König beträftigt nur seine und seiner Dynastie Stellung im Lande, das sich bemüht, daß der Besitz Skutaris

weniger eine Frage der Dynastie, als eine Existenzfrage des montenegrinischen Volkes bedeutet.

Die serbische Schupčina beriet die Gesetzwahl, betreffend den Nachtragskredit von 90 Millionen Dinars. Der Finanzminister führte dabei aus, daß die im Oktober vorigen Jahres angeforderten Kredite für eine Kriegsbaue von drei Monaten berechnet gewesen waren und zwar für einen Kriegszustand von 320000 Mann und 100000 Pferden. Die unerwartete Verlängerung des Krieges und die außerordentliche Ausbreitung der serbischen Kriegsoptionen erhöhten den Kriegszustand auf 402000 Mann und 150000 Pferde. Seit dem Beginn des Krieges sind 190 Tage vergangen, während deren Serbien alle Finanzbedürfnisse selbst decken konnte. Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen.

Dem Frieden entgegen.

Konstantinopel, 13. April. Der „Osmanische Lloyd“ hält von bevollmächtigter jugoslawischer Seite eine Zuschrift monach zwischen der Türkei und Bulgarien über Friedensbedingungen bereits eine Festlegung erstellt worden ist, indem die Bulgaren die gradlinig

Grenzlinie Media-Franz angenommen haben. Nur die griechischen Forderungen in der Inselfrage sollen die Einstellung der Feindseligkeiten noch verhindern.

Zukunftsjorgen der Balkanregierungen.

London, 12. April. Das Reutersche Bureau erfährt zu einigen von Dr. Danew erwähnten Verträgen, die Bulgarien mit Serbien und Griechenland abgeschlossen hat, folgendes: Der in prägnanten Ausdrücken gehaltene Vertrag mit Serbien gibt wenig Gelegenheit zu Streitigkeiten bei seiner Auslegung. Sollten sich jedoch Streitigkeiten ergeben, ist festgesetzt worden, daß sie einem Schiedsgericht des Kaisers von Rußland unterbreitet werden. Das Abkommen mit Griechenland wurde infolge der verfrühten Ratifizierung ziemlich in Eile abzuschließen. Es enthält keinerlei Bestimmungen betreffs eines Schiedsgerichtes. Man kann indessen annehmen, daß die Abgrenzung der neuen Gebiete auf der Grundlage der von jedem Beteiligten gemachten Anstrengungen und gebachten Opfer mit großer Genauigkeit von Statten gehen wird. Dr. Danew selbst gab seine großen Sorgen über zukünftige Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarn Ausdruck.

Kleine Nachrichten.

Konstantinopel, 13. April. Die Passagiere des Dampfers „Levante“ der Rhodios-Linie erzählen, daß der griechische Vangerkreuzer „Georgios Averoff“ auf der sogenannten Hesiinsel bei Zenedos auf Grund geraten sei und von zwei griechischen Torpedobooten bewacht werde. Der türkische Kreuzer „Mesudie“ ist mit einem Kanonenboot auslaufen, um die Torpedoboots zu vertreiben und den „Averoff“ ganz zu zerstören. Bei der Bforte liegt keine offizielle Bestätigung vor.

Konstantinopel, 13. April. Die Bforte erhielt von einer türkischen Postkast folgende Telegramme: D i c h a r a w i d P a s c h a befehlt die Balkan- und Bortar und hilt die türkische Flagge anstelle der albanischen. Diese Nachricht erregt hier freudiges Aufsehen, obgleich amtliche Kreise die Möglichkeit unliebsamer Komplikationen erwägen.

Politische Uebersicht.

Eine deutsch-französische Verständigungs-Konferenz.

Von dem Plan Schweizer Politiker, eine Konferenz deutscher und französischer Parlamentsmitglieder einuberufen, die Mittel und Wege suchen sollte, für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, so daß dem Wettrüsten ein Ende gemacht werden könnte, haben wir schon neulich gemeldet. Jetzt hat sich der Plan verdichtet. Die Konferenz wird zum 20. April nach Bern einberufen. Das Einladungs-schreiben lautet:

Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff, durch verstärkte Einstellung von Rekruten und durch Verlängerung der Dienstzeit ihre stehenden Heere bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Unterzeichneten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns befreundeten Nationen durchaus fern, aber sie beobachten die Entwicklung der Rüstungen mit schmerzlichem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiden daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeinender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt, als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und französischen Wehrvorlagen ist geeignet, Beunruhigungen hervorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.

Alle jene Volkswirter, die sich dieser Erkenntnis nicht verschließen, werden es als wichtigstes und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden, erlassen die Unterzeichneten, verschiedenen Parteienrichtungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz am Sonntag, 20. April, nach Bern. Die Teilnahmekarte sowie alle näheren Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Obmann (lon.), Dr. Gobat (frei.), Grenzlich (Soz.), Grimm (Soz.), Regler (Demokr.), Eugani (lon.), Dr. Michel (frei.), Nitschel (frei.), J. Scherrer, Füllemanu (Demokr.), Dr. Sellen (lon.), Jean Eigg (Soz.), Stoffel (frei.), Otto Weber (Demokr.)

Wie der „Vorwärts“ erfährt, hat eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter Frankreichs und Deutschlands die Teilnahme an der Konferenz zugesagt.

Diese bereitet den Rüstungsgeheimern schwere Verlegenheit. Sie wagen es kaum, von der Sache Notiz zu nehmen. Die „Post“ spricht von einer „überflüssigen Konferenz“ und die „Deutsche Tageszeitung“ meint, Abgeordnete der Rechten würden an dieser Veranstaltung wohl nicht teilnehmen. Gründe für dieses hornierte Verhalten werden aber nicht angegeben. Auch die liberale Presse hat sich bisher ganz unentschieden und ratlos gezeigt. Um so mehr Anerkennung verdient es, daß sich das linksliberale „Berliner Tageblatt“ jetzt des Gedankens mit großer Wärme annimmt. Es veröffentlicht in seiner Freitagabendausgabe einen Artikel mit der Überschrift: „Geht nach Bern!“, worin es heißt:

Viele Köpfe, viel guter Wille ist nötig, um nur ein wenig auf dem Gebiet der internationalen Verständigung zu erreichen. Aber unendlich ist dem festen Willen nichts. Und wenn man den deutsch-französischen Gegensatz als unüberwindlich bezeichnen möchte, so wird man sich doch nicht der Einsicht entziehen dürfen, daß der deutsch-englische Gegensatz, der lange Jahre als ebenbürtig gefährlich erschien, in der letzten Zeit viel von seiner Schärfe verloren hat. Er mag schwer sein, aber es ist nicht unmöglich, auch zwischen Deutschland und Frankreich die Grundlage für vernünftiges Nebeneinanderleben zu schaffen. Vielleicht unterschätzen wir den Einfluß der Berner Verständigungskonferenz, vielleicht schätzen wir ihn noch zu hoch ein. Doch mögen die unmittelbaren Wirkungen größer oder kleiner sein, mögen sie selbst in diesen aufgeregten Zeiten als völlig unbeträchtlich erscheinen, in jedem Fall handelt es sich dabei um einen Versuch, der nicht unbeachtet bleiben sollte. Die bürgerlichen Parteien haben alle Ursache, bei einer derartigen Aktion nicht zuzieheln. Deshalb können wir ganz besonders den Vertretern des deutschen Liberalismus nicht dringend genug empfehlen, an der Berner Verständigungskonferenz sich möglichst zahlreich zu beteiligen.

Ob diese Mahnung auf fruchtbaren Boden fällt, wird sich zeigen. Wie steht es aber mit dem Zentrum? Will diese „christliche Partei“, die vorgibt, den katholischen Bevölkerungsteil zu vertreten, die Gelegenheit veräumen, an der Verständigung der beiden großen Völker mitzuarbeiten? Unter den Unterzeichnern der Schweizer Einladung befinden sich Katholiken. In einem neuen deutsch-französischen Kriege würden Katholiken auf Katholiken schießen! Geht der Kuratpatriotismus derer um Erzberger und Spahn schon so weit, solche Tatsachen völlig zu übersehen? Für das Zentrum sollte eigentlich doch erst recht die Aufforderung gelten, die das „Berl. Tagebl.“ an den bürgerlichen Liberalismus richtet: Geht nach Bern!

Fort mit dem Einjährigenprivileg!

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Beibehaltung des Einjährigenprivilegs bei gleichzeitiger Erhöhung der Präsenzstärke geradezu eine Grausamkeit gegen die Nichtprivilegierten bedeuten würde. Wird das Einjährigenprivileg abgeschafft, dann können, ohne daß sich die Gesamtpräsenz verringert, 7500 Soldaten gespart werden. 7500 Mindertaugliche und Söhne von Familien, die durch die Wehrpflicht schon übermäßig belastet sind. Wird es beibehalten, dann müssen auch diese letzten 7500 in die Kasernen!

Es ist bestritten worden, daß die geplante Erhöhung der Präsenzstärke eine Herabsetzung der bisherigen Ansprüche an die Tauglichkeit notwendig macht. Gegen diese Ablehnungsversuche wendet sich die „Vossische Zeitung“ mit ausführlichen statistischen Nachweisungen, wobei sie zu diesem Ergebnis gelangt:

Tatsache ist übrigens, daß die Zahl der „unbedingt Tauglichen“ niemals die Ziffer 58 v. H. erreicht hat und daß niemals mehr als 5 v. H. eingeteilt sind. Dagegen ist in den letzten Jahren wiederholt Klage erhoben worden, daß die Zahl der „unbedingt Tauglichen“ in stetigem Rückgang begriffen ist (im Jahre 1910 nur 53 v. H.), was mit dem Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat begründet wird. Das wird in den nächsten Jahren zweifellos weitere Fortschritte machen.

Also jeder Einjährig-Freiwillige, der nach einem Jahre abgeht, muß durch einen mindertauglichen Mann aus dem Volke ersetzt werden. Die Militärkassette werden sich füllen mit Opfern des Einjährigenprivilegs! Glaubst man wirklich, daß unter solchen Umständen das Vorrecht der bestehenden Klassen aufrecht erhalten zu können? Es ist Pflicht des Reichstags aus Anlaß der neuen Militärvorlage, falls diese wirklich Geleg wird, mit dem Einjährigenprivileg reinen Tisch zu machen.

Die Interessenten rühren sich.

Das Lokalblatt für Tempelhof bei Berlin bringt unter dem 7. April folgende Bekanntmachung:

Pferdeankauf.

Da der Pferdebedarf für die neuen Wehrvorlagen ein sehr großer sein wird, fordern wir alle Pferdebesitzer auf, ihr volljähriges (4-5jähriges) Pferdmaterial bis zum Herbst nicht zu veräußern, um es dann der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen zu können.

Der Bedarf wird auf 40.000 Pferde geschätzt, von denen 30.000 Stück für die Feldartillerie nötig sein werden.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg.

Noch ehe die Heeresvorlage angenommen worden ist, sind die Agrarier schon draus und dran, aus dem militärischen Militärdienst herauszuholen, was nur herauszuholen geht. Die Militärbehörde wird dabei für ihr schweres Geld einen großen Teil minderwertigen Pferdmaterials in den Kauf nehmen müssen, das sowohl vor dem Gesichts wie in der Schwadron sehr bald abgenutzt sein wird. Der verfrühte Abgang dieser Pferde muß dann später durch vermehrte Remonteneinstellung ausgeglichen werden. So werden die Steuerzahler auf Jahre hinaus die Leidtragenden sein, und die agrarischen Pferdebesitzer können sich ins Fäustchen lachen.

Die Steuerfreiheit der Fürsten.

Der Gesetzentwurf über die einmalige Vermögensabgabe enthält keine Ausnahmebestimmungen zugunsten der Fürsten. Außerdem heißt es in der Begründung:

Die Landesfürsten und Landesfürstinnen, die der direkten Besteuerung durch das Reich nicht unterliegen, haben sich gleichwohl bereit erklärt, an dem vaterländischen Opfer des Wehrbeitrags sich zu beteiligen.

Daraus wurde vielfach geschlossen, daß die Fürsten, die ja den Bundesrat instruieren, ihre Pflicht zur Steuerzahlung anerkannt hätten und sich im Gesetz über die einmalige Vermögensabgabe wie jeder andere unterwerfen wollten. Diese angenehme Täuschung wurde auch zu Zwecken der Stimmungsmache geistlich ausreicht erhalten, bis die Sache brennig zu werden begann, d. h. bis zu dem Augenblick, in dem der fragliche Entwurf in die Kommission gelangte. Jetzt aber überrascht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Reichstag und Volk mit folgender staatsrechtlicher Weisheit:

Nach der Auffassung der verbündeten Regierungen sind die Landesfürsten nach geltendem gemeinen deutschen Staatsrecht von der Entrichtung jeglicher direkter Reichsteuern befreit. Aus der Stellung des Monarchen als der Vorkörper der Souveränität folgt, daß der Monarch der Besteuerung nicht unterworfen ist. Es ist dies ein geschichtlich erwachsener Fundamentalfakt des monarchischen Staatsrechts, der durch die Einführung der Verfassungen nicht in Frage gestellt ist. Der Monarch als oberster Träger der Staatsgewalt vereint in sich mit den sonstigen Herrschaftsrechten die staatliche Steuerhoheit und es ist begrifflich ausgeschlossen, daß ihm für seine Person die Entrichtung einer direkten Steuerabgabe an die von ihm selbst verkörperte Staatsgewalt obliegt.

Mit anderen Worten die Träger der verschiedenen deutschen Kronen und Krönchen verschießen sich noch immer auf ein „Recht“, von dem in der deutschen Reichsverfassung nichts geschrieben steht. Sie wollen ihr Vermögen und Ein-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlatter.

(Nachdruck verboten.)

„Guten Morgen!“ Die lange Marie kam mit einem unverschämten Grinsen herein.

Carlson beugte sich tief hinter den Ladentisch; es lagen da Hundertstücke auf der Erde, die er durchaus entfernen wollte.

„Guten Morgen!“ Der Kommiss war nicht wenig erstaunt. Die Engelbrechts galten als sehr gute Kunden, aber zu ihnen waren sie noch nie gekommen. Sie ließen viel anfordern, aber schließlich hatten sie noch immer gezahlt. Geld hatte die Sorte ja und durch den Schwind ging alles.

„Was wünschen Sie?“ Das Erstaunen war noch immer in der Stimme.

Marie wollte Kam kaufen, aber eines guten.

Er nannte ihr die verschiedenen Preislagen.

Marie schüttelte eine impudische Stirn.

„Ja, anderen haben wir leider nicht.“ Der Kommiss ärgerte sich, daß dieses Frauenzimmer so hohe Ansprüche stellte.

„Wir haben ja noch den Flaschenrum im Keller“, mißte sich Carlson in das Gespräch.

Die besten Sorten können wir nicht in einem offenen Maß führen: sie werden nicht genug verlangt.“

Marie begriff, sie wollte den Flaschenrum haben.

„Sollen Sie dem Flaschenrum die verschiedenen Sorten heraus?“ fragte Carlson.

Der Kommiss ging, im Stillen aber schüttelte er den Kopf.

Wenn Carlson Geld verdienen konnte, nannte er die lange Marie Flaschenrum. In diesem Punkte war er ihm nun doch überlegen.

„Gut“, sagte Marie, als sich die Tür hinter dem Kommiss geschlossen hatte, und reichte Carlson einen abgerissenen Zettel hinüber.

Carlson war verwirrt.

„Geben Sie ihn ein“, flüster sie schnell und verächtlich.

„Wie wollen es bei Ihnen kaufen, Carlson, aber wir wollen langsam anfangen, damit die Leute es nicht merken.“

„Nachher bringe ich mich zurück.“ „Ja, es ist so gut?“

„Nein, sagen Sie mir, wie Sie sich verhalten.“

„Ja“, sagte Carlson leise.

„Geben Sie mir Ihre Hand! Sie sind ein feiner Herr!“

„Sie haben Ihre Hand, die Hand, die Schritte des Kommiss wandern hörbar.“

Der Kommiss hatte eine Reihe von Flaschen auf den Schreibtisch. Marie schüttelte eine der besten und verschwand mit

einem vielstimmigen Lächeln. Sie hatte für alle Mannsbilder eine Art von wissender Vertraulichkeit.

„Die Leute können es machen.“

„Gute Kunden“, sagte Carlson kurz.

Nach Tisch legte sich Carlson in der Wohnstube aufs Sofa; er wollte zunächst einmal gründlich schlafen. Die Furcht des bösen Gemüths, der ungewöhnliche Fortschritt, die neuen Reaktionen der Sinnlichkeit, die Begegnung mit der Marie, das alles hatte ihn sehr mitgenommen. Der Zettel der Schwarzen brannte ihm wie Feuer in der Tasche. Er sollte am Abend zu ihr kommen, aber er wollte nicht. Er wollte ihr einen langen Brief schreiben. Er durfte sich nicht niederlassen, lang er es schon getan hatte. Vorläufig aber wollte er schlafen. Er war so müde, so müde. Er sehnste sich nach dem Schlaf, um ausgerasten zu können.

Carlson schloß lange. Er war gleichsam in einen tiefen Abgrund der Bewußtlosigkeit hinabgefallen. Als er erwachte, mußte er sich erst bestimmen; er wußte nicht, wo er war. Es war ganz dunkel geworden, nur ein lechtes erhellendes Schimmer von dem Licht war noch an den Fenstern. Wo war er nun? Und wie konnte er um diese Stunde erwachen? Auf einmal fiel ihm ein, daß er in der Wohnstube auf dem Sofa lag. Wo aber war seine Frau? Es mußte sehr spät geworden sein. Er richtete sich jäh empor und streifte die Decke ab, mit der die Sorge seiner Frau ihn bedeckt hatte. Auf einmal griff er nach der Taschentuch: der Zettel der Schwarzen! Alle Erinnerung war mit einem Schzuge wieder da. Es war, als ob er in der Enge des dunklen Zimmers erwachen sollte. Er stand regungslos und horchte auf sein pochendes Herz. Es war nur gut, daß seine Frau offenbar fort war. Er wollte auch fort; er wollte hinaus, um auf andere Gedanken zu kommen.

Der Kommiss jagte ihm, daß seine Frau den Kaffee im Keller getrunken habe; sie habe ihn nicht stören wollen. Sie sei dann zu der Frau des Postkassentenen hintergegangen, wo er gestern Abend gewesen war.

„Gut“, sagte Carlson, nahm Heberzieher und Gut und ging ebenfalls.

Carlson wird leichtsinnig, dachte der Kommiss und lächelte ironisch.

Carlson aber war garnicht leicht zumut, er trieb unruhig durch die dunklen Straßen, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Jedesmal, wenn ihm der Zettel der Schwarzen einfiel, erwachte die Angst aufs neue. Es war, als sei er plötzlich ausgetrieben. Er hatte keinen Ort mehr, wo er hingehen konnte. Er wollte aber nicht zu Hause bleiben. Er konnte es in der alten, stillen Stube nicht aushalten. Er wollte in der Nachtluft umherirren bis ihm besser würde. Aber was sollte er jetzt

in diesem Augenblick beginnen? Die Stunden wurden ihm ja endlos lang. Einen Augenblick dachte er daran, zu Asmusen auf dem Pferdemarkt zu gehen; dort war es in der Dämmerung beliebt. Es war überdies gut, wenn er sich dann und wann blicken ließ, die Lieferung für das Wadestel war noch immer nicht bezogen. Er schrittete aber, mit Dagmar zusammenzutreffen; sie würde alle Gedanken wieder in ihm aufschäumen. Außerdem dürfte er in dieser Stimmung auch gar nicht an sein Geschäft denken; es war ihm so völlig gleichgültig geworden. Er trieb schließlich ohne Plan durch die dunklen Straßen.

Frau Carlson war etwas erstaunt, als Carlson nach dem Abendessen fortgegangen wollte.

„Er habe sich mit einigen Freunden verabredet“, sagte Carlson.

„Dann mußt Du auch ordentlich aussehen“, entschied die kleine Frau. Es war ganz gut, daß er unter Menschen kam, aber dann mußte er auch eine respektable Figur machen.

Für Carlsons Unruhe war die mitterliche Sorge der kleinen Frau entsehlend. Es half ihm aber nichts. Er mußte sich gründlich büffeln lassen und einen neuen Stragen umwinden. Gott sei Dank, dachte er, als er unten auf der Straße stand; das Abstrahlen hatte kein Ende nehmen wollen.

Er trieb ohne Grund nach dem Hofen hinunter. Biel leicht, weil es dort unten am dunkelsten war. Die Brüder beleuchteten sich alles zu wünschen übrig.

„Gut, piff ihm der Ost vom Meere herent ins Gesicht!“

Ob er nicht eine Wirtschaft aufsuchen sollte? Es war verzeuflert fast. Er ging in eine gemüthliche Schenke, die viel von den Kapitänen der fremden Schiffe besucht wurde.

„Ja, Carlson“, sagte der Wirt, „auch ein wenig unsofide?“

„Ja“, sagte Carlson und setzte sich mit einem Grog in einen stillen Winkel.

Er mußte allein sein.

„Geben Sie mir noch einen Grog“, sagte er nach einer kleinen Weile. Der hohe Kranz tat ihm wohl.

Der Wirt bekam plötzlich Weine; Carlson gehdte fort zu den sparsamen Gästen. Er brachte ihm den Grog und ließ ihn wieder allein.

Ein bunter Traum zog an Carlsons Augen vorüber. Wie war es doch alles gewesen? Er hatte in der Tür etwas Weißes gesehen, eine weiße Bluse und eine weiße Schürze. Es hatte so heimlich und beschwiegene dagestanden... Ob er nicht besser zu ihr ging. Er konnte ihr ja sagen, was er ihr hatte schreiben wollen. Es verhandelte sich mühsam besser. Wenn sie in der Tür nicht sein sollte, konnte er wieder nach Hause gehen. Die Stunde des Bettelns war ja vorbei. Bitterkeit war sie gar nicht mehr da. (Fortsetzung folgt.)

kommen nicht katastrieren lassen, wollen keinerlei Zahlungs-
verpflichtung übernehmen, sondern nur für den ewig no-
selbenden Militarismus aus ihrer allerhöchsten Privatkaufhalle
ein Trinkgeld spenden, dessen Höhe ganz in hochbera Belieben
gestellt bleibt.

Unter diesen Umständen werden sich die hohen Herren
darauf gefaßt machen müssen, daß es im Reichstag noch zu
Auseinandersetzungen kommen wird, die ihnen nicht gefallen
werden.

Zudasse und Strohköpfe.

Der Streit in den Reihen des Zentrums bricht jetzt
vor den Landtagswahlen mit aller Heftigkeit aufs neue aus,
und was das offizielle Zentrum dabei zu hören bekommt,
dürfte ihm ebenso peinlich sein, wie die Ausführungen des
Generalmajors Häußler im Reichstage. In einem von
katholischen Arbeitervereinen zur Anregung der Agitation
im Kreise **Clay** geschriebenen Briefe heißt es z. B.:

„Geht nur sichtlich auf die Döcker und nehmt Euch die
kommende Militärvorlage mit ihrer Militärden-
steuer gut wahr, Herr Sperlich (ein Zentrumsführer) hat
bei einer Zentrumsvorlesung gesagt, daß es Geld in Massen
habe und daß man einsehe, bei der letzten Finanzreform viel
zuviel gefordert zu haben. Und ein halbes Jahr später steht
wieder eine Milliarde. Das fortgesetzte Verfügen
des Volkes von Zentrumskasse muß doch
selbst dem Bödesten die Augen öffnen. Die
Döckerschwerdter müssen zur nächsten Reichstagswahl gründlich
quittieren. Es gibt auch schon Geistliche, die die
Zentrumskassenerlei einsehen. Es wird ein großer
Sturm kommen (1), der alle politischen Judasse ohne
Ausnahme auf ihren Stand platzt wegwerft, sowie alle Stroh-
köpfe der Pariser und Schriftgelehrten.“

Die „Zudasse und Strohköpfe“ antworten im „Gebirgs-
boten“ dem Briefschreiber mit folgenden Liebenswürdig-
keiten:

„Ein Judas, ein Verräter an der katholischen Sache
ist derjenige, der heute Pader und Zwiebracht in die
Reihen der Katholiken tragen will. — Ein Judas ist derjenige,
der in diesen beherrschenden politischen Parteien, wo
Regierung und alle Patrioten einmütig der festen
Ueberzeugung sind, unsere Missionen zur Verteidigung des
Vaterlandes müssen vermehrt werden, ein Verräter an
Vaterlande ist derjenige, der in diesen Zeiten gegen diese
Behravorlage heftig bezw. andere dazu anstiftet. Herr „Mittel-
zeit“ spricht endlich von Strohköpfen, die hinweggefegt
werden sollen. Es sind scheinbar gemeint die Mehrzahl
der katholischen Geistlichen der Grasschaft;
denn er spricht nur von einigen Geistlichen; die seine Ideen
einsehen. Es sind sodann wohl gemeint die Mitglieder des
Kreiskomitees und die Vertrauensmänner der
Zentrumspartei, die gewählt sind durch das Vertrauen
der Zentrumsmänner.“

Daß die Augensitzer außerdem damit versetzt wurden,
daß man sie den Sozialdemokraten an die Seite stellt, ist an-
gelegentlich ihres fortwährenden Tons nicht zu verwundern. Der
„Glager Gebirgsbote“ droht ihnen sogar Prügel
an, indem er schreibt:

„Seine Namen mögen sich merken, falls sie Lust haben
sollten, seiner Weisung entsprechend, tüchtig auf die Döcker
zu gehen“, unsere Zentrumsmänner werden es
ihnen schon einrichten, wo die Lügner, Ju-
dasse und Strohköpfe zu finden sind, und sie
selber werden hinweggefegt werden, daß
ihnen Hören und Sehen vergeht.“

Auf die Zustände innerhalb des Zentrums werfen diese
lieblichen Auseinandersetzungen ein bezeichnendes Licht. Die
„Schles. Volksztg.“, die den Zwist für begraben hielt, ist
ganz außer sich. Man wird unwillkürlich an das Hühnerwort
erinnert: Wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder ein-
trächtig beieinander wohnen.

Wissenschaft von Zedlig' Gnaden.

Das Dreiklassenhaus hat am Sonnabend den Kulturrelat zu Ende
desalen und die zweite Lesung des Erats abeschlossen. Aus-
der langen Sitzung ist ein Vorstoß des freikonservativen Führers
Octavio v. Zedlig gegen die katholischsozialistischen
Volkswirtschaftsprofessoren an den deutschen Hoch-
schulen zu erwähnen. Er freute sich begreiflicherweise darüber,
daß Herr Trott zu Solz über alle Vorschläge der Berliner tech-
nischen Hochschulen hinweg den bei den Scharmachern zu be-
liebten Professor Julius Wolf-Breslau an diese Hochschule
befördert hat, worin der wackere Octavio nicht mit Unrecht
bereits den Anfang zu der von ihm gewünschten „Reform“ an den
deutschen Universitäten erblickt.

Nach Erledigung des Kulturrelats kam die allgemeine
Finanzverwaltung heran wobei von dem Fortschrittler Koplch
und unseren Genossen Vorwardt und Dr. Viehnecht harte
Kritik an dem Regime des Generalintendanten der Königlichen
Schauspiele, Graf Hülsen-Daleker, geübt wurde. Der Finanz-
minister erklärte, daß der Staat zwar einen Beitrag zu den
Dolltheatern zu leisten, der Landtag aber in sie nichts hineinzu-
reden habe!

Pösa gegen Pösa.

Zustizrat Bamberger-Wichersleben, der bekannte Wortkämpfer
des Reichserbrechts, veröffentlicht in der „Zapl. Rundschau“ einen
Brief des Grafen Poladowsky vom 2. Mai 1907, in dem der
Graf ihm wörtlich schreibt:

Auf die gest. Zuschrift vom 5. v. M. erwidere ich ergebenst,
daß Ihre Vorschläge wegen Reform des gesetzlichen Erbrechts
der Stellung des Reichsjustizministers unterliegen. Ich werde
aber auch meinerseits bei sich bietendem Anlaß gern zur Er-
wägung dieser Vorschläge beitragen, insoweit sie für
sozialpolitische Zwecke verwendbar zu machen sind.

Graf Poladowsky geht den umgekehrten Weg wie die
Dernburg und Wermuth. Diese haben sich seit ihrem Ausscheiden
aus dem Amte in verschiedener Beziehung vorwärts entwickelt.
Graf Poladowsky entwickelt sich nach rückwärts.

Die Kapitalisten auf der Flucht. Die den rheinischen
Kapitalisten nahegehende „Kölnische Zeitung“ berichtet, das Ab-
strömen deutschen Kapitals nach der Schweiz habe in der letzten
Zeit einen ungewöhnlichen Umfang angenommen. Unter diesem
Kapital befinden sich auch nicht unbeträchtliche Mengen baren
Geldes. Die Abwanderung dieses Kapitals ist, nach der „Köln.
Ztg.“, auf die bisherige unbeschränkte internationale Lage, zu sehr
erheblichem Teil aber auch auf die in Aussicht stehende Ver-
mögensabgabe für die Heereszwecke zurückzu-
zuführen. Daß diese Lage von der Schweizer Bankrott nach
Kräften ausgenutzt werde, lasse sich von deren Standpunkt aus
verstehen. Das deutsche Interesse erfordert aber, daß diese Be-
wegung sobald wie möglich zum Stillstand gelange.

Die „Deutsche Tageszeitung“ frohlockt über diese Kapital-
abwanderung: „Es ist interessant, daß das rheinische Weltblatt das
im nahegehende Kapital wenigstens teilweise mit der „unbegren-
zten internationalen Lage“ zu entschuldigen sucht. Trotzdem

wird hoffentlich das deutsche Volk jetzt einsehen lernen, wo die
wirklichen Steuerdrückberger sitzen!“

Freiheit ist hochdeutsch. In der Zweiten ordentlichen
Kammer kam es bei dem Titel „Bekanntmachung des
Abg. Drumm (Fortschritt) und dem Deputierten für das Ge-
sängniswesen, Ministerialrat Dr. Schwalbe, zu einem
schärferen Wortwechsel. Der Regierungsdirektor hatte bei
der zweiten Lesung des Titels dem Abg. Drumm, als dieser
dem Deputierten Mißstände in der Gefängnisverwaltung zur
Kenntnis brachte, vorgelesen, er sei ungenügend informiert,
wie es schon wiederholt bei ihm vorgekommen sei. Der
Abgeordnete Drumm, der damals die Sitzung verlassen mußte,
bezeichnete die Worte des Ministerialrats Dr. Schwalbe später als
eine Frechheit. Präsident Dr. Meißner rügte diesen Ausdruck.
Bemerkenswert aus der Sitzung ist noch, daß der Präsident den
Abg. Drumm, der sich sonst keines oberdeutschen Dialekts be-
diente, aufforderte, hochdeutsch zu sprechen, da er jetzt be-
wiesen habe, daß er des Hochdeutschen mächtig sei.

Die ungültige Wahl Herr v. Kröcher. Die Wahl-
prüfungskommission des Reichstags hat jetzt Bericht erstattet
über die Wahl des Abgeordneten von Kröcher (Kons.),
dessen Mandat sie bekanntlich für ungültig erklärt bean-
tragt. Kröcher erhielt im Kreise Salzweber-Gardelegen
1912 in der Stichwahl 13.465 Stimmen gegen 13.144 Stimmen,
die der frühere Abgeordnete Dr. Böhmie vom Bauernbund
erhalten hatte. In den Protokollen wird behauptet, daß in einer
großen Zahl von Wahlzettel Nachtragungen ohne ersicht-
liche Begründung vorgenommen worden sind, und daß einige
Wahlzettel in die Urkiste untergezeichnet gehalten, um für die
Wahl des Herrn v. Kröcher Stimmung zu machen. — Die
Kommission erblühte hierin, da es sich um die Träger der Polizei-
gewalt handelt, eine amtliche Wahlbeeinflussung, die sich bei der
Stichwahl auch noch in anderen Momenten zeigte. Hauptächlich
samen vier Bezirke in Frage. Man einigte sich dahin, Herrn
v. Kröcher aus diesen Bezirken 839 Stimmen abzugiehen, so daß
sich seine Stimmenzahl auf 12.604 Stimmen verminderte, wäh-
rend Dr. Böhmie 13.148 Stimmen behielt.

Die erledigte Pariser-Petition. Der Reichstag erledigte
am Sonnabend noch halb im Stehen eine große Reihe von
Petitionen, zu denen keine Wortmeldungen vorlagen. Da
sich die Befürworter der Pariser-Interessen bei dieser
eiligen Erledigung nicht rechtzeitig zum Wort gemeldet hatten,
wurde auch diese Petition lang- und klappsig durch Ueber-
gang zur Tagesordnung erledigt, ein Schicksal, das die
Petition trotz der Unterschriften hoher und höchster Herrschaften
— der Kronprinz steht an der Spitze der Unterzeichner — vollauf
verdient hat.

Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage. Nach einer
Mitteilung der Regierung an die Stände soll sich, wie die
„Landeszeitung für beide Mecklenburg“ erfährt, der künftige Land-
tag für das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz zu-
sammensetzen aus: 5 Vertretern der Ritterschaft, 5 Vertretern
der Landchaft, 1 Abgeordneten des Großherzogs, 1 Landes-
vertreter des Fürstentums Rügen und 16 erwählten
Abgeordneten. Von den letzten entfallen 4 auf die Land-
schaften, 4 auf die Städte und 8 auf das Fürstentum. Es ist
indirekte Dreiklassenwahl mit öffentlicher Stimmabgabe vor-
gesehen.

Arme Aktionäre. In der Generalversammlung der
Bollwäscherei und Kammerei in Döhrn, in welcher die
Dividende auf 17 Prozent — gegen 10 Prozent im Vorjahre —
festgelegt wurde, wurde auf Antrag mitgeteilt, daß der jährliche
Wartenaufwand 500.000 Mark betragen werde. — 17 Prozent
Dividende, die, von Arbeitern verdient, den Nichtstueren in
die Tasche geschüttet wird.

Vieferung von Schlachtschweinen an die Städte. Die
westfälische Landwirtschaftskammer hat den Oberpräsidenten er-
sucht, eine Konferenz der Regierungspräsidenten der Provinz mit
den Vertretern der größeren Städte einzuberufen, damit die
Vieferung von Schlachtschweinen an die Städte in die Wege geleitet
werden möge. — Nach den bisher von den Stadtverwaltungen
abgegebenen Erklärungen scheint die Sache zu scheitern, solange
nicht die Organisationen der Landwirte ihre Lieferungsbedingun-
gen wesentlich zugunsten der Konsumenten ändern.

**Beseitigung des Streikrechts für das bayerische Ver-
kehrspersonal.** Durch die neuen Bestimmungen des bayerischen
Verkehrsministeriums über die Aufnahme in den Eisenbahndienst
wird vom 1. Juni an für das gesamte Personal der bayerischen
Verkehrsverwaltung das Streikrecht aufgehoben.

Uebergriffe der Magdeburger Polizei. Der französische
sozialistische Abg. Compere-Morel sollte am Sonntag, den
18. d. M. in Magdeburg in zwei großen öffentlichen Landtags-
wählerversammlungen, in denen von dem Reichstagsabgeord-
neten Weill-Meh der Zusammenhang zwischen Landtagswahlen
und Rüstungssteuern gezeigt werden sollte, auf Einladung der
Magdeburger Genossen das Wort ergreifen, um einiges über die
Kämpfe des sozialistischen Proletariats Frankreichs gegen
den französischen Chauvinismus zu sagen. Als Compere-
Morel am Sonnabend abend in Magdeburg eingetroffen war
und sich nach dem Parteisekretariat begeben hatte, erlitten gleich
darauf ein Kriminalkommissar, der ihm im Auftrage des
Polizeipräsidenten den v. Alten das folgende Schriftstück überreichte:

„In den Protokollen des französischen Sozialistischen
Kongresses, Abg. Herr Compere-Morel, hier selbst.
Jede Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlun-
gen innerhalb des Polizeibezirks Magdeburg wird Ihnen
hiermit untersagt. Im Falle der Zuwiderhandlung wird
ihre sofortige Ausweisung erfolgen.“

Dem Dokument war gleichzeitig eine französische Ueber-
setzung beigelegt, damit ja kein Zweifel entstehe, daß Compere-
Morel auch genau unterrichtet sei. Die Polizei hat ihm also
nicht nur das Reden, sondern sogar das bloße Erscheinen in
den Versammlungen verboten, obwohl ihr dazu das Vereins-
gesetz keinerlei Handhabe bietet. Mit diesem Vorgehen der preußi-
schen Polizei vergleiche man die Gastfreundschaft, die deutsche
Redner oft in Frankreich genießen.

Ausland.

Österreichische Offiziere als russische Spione. Die Wiener
Arbeiterzeitung wurde am Sonnabend konfisziert, weil sie über eine
auffahrende Verhaftung eines Offiziers berichtete, der Spionage
für Rußland getrieben hatte. Angeblich sei in durch den Bericht
„Beweisurkunden“ oder Aussagen von Beschuldigten, Zeugen oder
Sachverständigen, die im Laufe einer strafgerichtlichen Untersuchung
zu den Akten“ gebracht worden sind, veröffentlicht worden sein. Das
ist in Wirklichkeit nicht der Fall, die Konfiskation erfolgte vielmehr,
weil die Veröffentlichung der Regierung unangenehm war. Alle
anderen Wiener Blätter sind von der Staatsanwaltschaft gemerkt
worden, über den Fall zu berichten. Inzwischen sind noch zwei weitere
Verhaftungen erfolgt. Die Verhafteten sind der ehemalige Leutnant
Alexis Jandric und sein Bruder Cedomil. Letzterer diente als
Leutnant in einem bosnischen Infanterie-Regiment, besuchte
aber gegenwärtig die Kriegsschule und sollte in den Generalstab
kommen. Cedomil ist ein ehemaliger Jüngling der Wien-Neustädter
Militärakademie und hat alle Studien mit v. ausgezeichnetem
Erfolge absolviert, daß er, wie gesagt, in den Generalstab kommen sollte.
Er war mit dem Sohne des Chefs des Generalstabes, Conrad von
Högenborn, der selbst Offizier ist, eng befreundet, und man nimmt
an, daß ihm vielleicht diese Freundschaft zu der guten Karriere ver-
holfen hat. Vor wenigen Tagen erschien nun der Majorauditör Kunz,
dessen Name bekannt ist, weil er auch seiner Zeit die Untersuchung
gegen den Gismörder Jofrichter geführt hat, in der Wohnung Jand-
rics und erklärte ihn für verhaftet. Jandric wollte rasch auf den
Schriftlich lospringen, um noch einige Schriften zu vernichten,
wurde aber mit vorgehaltenem Revolver daran verhindert. Als
Dritter wurde am Sonnabend auch noch der Vater her gefahren,

Ephraim Jandric, Intendant beim 15. Korps in Sarajewo, ver-
haftet.

Aufgefallen war, daß die beiden Brüder auf großem Fuße
lebten und daß der Militärakademie der russischen Offiziere
sie sehr oft besuchte. In der Wohnung fand man kompromittierende
Schriften, ferner Quittungen über große Geldebeträge, die aus
Paris, Wien und Petersburg gekommen waren. Cedomil
hat auch an Rußland Ausgaben über die Mobilisation ausgeliefert,
die man ihn als Aufgaben in der Kriegsschule hatte machen lassen.
Es heißt aber auch, daß bei Jandric die Pläne zahlreicher Befestigungs-
werke vorgefunden wurden, die schon ausgeliefert waren oder sollten.
Mehrere weitere Offiziere sollen ebenfalls schwer kompromittiert
sein.

Wahlrechtsbewegung in Serbien. Die sozialdemokratische
Partei in Serbien hat schon vor längerer Zeit eine Aktion ein-
geleitet, um die serbische Öffentlichkeit für die von der Partei
angestrebte Einführung des allgemeinen Wahlrechts
zu interessieren. Bereits im Vorjahre wurde eine von 10000
Wählern unterzeichnete Petition für das allgemeine
Wahlrecht der Skupstina unterbreitet. Die Genossen
Sapcevic und Kagleovic haben nun in der Skupstina
einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ein Revolvententat auf den König von Spanien
wurde Sonntag mittag gegen zwei Uhr in Madrid unter-
nommen. Der König kehrte von Truppenübungsplatz zurück,
wo er die Truppenvereidigung vorgenommen hatte. Wäh-
rend stelen Schüsse. Das Pferd des König wurde von zwei Kugeln
getroffen und durch eine dritte Kugel wurde ein Hohlstich
verletzt. Der Attentäter ist der Zimmermann Manuel
Sanchez Allecra. Er ist 25 Jahre alt und stammt aus
Barcelona. Offenbar ist er gekesekant, denn er erklärte bei
seinem Verhör, er habe kein Attentat auf den König
beabsichtigt. Als der König vorbeiritt, sei er plötzlich von
einer ungewöhnlichen Macht geworfen worden,
auf den König zu schießen. Drei weitere Personen wurden
ebenfalls verhaftet. Ein französischer Sprachlehrer, der
mit dem Attentäter vor Verlobung der Tat gesprochen haben
sollte, ein junges Mädchen, die Braut des Attentäters, sowie ein
Mann, der ebenfalls auf der Straße mit einem Revolver ge-
sehen worden war. Der Sprachlehrer ist bereits wieder auf
freien Fuß gesetzt. Infolge der Panik, die bei der Verlobung des
Attentäters entstand, wurden elf Personen zu Boden geworfen und
verletzt.

**Zur Lage der unschuldig verurteilten sozialdemokrati-
schen Duma-Abgeordneten.** Anlässlich der sogenannten Jaren-
Amnestie vom 6. März wurde das Gericht verbreitet, daß die
sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma nach Si-
birien geschickt und dort in Freiheit gesetzt worden seien. Wie der
Petersburger „Rusch“ nun mitteilt, entspricht dies Gerücht nicht
den Tatsachen. Richtig ist bloß, daß eine Anzahl der früheren
Abgeordneten nach Verbüßung der Zuchthausstrafe jetzt zur
lebenslänglichen Inhaftierung nach Sibirien deportiert worden
sind. Hierbei stellt sich folgende ungeheuerliche Tatsache heraus.
Nach der Beurteilung im Jahre 1897 wurden die 5 tausendfachen
Abgeordneten, die Genossen Peretelli, Komtattische,
Dshapardse, Macharadse, Dshargeli, die als zur
Znanasarchel unfähig befunden wurden, in den Gefängnissen
des europäischen Rußlands interniert. Laut Gesetz mußten sie
aber nach einjähriger Haft nach Sibirien verbannt werden!
Weshalb tat das die Regierung nicht? Sie erklärte, sie könne
den Kranken und schwachen Genossen nicht die langwierige Reise
nach Sibirien zumuten — was sie aber nicht hinderte, die Ge-
nossen durch ganz Rußland hindurch nach den fäblichen Gefäng-
nissen zu schaffen und ihnen die Gefängnishaft von fünf auf
acht Jahre zu erhöhen! Dies alles geschah ohne jede
rechtliche Grundlage, aus purer administrativer Willkür, die zu
dem Urteilteil des Gerichts noch diese abgefelmte Schurkerei
hinzutut.

Ein politischer Mord auf Cuba. Ceserino Mendez,
der kürzlich gewählte konservative Bürgermeister von Cien-
fuegos in der Provinz Santa Clara auf Cuba, wurde am
Freitag von einer Bande ermordet, die ihm auf der Straße auf-
lauerte und ihn durch Schüsse buchstäblich durchlöcherte. Das
Motiv soll politischer Natur sein. Sechs verdächtige Per-
sonen wurden bereits verhaftet. Die Behörden sind der Ansicht,
daß der Mord zu einem blutigen Streit zwischen den Konser-
vativen und Liberalen Anlaß geben wird.

Revolte in China. In Wutschang wurde während der
letzten Tage der Versuch gemacht, eine Revolte herbeizuführen.
Der Plan, den Vizepräsidenten General Liu anhung zu er-
morden, wurde rechtzeitig entweckt, und General Tschijulin g,
der Kommandeur der 8. Dupeh-Division, der der Leiter der Be-
wegung gewesen sein soll, ist geflohen. Ungefähr hundert
der Abtrünnigen Berschwörer sind hingerichtet worden.
Die Ruhe ist in Wutschang wieder hergestellt, und Hankau ist
von einer Division der nördlichen Truppen besetzt worden, die
per Bahn herbeigeschafft wurde. Bemerkenswert ist, daß dies
ungefähr der fünfte Anschlag gegen das Leben des Vizepräsi-
denten ist.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochens nur v. 12—1 Uhr Mittags.
Nr. 100. Sie müssen uns sagen, was Sie wollen, sonst
können wir Ihnen nicht helfen.

Grenzlinie Media-Enos angenommen haben. Nur die griechischen Forderungen in der Inselfrage sollen die Einstellung der Feindseligkeiten noch verhindern.

Zukunftsjorgen der Balkanregierungen.

London, 12. April. Das Österreichische Bureau erfährt zu einigen von Dr. Danew ermittelten Verträgen, die Bulgarien mit Serbien und Griechenland abgeschlossen hat, folgendes: Der in präzisesten Ausdrücken gehaltene Vertrag mit Serbien gibt wenig Gelegenheit zu Streitigkeiten bei seiner Auslegung. Sollten sich jedoch Streitigkeiten ergeben, ist festgelegt worden, daß sie einem Schiedsgericht des Kaisers von Rußland unterbreitet werden. Das Abkommen mit Griechenland wurde infolge der veröffentlichten Erklärung ziemlich in Eile abgeschlossen. Es enthält keinerlei Festlegungen betreffs eines Schiedsgerichtes. Man kann indessen annehmen, daß die Abgrenzung der neuen Gebiete auf der Grundlage der von jedem Beteiligten gemachten Anstrengungen und gebrachten Opfer mit großer Genauigkeit von Statten gehen wird. Dr. Danew selbst gab seine großen Sorgen über zukünftige Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarn Ausdruck.

Kleine Nachrichten.

Konstantinopel, 13. April. Die Passagiere des Dampfers „Levante“ der Rhodischer-Linie erzählen, daß der griechische Kreuzer „Georgios Averoff“ auf der sogenannten Egeischen Halbinsel bei Souda auf Grund geraten sei und von zwei griechischen Torpedobooten bewacht werde. Der türkische Kreuzer „Messubie“ ist mit einem Kanonenboot ausgesandt, um die Torpedobooten zu vertreiben und den „Averoff“ ganz zu zerstören. Bei der Morte liegt keine offizielle Bestätigung vor.

Konstantinopel, 13. April. Die Post erhielt von einer türkischen Postanstalt folgendes Telegramm: Diarvid Pascha besetzte Wallona und Voral und hieß die türkische Flagge anstelle der albanischen. Diese Nachricht erregt hier freudiges Aufsehen, obgleich amtliche Kreise die Möglichkeit unliebsamer Komplikationen erwägen.

Politische Uebersicht.

Eine deutsch-französische Verständigungskongferenz.

Von dem Plan Schweizer Politiker, eine Konferenz deutscher und französischer Parlamentsmitglieder einzuberufen, die Mittel und Wege suchen sollte, für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, so daß dem Beträfften ein Ende gemacht werden könnte, haben wir schon neulich gemeldet. Jetzt hat sich der Plan verdichtet. Die Konferenz wird zum 20. April nach Bern einberufen. Das Einladungs-schreiben lautet:

Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff, durch verklärte Einstellung von Neutralität und durch Verlängerung der Dienstzeit ihre stehenden Heere bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Unterzeichneten eine Einnischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns befreundeten Nationen durchaus fern, aber sie beobachten die Entwicklung der Rüstungen mit schmerzlichem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiten daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeinender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt, als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und französischen Wehrvorlagen ist geeignet, Beunruhigungen hervorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.

Alle jene Volkvertreter, die sich dieser Erkenntnis nicht verschließen, werden es als wichtigstes und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden, erlassen die Unterzeichneten, verschiedenen Parteirichtungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskongferenz auf Sonntag, 20. April, nach Bern. Die Teilnehmerliste sowie alle näheren Mitteilungen über Organisation der Kongferenz werden folgen.

- Chequoz (kons.), Dr. Gobat (frei.), Grenlich (Soz.), Grimm (Soz.), Legler (Demokr.), Lugati (kons.), Dr. Michel (frei.), Mischel (frei.), J. Scherrer, Hülsmann (Demokr.), Jean Seiler (kons.), Jean Egg (Soz.), Stoffel (frei.), Otto Weber (Demokr.).

Wie der „Vorwärts“ erfährt, hat eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter Frankreichs und Deutschlands die Teilnahme an der Konferenz abgelehnt.

Diese bereitet den Rüstungsgeheimern schwere Verlegenheit. Sie wagen es kaum, von der Sache Notiz zu nehmen. Die „Post“ spricht von einer „überflüssigen Konferenz“ und die „Deutsche Tageszeitung“ meint, Abgeordnete der Rechten würden an dieser Veranstaltung wohl nicht teilnehmen. Gründe für dieses bornierte Verhalten werden aber nicht angegeben. Auch die liberale Presse hat sich bisher ganz unentschieden und ratlos gezeigt. Um so mehr Anerkennung verdient es, daß sich das linksliberale „Berliner Tageblatt“ jetzt der Gedanken mit großer Wärme annimmt. Es veröffentlicht in seiner Freitagabendausgabe einen Artikel mit der Überschrift „Geht nach Bern!“, worin es heißt:

Viele Köpfe, viel guter Wille ist nötig, um nur ein wenig auf dem Gebiet der internationalen Verständigung zu erreichen. Aber unmöglich ist dem festen Willen nichts. Und wenn man den deutsch-französischen Gegensatz als unüberwindlich bezeichnen möchte, so wird man sich doch nicht der Einsicht entziehen dürfen, daß der deutsch-englische Gegensatz, der lange Jahre als ebenso gefährlich erschien, in der letzten Zeit viel von seiner Schärfe verloren hat. Es mag schwer sein, aber es ist nicht unmöglich, auch zwischen Deutschland und Frankreich die Grundlage für vernünftiges Nebeneinanderleben zu schaffen. Vielleicht unterschätzen wir den Einfluß der Berner Verständigungskongferenz, vielleicht schämen wir ihn noch zu hoch ein. Doch mören die unmittelbaren Wirkungen größer oder kleiner sein, mögen sie selbst in diesen aufgeregten Zeiten als völlig unbedeutend erscheinen, in jedem Fall handelt es sich dabei um einen Versuch, der nicht unbeachtet bleiben sollte. Die bürgerlichen Parteien haben alle Ursache, bei einer derartigen Aktion nicht zusehen. Deshalb können wir ganz besonders den Vertreter des deutschen Liberalismus nicht dringend genug empfehlen, an der Berner Verständigungskongferenz sich möglichst zahlreich zu beteiligen.

Ob diese Mahnung auf fruchtbaren Boden fällt, wird sich zeigen. Wie steht es aber mit dem Zentrum? Will diese „christliche Partei“, die vorgibt, den katholischen Bevölkerungsteil zu vertreten, die Gelegenheit verpassen, an der Versöhnung der beiden Völker mitzuarbeiten? Unter den Unterzeichnern der Schweizer Einladung befinden sich Katholiken. In einem neuen deutsch-französischen Kriege würden Katholiken auf Katholiken schießen! Geht der Hurra-patriotismus derer um Erzberger und Spahn schon so weit, solche Tatsachen völlig zu übersehen? Für das Zentrum sollte eigentlich doch erst recht die Aufforderung gelten, die das „Berl. Tagebl.“ an den bürgerlichen Liberalismus richtet: Geht nach Bern!

Fort mit dem Einjährigenprivileg!

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Beibehaltung des Einjährigenprivilegs bei gleichzeitiger Erhöhung der Präsenzstärke geradezu eine Grausamkeit gegen die Nichtprivilegierten bedeuten würde. Wird das Einjährigenprivileg abgeschafft, dann können, ohne daß sich die Gesamtpräsenz verringert, 7500 Soldaten gespart werden. 7500 Minderjährige und Söhne von Familien, die durch die Wehrpflicht schon übermäßig belastet sind. Wird es beibehalten, dann müssen auch diese letzten 7500 in die Kaserne!

Es ist bestritten worden, daß die geplante Erhöhung der Präsenzstärke eine Herabsetzung der bisherigen Ansprüche an die Tauglichkeit notwendig macht. Gegen diese Ablehnungsversuche wendet sich die „Vossische Zeitung“ mit ausführlichen statistischen Nachweisungen, wobei sie zu diesem Ergebnis gelangt:

Tatsache ist übrigens, daß die Zahl der „unbedingt Tauglichen“ niemals die Ziffer 58 v. D. erreicht hat und daß niemals mehr als 5 v. D. eingestellt sind. Dagegen ist in den letzten Jahren wiederholt Klage erhoben worden, daß die Zahl der „unbedingt Tauglichen“ in stetigem Rückgang begriffen ist (im Jahre 1910 nur 53 v. D.), was mit dem Übergang vom Agrar- zum Industriestaat begründet wird. Das wird in den nächsten Jahren zweifellos weitere Fortschritte machen.

Also jeder Einjährig-Freiwillige, der nach einem Jahr abgeht, muß durch einen minderjährigen Mann aus dem Volke ersetzt werden. Die Militärkassette werden sich füllen mit Opfern des Einjährigenprivilegs! Glaubt man wirklich unter solchen Umständen das Vortrecht der besitzenden Klassen aufrecht erhalten zu können? Es ist Pflicht des Reichstags aus Anlaß der neuen Militärvorlage, falls diese wirklich Gesetz wird, mit dem Einjährigenprivileg reinen Tisch zu machen.

Die Interessenten rühren sich.

Das Lokalblatt für Tempelhof bei Berlin bringt unter dem 7. April folgende Bekanntmachung:

Pferdeankauf.

Da der Pferdebedarf für die neuen Wehrvorlagen ein sehr großer sein wird, fordern wir alle Pferdebesitzer auf, ihr vollständiges (4-8jähriges) Pferdmaterial bis zum Herbst nicht zu verkaufen, um es dann der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen zu können.

Der Bedarf wird auf 40.000 Pferde geschätzt, von denen 30.000 Stück für die Feldartillerie nötig sein werden. Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg.

Noch ehe die Heeresvorlage angenommen worden ist, sind die Agrarier schon drauf und dran, aus dem militärischen Milliardenregen herauszuholen, was nur herauszuholen geht. Die Militärbehörde wird dabei für ihr schweres Geld einen großen Teil minderwertigen Pferdmaterials in den Kauf nehmen müssen, das sowohl vor dem Geschick wie in der Schwadron sehr bald abgemüht sein wird. Der zerfährte Abgang dieser Pferde muß dann später durch vermehrte Remonteneinstellung ausgeglichen werden. So werden die Steuerzahler auf Jahre hinaus die Leidtragenden sein, und die agrarischen Pferdebesitzer können sich ins Fäustchen lachen.

Die Steuerfreiheit der Fürsten.

Der Gesetzentwurf über die einmalige Vermögensabgabe enthält keine Ausnahmsbestimmungen zugunsten der Fürsten. Außerdem heißt es in der Begründung:

Die Landesfürsten und Landesfürstinnen, die der direkten Besteuerung durch das Reich nicht unterliegen, haben sich gleichwohl bereit erklärt, an dem vaterländischen Opfer des Wehrbeitrags sich zu beteiligen.

Daraus wurde vielfach geschlossen, daß die Fürsten, die ja den Bundesrat instruieren, ihre Pflicht zur Steuerzahlung anerkannt hätten und sich im Gesetz über die einmalige Vermögensabgabe wie jeder andere unterwerfen wollten. Diese angenehme Täuschung wurde auch zu Zwecken der Stimmungsmache geschildert aufrecht erhalten, bis die Sache dringend zu werden begann, d. h. bis zu dem Augenblick, in dem der fragliche Entwurf in die Kommission gelangte. Jetzt aber überrascht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Reichstag und Volk mit folgender staatsrechtlicher Weisheit:

Nach der Auffassung der verbündeten Regierungen sind die Landesfürsten nach geltendem gemeinen deutschen Staatsrecht von der Entrichtung jeglicher direkter Reichsteuern befreit. Aus der Stellung des Monarchen als der Verkörperung der Souveränität folgt, daß der Monarch der Besteuerung nicht unterworfen ist. Es ist dies ein geschichtlich erwachener Fundamentalsatz des monarchischen Staatsrechts, der durch die Einführung der Verfassungen nicht in Frage gestellt ist. Der Monarch als oberster Träger der Staatsgewalt vereint in sich mit den sonstigen Herrschaftsrechten die staatliche Steuerhoheit und es ist begrifflich ausgeschlossen, daß ihm für seine Person die Entrichtung einer direkten Steuerabgabe an die von ihm selbst verkörperte Staatsgewalt obliegt.

Mit anderen Worten die Träger der verschiedenen deutschen Kronen und Krönchen versprechen sich noch immer auf ein „Recht“, von dem in der deutschen Reichsverfassung nichts geschrieben steht. Sie wollen ihr Vermögen und Ein-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schläpfer.

(Nachdruck verboten.)

„Guten Morgen!“ Die lange Marie kam mit einem unbefangenen Grinsen herein. Carlsten beugte sich tief hinter den Ledersitz, es lagen da Bindfadenreste auf der Erde, die er durchaus entfernen wollte.

„Guten Morgen!“ Der Kommis war nicht wenig erschrocken. Die Engelbrechts galten als sehr gute Kunden, aber zu ihnen waren sie noch nie gekommen. Sie ließen viel aufschreiben, aber schließlich hatten sie noch immer gezahlt. Geld hat die Sorte ja und durch den Schmutz ging alles.

„Was wünschen Sie?“ Das Erstaunen war noch immer in der Stimme.

Marie wollte zum Kaufen, aber einen guten. Er nannte ihr die verschiedenen Preislagen.

Marie schüttelte eine ungründliche Stirn.

„Ja, anderen haben wir leider nicht.“ Der Kommis zeigte sich, daß dieses Fremdenzimmer so hohe Ansprüche stellte.

„Wir haben ja noch den Flaschenraum im Keller“, wünschte sich Carlsten zu das Gespräch.

„Die besten Sorten können wir nicht in einem offenen Tag führen; sie werden nicht genug verlangt.“

Marie begriff, sie wollte den Flaschenraum haben.

„Guten Sie dem Fräulein die verschiedenen Sorten heraus!“ sagte Carlsten.

Der Kommis ging, im Stillen aber schüttelte er den Kopf. Wenn Carlsten Geld verdienen konnte, warum er die lange Marie schickte. In diesem Punkte war er ihm nun doch überlegen.

„Hier“, sagte Marie, als sich die Tür hinter dem Kommis geschlossen hatte, und richtete Carlsten einen abgewandten Blick hinüber.

„Carlsten war verblüfft.“

„Stehen Sie hier ein“, flüsterte sie schnell und vertraulich.

„Wir wollen alles bei Ihnen kaufen, Carlsten, aber wir wollen langsam anfangen, damit die Leute es nicht merken.“

„Kannst du mir sagen, ob unser Geschäft mit dir es so gut?“

„Ihre Augen glänzen ihn hell und verschleiern an.“

„Ja“, sagte Carlsten leise.

„Sagen Sie mir Ihre Hand! Sie sind ein feiner Mann!“

Er schloß ihm höflich die Hand; die Spitze des Kommissars wurde fester.

Der Kommis hatte eine Reihe von Flaschen auf dem Schreibtisch. Marie hatte eine der besten und verschwand mit

einem vieljüngeren Mädchen. Sie hatte für alle Mannsbilder eine Zeit von wissender Vertraulichkeit.

„Die Leute können es machen.“

„Gute Kunden“, sagte Carlsten kurz.

Nach Tisch legte sich Carlsten in der Wohnstube aufs Sofa; er wollte zunächst einmal gründlich schlafen. Die Furcht des hohen Gewinns, der ungewöhnliche Portwein, die neuen Regungen der Stimmlichkeit, die Begegnung mit der Marie, das alles hatte ihn sehr mitgenommen. Der Zettel der Schwarzen brannte ihm wie Feuer in der Tasche. Er sollte am Abend zu ihr kommen, aber er wollte nicht. Er wollte ihr einen langen Brief schreiben. Er durfte sich nicht tiefer einlassen, als er es schon getan hatte. Vorläufig aber wollte er schlafen. Er war ja müde, so müde. Er lehnte sich nach dem Schlaf, um vergessen zu können.

Carlsten schlief lange. Er war gleichsam in einen tiefen Abgrund der Bewusstlosigkeit hinabgefallen. Als er erwachte, mußte er sich erst bekümmern; er wußte nicht, wo er war. Es war ganz dunkel geworden, nur ein letzter erlöschender Schimmer von Licht war noch an den Fenstern. Wo war er nur? Und wie konnte er um diese Stunde erwachen? Auf einmal fiel ihm ein, daß er in der Wohnstube auf dem Sofa lag. Wo aber war seine Frau? Es mußte sehr spät geworden sein. Er richtete sich jäh empor und freifte die Decke ab, mit der die Sorge seiner Frau ihn bedeckt hatte. Auf einmal griff er nach der Brusttasche; der Zettel der Schwarzen! Alle Erinnerung war mit einem Schlag wieder da. Es war, als ob er in der Ecke des dunklen Zimmers erstanden sollte. Er stand regungslos und horchte auf sein pochendes Herz. Es war nur gut, daß seine Frau offenbar fort war. Er wollte auch fort; er wollte hinaus, um auf andere Gedanken zu kommen.

Der Kommis sagte ihm, daß seine Frau den Kaffee im Kantor gerufen habe; sie habe ihn nicht hören wollen. Sie sei dann zu der Frau des Postassistenten hinuntergegangen, wo er gestern Abend gewesen war.

„Gut“, sagte Carlsten, nahm Heberzieher und Gut und ging ebenfalls.

Carlsten wird leichtsinnig, dachte der Kommis und lächelte ironisch.

Carlsten aber war gar nicht leichtsinnig, er trieb unruhig durch die hinteren Gassen, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Jedemal wenn ihm der Zettel der Schwarzen einfiel, erwachte die Unruhe aufs neue. Es war, als sei er plötzlich ausgedöhnt. Er hatte keinen Ort mehr, wo er hingehen konnte. Er wollte abends nicht zu ihr gehen, das stand fest. Er wollte aber auch nicht zu Hause bleiben. Er konnte es in der alten, stillen Stube nicht aushalten. Er wollte in der Nachtluft umherirren bis ihm heller würde. Aber was sollte er jetzt

in diesem Augenblick beginnen? Die Stunden wurden ihm ja endlos lang. Einen Augenblick dachte er daran, zu schlafen, auf dem Pferdemarkt zu gehen; dort war es in der Dämmerung beliebt. Es war überdies gut, wenn er sich dann nachts im Hotel ließ, die Befragung für das Hotel war noch immer nicht vergeben. Er fürchtete aber, mit Dagmar zusammenzutreffen; sie würde alle Gedanken wieder in ihm aufwachen. Außerdem durfte er in dieser Stimmung auch gar nicht an sein Geschäft denken; es war ihm so völlig gleichgültig geworden. Er trieb schließlich ohne Plan durch die dunklen Straßen.

Frau Carlsten war etwas erstaunt, als Carlsten nach dem Abendessen fortgegangen war.

Er habe sich mit einigen Freunden verabredet, sagte Carlsten.

„Dann mußt Du auch ordentlich aussehen“, entschied die kleine Frau. Es war ganz gut, daß er unter Menschen kam, aber dann mußte er auch eine respektable Figur machen.

Für Carlstens Anruhe war die mütterliche Sorge der kleinen Frau entsetzlich. Es half ihm aber nichts. Er mußte sich gründlich hürden lassen und einen neuen Krager umbinden. Gut sei Dank, dachte er, als er unten auf der Straße stand; das Abblücken hatte kein Ende nehmen wollen.

Er trieb ohne Grund nach dem Hafen hinunter. Vielleicht, weil es dort unten am dunkelsten war. Die Straßenbeleuchtung ließ alles zu wünschen übrig.

Gut, piff ihm der Ost vom Meere herein ins Gesicht!

Ob er nicht eine Wirtschaft aufsuchen sollte? Es war verzeufelt kalt. Er ging in eine gemüthliche Schenke, die viel von den Kapitän der fremden Schiffe bejagt wurde.

„Na, Carlsten“, sagte der Wirt, „auch ein wenig unsober?“

„Ja“, sagte Carlsten und setzte sich mit einem Grog in einen stillen Stuhl.

Er mußte allein sein.

„Geben Sie mir noch einen Grog“, sagte er nach einer kleinen Weile. Der beste Trank tat ihm wohl.

Der Wirt bekam plötzlich Weine; Carlsten gehobte sonst zu den spärlichen Gästen. Er brachte ihm den Grog und ließ ihn wieder allein.

Ein bunter Traum zog an Carlstens Augen vorbei. Wie war es doch alles gewesen? Er hatte in der Tür etwas Weißes gesehen, eine weiße Bluse und eine weiße Schürze. Es hatte so heimlich und verschwiegen dagestanden. Ob er nicht besser zu ihr ging. Er konnte ihr ja sagen, was er ihr hätte schreiben wollen. Es verhandelte sich mündlich besser. Wenn sie in der Tür nicht sein sollte, konnte er wieder nach Hause gehen. Die Stunde des Zettels war ja vorbei. Vielleicht war sie gar nicht mehr da. (Fortsetzung folgt.)

kommen nicht katastrieren lassen, wollen keinerlei Zahlungsverpflichtung übernehmen, sondern nur für den ewig neuliebenden Militarismus aus ihrer allerhöchsten Privatschatulle ein Trinkgeld spenden, dessen Höhe ganz in höchster Belieben gestellt bleibt.

Unter diesen Umständen werden sich die hohen Herren darauf gefast machen müssen, daß es im Reichstag noch zu Auseinandersetzungen kommen wird, die Ihnen nicht gefallen werden.

Jubasse und Strohköpfe.

Der Streit in den Reihen des Zentrums bricht jetzt vor den Landtagswahlen mit aller Heftigkeit aufs neue aus, und was das offizielle Zentrum dabei zu hören bekommt, dürfte ihm ebenso peinlich sein, wie die Ausführungen des Generalmajors Häppler im Reichstage. In einem von katholischen Arbeitervereinigern zur Anregung der Agitation im Kreise G l a g geschriebenen Briefe heißt es z. B.:

„Seht nur sichtlich auf die Dörfer und nehmt Euch die kommende Militärvorlage mit ihrer Militärdenksteuer zu wahr. Herr Sperlich (ein Zentrumsmann) hat bei einer Zentrumsversammlung gesagt, daß es Geld in Massen habe und daß man einsehe, bei der letzten Finanzreform viel wieder eine Milliarde. Das fortgesetzte Verlegen des Volkes von Zentrumsseite muß doch selbst dem B. D. besten die Augen öffnen. Die Habschwerter müssen zur nächsten Reichstagswahl gründlich quittieren. Es gibt auch schon Geistliche, die die Zentrumskulturneise einsehen. Es wird ein großer Sturm kommen, der alle politischen Jubasse ohne Rücksicht auf ihren Stand glatt wegwegt, sowie alle Strohköpfe der Pharisäer und Schriftgelehrten.“

Die „Jubasse und Strohköpfe“ antworten im „Gebirgsboten“ dem Briefschreiber mit folgenden Lebenswürdigkeiten:

„Ein Judas, ein Verräter an der katholischen Sache ist derjenige, der heute Haber und Zwieback in die Weichen der Katholiken tragen will. — Ein Judas ist derjenige, der in diesen beschwerlichen politischen Zeiten, wo Regierung und alle Patrioten einmütig der festen Ueberzeugung sind, unsere Kämpfer zur Verteidigung des Vaterlandes müssen vermehrt werden — ein Verräter an Vaterlande ist derjenige, der in diesen Zeiten gegen diese Wehrvorlage heftig bezw. andere dazu anstiftet. Herr „Altezeit voran“ spricht endlich von Strohköpfen, die hinweggefegt werden sollen. Es sind scheinbar gemeint die Mehrzahl der katholischen Geistlichen der Kraftschafft; denn er spricht nur von einigen Geistlichen, die seine Ideen einsehen. Es sind sodann wohl gemeint die Mitglieder des Reichskomitees und die Vertrauensmänner der Zentrumspartei, die gewählt sind durch das Vertrauen der Zentrumsmänner.“

Daß die Außenseiter außerdem damit verfahren wurden, daß man sie den Sozialdemokraten an die Seite stellt, ist angesichts ihres forschen Tons nicht zu verwundern. Der „Glag Gebirgsbote“ droht ihnen sogar Prügel an, indem er schreibt:

„Seine Mamen mögen sich merken, falls sie Lust haben sollten, seiner Weisung entsprechend, tüchtig auf die Dörfer zu gehen, unsere Zentrumsmänner werden es ihnen schon eintrickeln, wo die Jubaner, Jubasse und Strohköpfe zu finden sind, und sie selber werden „hinweggefegt“ werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.“

Auf die Zustände innerhalb des Zentrums werfen diese liebevollen Auseinandersetzungen ein bezeichnendes Licht. Die „Schles. Volksztg.“, die den Zwist für begraben hielt, ist ganz außer sich. Man wird unwillkürlich an das Bibelwort erinnert: Wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen.

Wissenschaft von Jedlich' Gnaden.

Das Dreiklassenhaus hat am Sonnabend den Kulturrelat zu Ende beraten und die zweite Lesung des Etats abgeschlossen. Aus der langen Sitzung ist ein Vorstoß des freikonserватiven Führers Octavio v. Jedlich gegen die katholischsozialistischen Volkswirtschaftsprofessoren an den deutschen Hochschulen zu erwähnen. Er freute sich begreiflicherweise darüber, daß Herr Trost zu Solz über alle Vorlesungen der Berliner technischen Hochschulen hinweg den bei den Scharfmachern so beliebten Professor Julius Wolf-Breslau an diese Hochschule befördert hat, worin der wackere Octavio nicht mit Unrecht bereits den Anfang zu der von ihm gewünschten „Reform“ an den deutschen Universitäten erblickt.

Nach Erledigung des Kulturrelats kam die allgemeine Finanzverwaltung heran wobei von dem Fortschrittler Kopsch und unseren Genossen Borchardt und Dr. Kleinrecht harte Kritik an dem Regime des Generalintendanten der königlichen Schauspiele, Graf Pilsen-Gäbler, geübt wurde. Der Finanzminister erklärte, daß der Staat zwar einen Beitrag zu den Volkstheatern zu leisten, der Landtag aber in sie nichts hineinzureden habe!

Posa gegen Posa.

Justizrat Bamberger-Mischerleben, der bekannte Vorkämpfer des Reichsrechts, veröffentlicht in der „Tägl. Rundschau“ einen Brief des Grafen Posa vom 2. Mai 1907, in dem der Graf ihm wörtlich schreibt:

Auf die gest. Zulchrift vom 6. v. M. erwidere ich ergebenst, daß Ihre Vorschläge wegen Reform des gesetzlichen Erbrechts der Prüfung des Reichsjustizamts unterliegen. Ich werde aber auch meinerseits bei sich bietendem Anlaß gern zur Erwägung dieser Vorschläge beitragen, insoweit sie für sozialpolitische Zwecke verwendbar zu machen sind.

Graf Posaovsky geht den umgekehrten Weg wie die Dernburg und Wernmuth. Diese haben sich seit ihrem Ausscheiden aus dem Amte in verschiedener Beziehung vorwärts entwickelt. Graf Posaovsky entwickelt sich nach rückwärts.

Die Kapitalisten auf der Flucht. Die den rheinischen Kapitalisten nahestehende „Kölnische Zeitung“ berichtet, daß Abströmungen deutschen Kapitals nach der Schweiz habe in der letzten Zeit einen ungewöhnlichen Umfang angenommen. Unter diesem Kapital befinden sich auch nicht unbedeutende Mengen baren Geldes. Die Abwanderung dieses Kapitals ist, nach der „Köln. Ztg.“, auf die bisherige unbeschaltete internationale Lage, zu sehr erheblichem Teil aber auch auf die in Aussicht stehende Vermögensabgabe für die Zweckzwecke zurückzuführen. Daß diese Lage von der Schweizer Bankwelt nach Kräften ausgenutzt werde, lasse sich von deren Standpunkt aus verstehen. Das deutsche Interesse erfordere aber, daß diese Bewegung sobald wie möglich zum Stillstand gelange.

Die „Deutsche Tageszeitung“ frohlockt über diese Kapitalabwanderung: „Es ist interessant, daß das rheinische Volkland das ihm nahestehende Kapital wenigstens teilweise mit der „unbeschalteten internationalen Lage“ zu entschuldigen sucht. Trotzdem

wird hoffentlich das deutsche Volk jetzt einsehen lernen, wo die wirklichen Steuerdrückbeuger liegen!“

Recht ist höchstbedeutend. In der zweiten ständischen Kammer kam es bei dem Titel Gefängniswesen zwischen dem Abg. Dr. v. Müllers (Fortschritt) und dem Deputierten für das Gefängniswesen, Ministerialrat Dr. Schwabe, zu einem scharfen Wortwechsel. Der Regierungsvertreter hatte bei der zweiten Lesung des Titels dem Abg. Dr. v. Müllers, als dieser dem Deputierten Müllers in der Gefängnisverwaltung zur Kenntnis brachte, vorgelesen, er sei ungenügend informiert, wie es schon wiederholt bei ihm vorgekommen sei. Der Abg. druckte Drumm, der damals die Sitzung verlassen mußte, bevor viele die Worte des Ministerialrats Dr. Schwabe später als eine Frechheit. Präsident Dr. Müller rügte diesen Ausdruck. Bemerkenswert aus der Sitzung ist noch, daß der Präsident den Abg. Drumm, der sich sonst seines oberbairischen Dialektes bediente, aufforderte, hochdeutsch zu sprechen, da er jetzt bewiesen habe, daß er des Hochdeutschen mächtig sei.

Die ungültige Wahl Herr v. Kröcher. Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat jetzt Bericht erstattet über die Wahl des Abgeordneten von Kröcher (Kons.), dessen Mandat sie bekanntlich für ungültig zu erklären beantragt. Kröcher erhielt im Kreise Salzwedel-Verdelegen 1912 in der Stichwahl 13.463 Stimmen gegen 13.144 Stimmen, die der frühere Abgeordnete Dr. Böhm vom Bauernbund erhalten hatte. In den Protokollen wird behauptet, daß in einer großen Zahl von Wahllokalen Nachtragungen ohne ersichtliche Begründung vorgenommen worden sind, und daß einige Untervorsteher Anträge unterzeichnet hatten, um für die Wahl des Herrn v. Kröcher Stimmungen zu machen. — Die Kommission erblickte hierin, da es sich um die Träger der Polizeigewalt handelt, eine amtliche Wahlbeeinflussung, die sich bei der Stichwahl auch noch in anderen Momenten zeigte. Hauptächlich kamen vier Bezirke in Frage. Man einigte sich dahin, Herrn v. Kröcher aus diesen Bezirken 859 Stimmen abzugeben, so daß sich seine Stimmenzahl auf 12.604 Stimmen verminderte, während Dr. Böhm 13.148 Stimmen erhielt.

Die erledigte Parität-Petition. Der Reichstag erledigte am Sonnabend noch halb im Stehen eine große Reihe von Petitionen, zu denen keine Wortmeldungen vorlagen. Da sich die Beschwörer der Parität-Interessen bei dieser eiligen Erledigung nicht rechtzeitig zum Wort gemeldet hatten, wurde auch diese Petition sang- und klanglos durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, ein Schicksal, das die Petition trotz der Unterchriften hoher und höchster Herrschaften — der Kronprinz steht an der Spitze der Unterzeichner — voll und ganz verdient hat.

Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage. Nach einer Mitteilung der Regierung an die Stände soll sich, wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ erfährt, der künftige Landtag für das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin zusammensetzen aus: 5 Vertretern der Ritterschaft, 5 Vertretern der Landchaft, 1 Abgeordneten des Großherzogs, 1 Landesvertreter des Fürstentums Jageburg und 10 gewählten Abgeordneten. Von den letzten entfallen 4 auf die Landchaften, 4 auf die Städte und 2 auf das Fürstentum. Es ist indirekte Dreiklassenwahl mit öffentlicher Stimmabgabe vorgesehen.

Arzt Aktionäre. In der Generalversammlung der Wallwälderei und Kammerei in Böhren, in welcher die Dividende auf 17 Prozent — gegen 10 Prozent im Vorjahre — festgesetzt wurde, wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß der jährliche Bauenaufwand 500.000 Mark betragen werde. — 17 Prozent Dividende, die, von Arbeitern verdient, den Nichtstueren in die Tasche geschüttelt wird.

Lieferung von Schlachtschweinen an die Städte. Die weisfällische Landwirtschaftskammer hat den Oberpräsidenten erlucht, eine Konferenz der Regierungspräsidenten der Provinz mit den Vertretern der größeren Städte einuberufen, damit die Lieferung von Schlachtschweinen an die Städte in die Wege geleitet werden möge. — Nach den bisher von den Stadtverwaltungen abgegebenen Erklärungen scheint die Sache zu scheitern, solange nicht die Organisations der Landwirte ihre Lieferungsbedingungen wesentlich zugunsten der Konsumenten ändern.

Beseitigung des Streikrechts für das bayerische Verkehrspersonal. Durch die neuen Bestimmungen des bayerischen Verkehrsministeriums über die Aufnahme in den Eisenbahndienst wird vom 1. Juni an für das gesamte Personal der bayerischen Verkehrsverwaltung das Streikrecht aufgehoben.

Uebergriffe der Magdeburger Polizei. Der französische sozialistische Abg. Compere-Morel sollte am Sonntag, den 18. d. M. in Magdeburg in zwei großen öffentlichen Landtagswählerversammlungen, in denen von dem Reichstagsabgeordneten Weill-Weg der Zusammenhang zwischen Landtagswahlen und Rühlungsfeier gedeutet werden sollte, auf Einladung der Magdeburger Genossen das Wort ergreifen, um einiges über die Kämpfe des sozialistischen Proletariats Frankreichs gegen den französischen Chauvinismus zu sagen. Als Compere-Morel am Sonnabend abend in Magdeburg eingetroffen war und sich nach dem Parteisekretariat begeben hatte, erschien gleich darauf ein Kriminalkommissar, der ihm im Auftrage des Polizeipräsidenten v. Allen das folgende Schriftstück überreichte:

„An den Präsidenten des französischen Sozialistischen Kongresses, Abg. Herrn Compere-Morel, hierseits. Jede Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen innerhalb des Polizeibezirks Magdeburg wird Ihnen hiermit untersagt. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Ihre sofortige Ausweisung erfolgen.“

Dem Dokument war gleichzeitig eine französische Uebersetzung beigelegt, damit ja kein Zweifel entstehe, daß Compere-Morel auch genau unterrichtet sei. Die Polizei hat ihm also nicht nur das Neben, sondern sogar das bloße Erscheinen in den Versammlungen verboten, obwohl ihr dazu das Vereinsgesetz keinerlei Handhabe bietet. Mit diesem Vorgehen der preussischen Polizei vergleiche man die Gastfreundschaft, die deutsche Redner oft in Frankreich genießen.

Ausland.

Oesterreichische Offiziere als russische Spione. Die Wiener Arbeiterzeitung wurde am Sonnabend konfisziert, weil sie über eine auffeherregende Verhaftung eines Offiziers berichtete, der Spionage für Russland getrieben hatte. Angeblich soll durch den Bericht „Beweisurkunden“ oder Aussagen von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen, die „in Laufe einer strafgerichtlichen Untersuchung zu den Akten“ gebracht worden sind, veröffentlicht worden sein. Das ist in Wirklichkeit nicht der Fall, die Konfiskation erfolgte vielmehr, weil die Veröffentlichung der Regierung unangenehm war. Alle anderen Wiener Blätter sind von der Staatsanwaltschaft gewarnt worden, über den Fall zu berichten. Inzwischen sind noch zwei weitere Verhaftungen erfolgt. Die Verhafteten sind der ehemalige Leutnant Alexis Janbric und sein Bruder Cedomil. Letzterer diente als Leutnant in einem bosnischen Infanterie-Regiment, besuchte aber gegenwärtig die Kriegsschule und sollte in den Generalstab kommen. Cedomil ist ein ehemaliger Jüngling der Wien-Neustädter Militärakademie und hat alle Studien mit so ausgezeichnetem Erfolge absolviert, daß er, wie gesagt, in den Generalstab kommen sollte. Er war mit dem Sohne des Chefs des Generalstabes, Conrad von Höbenborff, der selbst Offizier ist, eng befreundet, und man nimmt an, daß ihm vielleicht diese Freundschaft zu der guten Karriere verholfen hat. Vor wenigen Tagen erschien in der Majoratitor Luna, dessen Name bekannt ist, weil er auch seiner Zeit die Untersuchung gegen den Giftmörder Hofrichter geführt hat, in der Wohnung Janbrics und erklärte ihn für verhaftet. Janbric wollte rasch auf den Schreibtisch lospringen, um noch einige Schriften zu vernichten, wurde aber mit vorgehaltenem Revolver daran verhindert. Als Dritter wurde am Sonnabend auch noch der Vater der beiden,

Ephraim Janbric, Intendant beim 15. Korps in Graz, verhaftet.

Aufgefallen war, daß die beiden Brüder auf großem Fuße lebten und daß der Militärattache der russischen Botschaft sie sehr oft besuchte. In der Wohnung fand man kompromittierende Schriften, ferner Aufzeichnungen über große Geldbeträge, die aus Warschau, Paris und Petersburg gekommen waren. Cedomil hat auch an Ausland Angaben über die Mobilisation ausgestellt, die man ihm als Aufgaber in der Kriegsschule machen lassen. Es heißt aber auch, daß bei Janbric die Pläne zahlreicher Befestigungswerke vorgefunden wurden, die schon angefertigt waren oder sollten. Mehrere weitere Offiziere sollen ebenfalls schwer kompromittiert sein.

Wahlrechtsbewegung in Serbien. Die sozialdemokratische Partei in Serbien hat schon vor längerer Zeit eine Aktion eingeleitet, um die serbische Öffentlichkeit für die von der Partei angeführte Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu interessieren. Bereits im Vorjahre wurde eine von 10.000 Bürgern unterzeichnete Petition für das allgemeine Wahlrecht der Stupschina unterbreitet. Die Genossen Capovic und Kalleric haben nun in der Stupschina einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ein Revolverattentat auf den König von Spanien wurde Sonntag mittag gegen zwei Uhr in Madrid unternommen. Der König schrie vom Truppenübungsplatz zurück, wo er die Truppenvereibigung vorgenommen hatte. Pflüchtigen Schüsse. Das Pferd des Königs wurde von zwei Ringeln getroffen und durch eine dritte Kugel wurde ein Polstrik leicht verletzt. Der Attentäter ist der Zimmermann Manuel Sanchez Alcega. Er ist 25 Jahre alt und stammt aus Barcelona. Offenbar ist er gesteskrant, denn er erklärte beim Verhör, er habe kein Attentat auf den König beabsichtigt. Als der König vorbeiritt, sei er plötzlich von einer unverständlichen Macht gezwungen worden, auf den König zu schießen. Drei weitere Personen wurden ebenfalls verhaftet. Ein französischer Sprachlehrer, der mit dem Attentäter vor Verübung der Tat gesprochen haben sollte, ein junges Mädchen, die Braut des Attentäters, sowie ein Mann, der ebenfalls auf der Straße mit einem Revolver gesehen worden war. Der Sprachlehrer ist bereits wieder auf freien Fuß gesetzt. Infolge der Panik, die bei der Verübung des Attentats entstand, wurden elf Personen zu Boden geworfen und verletzt.

Zur Lage der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten. Anlässlich der sogenannten Jaren-Annette vom 6. März wurde das Gericht verbreitet, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma nach Sibirien geschickt und dort in Freiheit gesetzt worden seien. Wie der Petersburger „Lutich“ nun mitteilt, entspricht dies Gericht nicht den Tatsachen. Nichtig ist bloß, daß eine Anzahl der früheren Abgeordneten nach Verübung der Zuchthausstrafe jetzt zur lebenslänglichen Ansebelung nach Sibirien deportiert worden sind, hierbei stellt sich folgende ungeheuerliche Tatsache heraus. Nach der Verurteilung im Jahre 1907 wurden die 5 lautstärksten Abgeordneten, die Genossen Beretelli, Komattidse, Dshapardse, Macharabse, Dshugeli, die als zur Zwangsarbeit unfähig befunden wurden, in den Gefängnissen des europäischen Russlands interniert. Laut Gesetz mußten für aber nach einjähriger Haft nach Sibirien verbannt werden! Weshalb tat das die Regierung nicht? Sie erklärte, sie könne den kranken und schwachen Genossen nicht die langwierige Reise nach Sibirien zumuten — was sie aber nicht hinderte, die Genossen durch ganz Russland hindurch nach den sibirischen Gefängnissen zu schaffen und ihnen die Gefängnishaft von fünf auf acht Jahre zu erhöhen! Dies alles geschah ohne jede rechtliche Grundlage, aus purer administrativer Willkür, die zu dem Bluturteil des Gerichts noch diese abgefelmte Schurkerlei hinzutut.

Ein politischer Mord auf Cuba. Ceterino Mendez, der kürzlich gewählte konservative Bürgermeister von Cienfuegos in der Provinz Santa Clara auf Cuba, wurde am Freitag von einer Bande ermordet, die ihm auf der Straße lauerte und ihn durch Schüsse buchstäblich durchlöcherete. Das Motiv soll politischer Natur sein. Sechs verdächtige Personen wurden bereits verhaftet. Die Behörden sind der Ansicht, daß der Mord zu einem blutigen Streit zwischen den Konservativen und Liberalen Anlaß geben wird.

Revolte in China. In Wulshang wurde während der letzten Tage der Versuch gemacht, eine Revolte herbeizuführen. Der Plan, den Vizepräsidenten General Lijuanhung zu ermorden, wurde rechtzeitig entweckt, und General Lijuanhung, der Kommandeur der 8. Hupeh-Division, der der Leiter der Bewegung gewesen sein soll, ist geflohen. Ungefähr hundert der übertraenen Versuchsdörfer sind hingerichtet worden. Die Ruhe ist in Wulshang wieder hergestellt, und Dankan ist von einer Division der nördlichen Truppen besetzt worden, die per Bahn herbeigeschafft wurde. Bemerkenswert ist, daß dies ungefähr der fünfte Anschlag gegen das Leben des Vizepräsidenten ist.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags nur v. 12—1 Uhr Mittags, M. 100. Sie müssen uns sagen, was Sie wollen, sonst können wir Ihnen nicht helfen.

VERA BEETE CIGARETTE FÜR

Joseph

Verantwortlicher Redakteur: Franz Jochen. — Redaktion und Druckerei: Die Druckerei W. — Verlag: Dr. Jochen, G. u. K. G. — Druck: G. u. K. G. — Druck: G. u. K. G.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. April.

Der reaktionäre Wahl-Anruf.

Vor den Wahlen — Parteigehülfe,
Um in dem mit dem Arbeitstute,
Nach den Wahlen — ach wie bald:
Nase hoch und Miene toll.

An diese Zeilen wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den „Anruf der rechtsstehenden Parteien“ zu der bevorstehenden Landtagswahl liest, der für die Wahl der Herren Stroffer, Wagner und Herrschel Propaganda macht, also auch für den konservativen Stroffer. Es ist erst wenige Monate her, da erklärten die konservativen Hauptorgane, voran die „Kronzeitung“, daß für eine Abänderung des preussischen Wahlrechts gar kein Grund vorliege, da unter ihm der Mittelstand die Entscheidung ausübt, wie das im Interesse der Staatserhaltung wünschenswert sei. Jetzt aber, wo sich der jetzige Generaldirektor der Konservativen, Major Stroffer, um die Stimmen der Breslauer Wähler bewerben muß, läßt er in seinem Namen und in dem seiner beiden Mitkandidaten erklären:

„Die Kandidaten erkennen an, daß das Landtagswahlrecht verbesserungsbedürftig ist. Alle Anträge auf seine Abänderung werden sie mit Unbefangenheit prüfen und sich bei ihrer Entscheidung lediglich durch die Rücksicht auf das Gesamtwohl des Landes leiten lassen.“

In das Gerüde auch mächlich dunkel — mit einer Verteidigung des Preussischen Wahlrechts wagt selbst Herr Stroffer nicht mehr vor seine Wähler zu treten! — Wenigstens nicht vor der Wahl! Wenn die Wahlen vorüber sind, wird er freilich wieder bemüht sein, jede Verbesserung des Wahlrechts zu verhindern, und wenn er sich am Dienstagabend im Konzerthause als Gegner des Reichstagswahlrechts erklären wird, werden ihm die Zentrumsleute zujubeln, die nach ihrem Programm — Anhänger dieses Reichstagswahlrechts für Preußen sein sollten. Daß die Reaktionen auch „volles Verständnis“ für die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung und besonders für die Bedürfnisse einer modernen Großstadt wie Breslau“ haben, ist bei ihrem schwarz-blauen Charakter selbstverständlich. Wenigstens vor der Wahl. Was sie nach der Wahl darin leisten, darüber wissen die Organe der Stadt Breslau allesamt zu erzählen und in den Statuten des Stadtkammerers und Verbürgermeisters ist genau davon niedergelegt. Der Anruf, der eine Fülle von Verprechungen über die Bürger aller Stände ausschüttet, schließt mit folgenden hochtrabenden Worten:

Die Erinnerung an die große vaterländische Erhebung vor 100 Jahren können wir gerade in Breslau nicht besser rufen, als durch die Wahl dreier Unionstreuer, christlicher und bürgerfreundlicher Männer. Unsere Kandidaten treten voll für das Programm der rechtsstehenden Parteien ein, sie sind durch jahrelange Arbeit in Staat, Stadt und Gemeinde mit den Bedürfnissen und Wünschen der Breslauer Bürgerschaft vertraut.

Daß als Erinnerung an die Erhebung des Volkes ausgerechnet Junker und Junkerengenossen in den Landtag gewählt werden sollen, ist die übliche Spekulation der Rückwärtler auf die Dummheit der Massen. Sie würde selbsten, wenn nicht das erbärmliche Wahlrecht diesen „Volksfreunden“ zur Seite stünde. Denn schon vor den Reichstagswahlen hat die „Schlesische Zeitung“ es für eine Schmach für die Jahrhundertfeier erklärt, wenn Breslau sozialdemokratisch vertreten sein sollte, was die Bürger der Stadt nicht abgehalten hat, zwei von der roten Plebeur in den Reichstag zu schicken. Und zwar — wie die Beratung der Deckungsvorlagen darthut — sehr zu ihrem

Nutzen. Daß aber die Reaktionen wieder einmal die „Königsstreu, Christentum und Bürgerfreundlichkeit“ für sich allein in Anspruch genommen haben — wird die Liberalen tief schmerzen. Sie haben sich so fromm benommen und werden jetzt doch zu dem vaterlandsfeindlichen Ausschuß geworfen.



Heute Zahlabend

des sozialdemokratischen Vereins Breslau in den bekannten Diskussionslokalen. Es handelt sich um die Landtagswahlen. Genossen, erscheint pünktlich.



Die städtische Steuerungskommission und die Fleischermeister.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der fleischigen Fleischermeister von dem billigen russischen Fleisch nichts hält und alles getan hat, um dieses Fleisch den Verkauf zu verweigern. Das wird jetzt durch einen Befehl bestätigt, den kürzlich die städtische Steuerungskommission an den Vorstand der fleischigen Fleischer und Wurstmacher Zwangs-Zunimung erteilt hat. Die Kommission stellt mit Bedauern fest, daß bei den fleischigen Fleischerleistungen nur ein kleiner Teil der Fleischermeister bereit war, das russische Fleisch zu verkaufen und führt dann fort:

„Wenn Verkauf durch städtische Magistrate unmittelbar an die Verbraucher wurde das Fleisch von diesen gern gekauft, ein Beweis dafür, daß die Wille der Konsumenten durchaus Anerkennung gefunden hat. Auch Herr Fleischermeister Neugsbauer ist die Güte des russischen Fleischs durch Abgabe an die Fleischer nachhaltig anerkannt. Welche Gründe vorliegen können, daß die fleischigen Fleischer nicht willig abgenommen haben, soll untersucht werden; jedenfalls wird nach dem Vorschlage der Steuerungskommission und nach den bisherigen Erfahrungen Fleisch durch Vermittlung der Fleischer nicht mehr verkauft werden. Wir stellen dies dem Vorstande mit und wünschen, bei den Zunimungsmitteilungen mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Fleischpreise entsprechend den Viehpreisen abwärts herabgesetzt werden. Die durchschnittlichen Schlachtgewichtspreise betragen im September 1912 für 2 1/2 kg Schlachtkörper eine Sorte Schmalz 87,8 Mark, für Aufschnitt 88,2 Mark und für Schweinefleisch 56,5 Mark, im Oktober dieses Jahres dagegen nur noch 81,3 und 75,7 und 77,3 Mark für die gleichen Kategorien und Qualitäten. Die fleischigen Fleischer haben bei weitem nicht alle eine entsprechend der Befragung ihrer Kundenliste vorgenommen. Sollte die Preisüberhöhung nicht erfolgen, so wird die Stadtgemeinde entsprechend der Ministerialverordnung vom 2. Oktober 1912 und dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Oktober 1912 den Verkauf ausländischen Fleisches untersuchen und durch eigene Magistrate unmittelbar an die Verbraucher verkaufen. Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß nach Fleisch mit der Forderung hervorgehoben sind, ihnen das russische Fleisch billiger zu verkaufen, aber ohne Herabsetzung ihrer Verkaufspreise. Soweit hier bekannt ist, hat die Stadtgemeinde Breslau den fleischigen Fleischer die Güte des russischen Fleischs für den Verkauf russischen Fleisches geteilt, nämlich 13 Pfennige für das Pfund. Schließlich ersehen wir aus gefälliger Mitteilung, ob die Zunimung grundsätzlich mit der Einlegung einer Kommission einverstanden sein würde, die nach dem Vorbilde Sinters die Fleischpreise möglichst im Einklang mit den Viehpreisen zu halten hätte.“

Der Zunimungs-Vorstand schrieb darauf an die Breslauer Handwerkskammer, die nachdrücklich erklärte, daß die Übernahme des Einkaufs und Verkaufs von Fleisch in eigene Regie der Stadt keine wirksame Hilfe gegen die bestehende Fleischsteuerung bedeute. Die fleischigen Fleischer selbst hat in ihrer jüngst abgehaltenen General-Versammlung ein Antwortschreiben an den Magistrat beschloßen, worin behauptet wird, der Zunimungsvorstand habe alles getan, um die Fleischermeister zum Verkauf des russischen Fleisches zu veranlassen. Zuerst sei das Fleisch glatt abgesetzt worden; wenn sich das später geändert hat, so

liege das an dem geringen Preisunterchied zwischen dem fleischigen und dem eingeführten Fleisch, letzteres aber daran, daß dieses Fleisch nicht mehr zu verkaufen ist.

Der Aufsichtsrat der Fleischer-Zunimung hat sich demgegenüber, er könne die gewünschte Erzeugung nicht abgeben, da die Preisunterstützung durch die Preisüberhöhung gehindert sei, ihre Mitglieder in der Zunimung zu befehlen.

So, so, auf einmal ist der Zunimungsvorstand sehr schwach geworden. Als vor einigen Zeit fleischige Meister durch Zeitungsinserat bekannt gaben, daß bei ihren das Fleisch billiger zu haben ist, da wurden ihnen von der Zunimung sofort Strafmahndate ins Haus geschickt. Also, wenn es gegen die niedrigen Fleischpreise geht, sind die Zunimungskern schnell bei der Hand; bei einer Preisüberhöhung nach oben wollen sie dagegen nichts wissen.

Wir können nur wünschen, daß die städtische Steuerungskommission wieder russisches Fleisch ankauft und von städtischen Angestellten verkaufen läßt, wenn die Herren Fleischermeister das keine Lust haben.

Frühjahrsblumenschau der Gartenausstellung

Der Gartenausschuß hat nach seinem im Vorjahre aufgestellten Programm dem Gartenan Gelegenheit gegeben, auch den reichen Frühjahrsflor im Freien und die Farbenpracht der im Gewächshause getriebenen Pflanzen zu zeigen. Diese Pflanzen würden bis zum Tage der feierlichen Eröffnung am 20. Mai verblüht sein. Es wird daher die Frühjahrsblumenschau im Ringbau der Jahrhunderthalle und auf dem Gelände der Ausstellung am 6. Mai vormittags 11 Uhr dem Publikum nach Begrüßung der Aussteller, Preisrichter und Festgäste geöffnet werden. Am 20. Mai soll der Kronprinz als Protektor die kulturgeschichtliche Ausstellung und die Gartenbauausstellung feierlich eröffnen.

Gutes Leitungswasser.

Die Direktion der städtischen Wasserwerke schreibt über das Leitungswasser: „In der im Dezember v. J. von uns erlassenen Warnung“ das Leitungswasser vor seinem Genuße abzusuchen, haben wir schon darauf hingewiesen, daß die Filter des städtischen Wasserwerkes im Frühjahr, Sommer und Herbst aufreihenarbeiten. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten, sodas die Warnung bis auf weiteres aufgehoben wird.“

Neue Kieselfelder.

Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung, mit der Anlegung von Kieselfeldern im Vorlande von Kanfern einverstanden zu sein. Sie bilden den Ersatz für die Fäber, die durch den Bau der Staustufe beseitigt worden sind. Die Kosten werden auf 46 000 Mk. veranschlagt.

Die neuen Kieselfelder sind etwa 15 Hektar (60 Morgen) groß und sollen durchweg drainiert werden, während die durch die Kanferer Staustufe verloren gegangenen Felder von etwa 13 Hektar Größe durchweg nicht drainiert, daher nicht genügend aufnahmefähig waren, und in den letzten Jahren gelegentlich der Reichshauen regelmäßig beanstandet wurden.

* **Nachforderungen für die Jahrhunderthalle.** Für die Festhalle in Scheitnig hat die Stadtverordneten-Versammlung zuerst 1 800 000 Mk. bewilligt, dann 39 000 Mk. und zuletzt 57 000 Mk. Der Magistrat beantragt jetzt, noch 495 000 Mk. herzugeben und zur Deckung dieses Betrages der bereits beschlossenen Verlastungen bei der städtischen Sparkasse eine Ergänzungsanleihe von 591 000 Mk. aufzunehmen. Der Magistrat begründet die Nachforderung mit Ueberschreitungen der Kostenanschläge und Arbeiten, die zunächst nicht vorgeesehen waren, aber ausgeführt werden mußten.

Das Nachlaßwerk Leo Tolstois: „Der lebende Leichnam.“

Am Sonnabend hatte unser Lobe-Theater einen großen Tag. Sollte doch das dramatische Nachlaßwerk Tolstois, das unter den Händen Reinhardts die Sensation des Berliner Theater-Publikums geworden, zum ersten Male in Breslau aufgeführt werden.

Die Ehe Fedor Protassow's („Fedja“) steht unter einem Unstern. Wohl meint seine Frau (Lisa) ihn zu lieben; aber ihn — Fedja — plagt seit Beginn der Ehe der Gedanke: daß sein Freund Karenin — eine selbstsüchtige, arbeitsscheue Natur — der in herber fittlicher Unerblichkeit Lisa im stillen immer verdorrt, ein besserer Gatte als er selbst für sie gewesen wäre. Von dieser Erkenntnis gequält, sucht er seine sensible Seele durch Vergnügungen aller Art, besonders aber durch Weiber und Wein zu betäuben. Dadurch wird er aber seiner Gattin immer mehr entfremdet, während Karenin unbenutzt in den Quagen Lisas gewinnt. Da er nun mit einer geradezu lüdnlichen Sorglosigkeit beider Vermögen verschwendet und dann noch zu querehrt sich an eine Hooemerin hänot, kommt es endlich doch zum Bruch. Mit einem Lebens- oder richtiger „Gesellschafts“etel, wie er nur in der Stumpfsinnigkeit des Rußlands gedeihen kann, und wie ihn auch Wort in seinen Romanen so treffend geschildert, taucht der verweibliche Fedja im tiefsten Schlamm der Großstadt unter. Zuerst befindet er sich zwar noch in einer ganz respektablen Gesellschaft von Lebemännern, die in einer Bohemianerlei mit Hooemerinnen und Muskatern verkehren. Da stellt man an ihn eines Tages von Seiten der Familie seiner Frau die Forderung, in eine Scheidung zu willigen. Diese selbstverständliche Forderung, nun auch öffentlich formell seine Schuld zu bekennen, lehnt er ab, weil er nicht lügen will. Abgleich er sich im gleichen Atemzuge des Ehebruchs und der Verschwendung begibt. Da er aber an „eretzlichen“ für seine von ihm immer noch verehrte Frau die Bahn zu einem endlichen Glück, das sie an seiner Seite nicht fand, frei machen will, beschließt er, sich durch Selbstmord aus der Welt zu schaffen. Doch im entscheidenden Augenblicke kehrt ihm dazu der Mut. Der Abschiedsbrief ist unkonst geschrieben; er fliegt wie ein Hungertiger in die Arme des Lebens, das heißt in die der zukünftige gerade hinzukommenden Hooemerin zurück. Als er ihr die gerade seiner reabstichtigten Tat, seiner Frau das Eingeben einer neuen Ehe ohne Scheidung zu ermöglichen, erzählt, rät sie ihm nach außen den Schein zu erwecken, als ob

er sich ertränkt habe, dessen ungeachtet aber in ihren Kreisen ein fröhliches Weiterleben zu führen. Und derselbe Mensch, der sich verzagte, in eine Scheidung zu willigen, anaedlich weil er nicht lügen könne, derselbe Fedja findet sich zu diesem plumpen Betrug bereit. — Unter Litzen, Säufern und ionstigen Schiffsbruch erlittenen Menschen finden wir wieder, im Brantwein mit gleichgültigen Vergessen sühend, im Trunke plaudert er sein Geheimnis aus. Die an sich unschuldige Täuschung wurde zum Verbrechen, weil seine Frau, die an seinen Tod glaubte und auch in der Aufregung irgend eine aus dem Strome eesichten Leiche als die ihres Gatten rekonstruiert hatte, sich unterdessen mit seinem Freunde Karenin verheiratet hat. Es findet sich ein Lump, der die Geschichte anzeigt. Vor dem Untersuchungsrichter — der Mann könnte bei uns Karriere machen — tritt Tolstoi in seinem Fedja als Ankläger gegen die heutige paragrafenstarrende Justiz auf. Nur schade, daß sein Geld eigentlich nicht der Berufene ist, wenn die brunnenden Anlagen ins Gesicht zu schleudern. Doch damit das Stück auch äußerlich zu Ende kommt, findet Fedja während der Gerichtsverhandlung, die sich auch gegen seine Frau und seinen Freund richtet, Gelegenheit, sich eine Kugel in den Kopf zu schießen.

Zuangeben, es war ein großer Tag für's Theater (d. h. für den Kassierer) aber beiläufig nicht für den Dichter. Es kann nicht der Dichter der „Anna Karenina“ und des „Krieg und Frieden“ sein, der im „Lebenden Leichnam“ so Wort führt. Es ist der Moralphilosoph! Stand doch die Wamaße des Dichters Tolstois in seinen besten Zeiten so unendlich hoch über die unzureichende schwächliche dramatische und auch psychologische Gestaltungsart des Verfassers vom „Lebenden Leichnam“, daß man dieses Verlagen nur verleben kann, wenn man die künstlerische Ueberrück Tolstois und seinen unbenachamer Moralpanatismus mit berücksichtigt. Und der von einem bewunderungswürdigen Esoter erfüllte Moralprophet Tolstois war es auch, der am Sonnabend selbst die aus logischen Gründen Widerstrebenden zuletzt de-nach mit fortrid. Nur um des warmherzigen, großen und darum echt „Tolstoischen“ Mitleides halber folgt man den über 12 Bühnenbilder verteilten durchaus nicht dramatischen Lebens-Roman mit Interesse. Dieses große, etwas nazarenisch anmutende soziale Mitleid mit den in der Finsternis, in den Tiefen Lebenden ist es, in der die, uns Westeuropäern kaum saßbare immer stärker anwachsende Bedeutung Tolstois für Rußland liegt. Mit der großen Geste eines Hooer lenkt er sich, um eine Idee zu verkörpern, über alle schlüssigen Bedenken der Vernunft hinweg. Er fordert blinden Glauben. Aber daß er einst der Verbündete eines Jota und Jden war, das zeigt die mitunter zgrblühende Lebenswahrheit seiner Gestalten. Schade, daß die

jachliche Problemstellung im „Lebenden Leichnam“ einen so unbehaglichen „Sherlok Holmes“-Charakter hat, und daß auch die Psyche des Fedja — der eigentlich alles andere, als ein Held ist — an einigen unmaßlichen Widersprüchen krankt. Jedenfalls sind ihm einige Episoden in dem Werdegange Fedjas wunderbar gelungen.

Daß das gut besetzte Haus, obgleich es sich zu Anfang sehr zurückhaltend verhielt, am Schluß dem Werke braulenden Beifall sollte, lag wohl nicht nur in der suggestiven Macht des eigenartigen Miteus jener Szenen, sondern galt wohl überwiegend der sorgfältig vorbereiteten Darstellung. Die Regie des Herrn Marz hat hier, abgesehen von einigen Kleinigkeiten, ein Meisterstück geschaffen. Manche Szenen, so z. B. bei den Hooemern wirken prächtig in ihrer echten Lebenswahrheit. Doch endgültig erruagen wurde der Erfolg durch das sehr abgemessene hingebende Spiel des Herrn Jh. Sein verlotterter Lebemann war im Grunde doch immer nur ein großes Kind, das sich keine sehndeträumende Seele trotz allen Schmutzes bewahrt hat. Einen wunderbaren Ausdruck fand bei ihm beispielsweise die in Fedjas Bergen schlummernde Verehrung für Frau Lisa, als sie alle drei wieder vor dem Untersuchungsrichter zusammenzutreffen; daß war eine echte Tolstoische Gestalt in ihrer herben Größe und Schönheit, trotz aller innerlichen und äußerlichen Bewahrlosuna. Wenn Jh. einem manchmal unwillkürlich an Moliere erinnert, dessen Sprache er leider nicht ganz erreicht, so sind es dessen beste Seiten von denen er gelernt, dessen Manier er aber Auaerweife nicht nachahmt. Hoffentlich läßt er sich durch das tolle Getue der Backfische und anderer „Damen“, deren Verehrung meist mit Kunst nichts zu tun haben, nicht zum Wühnenarratzen herabwürdigen. Aus der großen Zahl der mitwirkenden Darsteller, denen ein allgemeines Lob gebührt, sei noch erwähnt Fr. v. Dellng, die recht temperamentvoll eine schwerblütige junge Hooemerin gab. Fr. Böcker gab die Frau Lisa im ganzen recht wirkungsvoll, wengleich sie mit manchmal etwas zu weiblich erschien. Freund Karenin wurde von Herrn M. h. h. e. g. in einem schlichten Stil gegeben, der recht zu dieser Figur paßte. Sonst brachte die Auführung in der ein paar recht eindrucksvolle Nebenrollen russischen Urtext gelungen wurden, so manche reizvolle Ueberraschung in bezug auf geistliche Leistungen. Herr Waschatsko, der einen singenden Hooemer gab, überraschte mit einem wunderschönen sonor klingenden Bariton. Auch Fr. Kammler vom Stadttheater (Hooemerin) ist für ihr Hooemerleben, das sie prächtig zu Gehör brachte, besonders zu erwähnen.

Trotz vieler Ungleichheiten verdient der „Lebende Leichnam“ das er auch bei uns recht viele Aufmerksamkeiten erlief.

Mit dem Doppeldecker über Breslau und Umgebung.
Am Sonntag vormittag flog Leutnant Carganico, der bekanntlich den Ueberlandflug Berlin-Breslau in der vorigen Woche vollführte, zu einem kurzen Probeflug auf dem Gaudauer Gergierplatz auf, um bald darauf wieder zu landen. Nachmittags unternahm Carganico zunächst wieder einen kurzen Ausflug in die Lüfte, um dann nochmals gegen 5 1/2 Uhr zu einem längeren Flug aufzusteigen. Zunächst schlug der Flieger die Richtung nach Deutsch-Billa ein, wendete dort der Ober zu und flog diese entlang nach Breslau. Hier flog der stolze Doppeldecker, der in etwa 1000 Meter Höhe war, über das Rathaus, nach Scheitling und von da über einen Teil der westlichen Südvorstadt. Um sechs Uhr befand sich das Flugzeug über dem Sonnenplatz, von zahlreichen Straßenpassanten mit Bewunderung verfolgt. Wenige Minuten später sah man deutlich, wie es in der Richtung des Gaudauer Gergierplatzes niederging.

Am Sonntag vormittag kurz vor 9 Uhr unternahm Carganico abermals einen Ausflug, diesmal aber mit Major Engel als Passagier. Der Flug ging über Oswig, Kottwitz, Minkau, Canth und von da zurück nach Breslau. Die Absicht nach Schweidnitz zu fliegen, mußte des böigen Windes und der schlechten Witterung wegen aufgegeben werden. Immerhin gelang es den tapferen Piloten eine ganze Stunde lang den Elementen der Luft zu trotzen, um dann wieder glatt zu landen. Es folgte sodann noch ein kurzer Ausflug, bei dem als Passagier ein Bruder des Fliegers mitfuhr.

Sämtliche Patentschriften des Deutschen Reiches können im oberen Saale der städtischen Lesehalle Nr. 4, Sadova-Strasse/ Ecke Bohrauerstrasse, an den Wochentagen von 10 bis 2 Uhr und von 6 bis 10 Uhr, an den Sonn- und Feiertagen: nur abends von 6 bis 10 Uhr, von jedermann benutzt und während dieser Zeit auch ins Haus gegen Ausweis und Quittung entlehnt werden. In demselben Saale liegen mehr als hundert wertvolle technische Zeitschriften aus, ferner das Patentblatt, das Warenzeichenblatt und eine große Zahl von Handbüchern der Technik zur Benutzung an Ort und Stelle.

Nicht zugelassen. Im Verein der Breslauer Gast- und Schankwirte ist am Freitag mitgeteilt worden, daß die Ortskrankenkasse „Concordia“ für das Gastwirts-gewerbe vom Ober-Versicherungsamt als besondere Ortskrankenkasse nicht zugelassen wird, weil ihre Leistungen zu niedrig seien. Eine General-Versammlung soll über die Zukunft der Kasse beschließen.

Katholiken unter sich. Von einem Leser wird uns geschrieben: Am Schluß der für mich sehr interessanten Zentrumsversammlung am vorigen Mittwoch im Vincenzhause wurde von einem Geistlichen und einem zweiten Katholiken vor der Tür das „Katholische Deutschland“ verteilt. Ich konnte Zeuge sein, wie der Katholik (der tapferere Geistliche hatte sich verdrückt), von den Versammlungsbeteiligten, etwa 40 an der Zahl, mit Namen befragt wurde, die sich schlecht wiedergeben lassen. Herr Perschel hatte in der Versammlung großen Weisfall, als er sagte, die Jugend würde ohne Religionsunterricht verrotten. Derselben Weisfallspender brachte es fertig, dem aus der Reihe tanzenden Katholiken auf der Breitstraße den Hut vom Kopfe zu schlagen und ihn mehrmals gegen die Wand zu stoßen. Leider war kein Schutzmännchen zu finden, der die Vertreter der Nächstenliebe einandergebracht hätte.

Muß man unbedingt einen Fahrchein vorzeigen?
Mit dieser Frage, die für alle Fahrgäste der Straßenbahn äußerst wichtig ist, hat sich schon einmal im Januar d. J. das Schöffengericht beschäftigt. Auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft hat sich jetzt die zweite Strafkammer der Rechtsauffassung des Schöffengerichts angegeschlossen. Der Arbeiter Friedrich Meißner ist am 6. Oktober auf der Sternstraße einen Straßenbahnwagen und fuhr bis zur Herzogstraße. Als ein Kontrolleur die Fahrgäste ersuchte, ihre Fahrcheine vorzuzeigen, merkte M., daß sein Fahrchein fehlte, den er bei Beginn der Fahrt ordnungsmäßig gefehlt hatte. In seiner Bestürzung ließ sich der junge Mann schnell und unbedacht die Abonnementkarte eines anderen Fahrgastes, was dem Kontrolleur nicht entging; als ihm die gefälschte Karte vorgezeigt wurde, stellte er den Namen des jugendlichen Arbeiters fest. Die Folge war für diesen ein Strafverfahren wegen Betruges, das vor dem Schöffengericht mit Freisprechung endete. Zur Verhütung eines Betruges gehört, daß man durch Vorspiegelung einer falschen Fahrkarte einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erlangt. Da M. tatsächlich einen Fahrchein gefehlt hatte, konnte man nicht sagen, er wolle im vornherein nicht die Fahrt bezahlen. Auch sagte das Schöffengericht, ein Fahrchein ist nichts weiter als die Quittung über die Zahlung des Fahrpreises.

Keineswegs verpflichtet der Verlust dieser Quittung zu einer nochmaligen Zahlung. Die falsche Vorspiegelung — die ja hier vorlag — erfüllt allein noch lange nicht den Tatbestand des Betruges. Der Staatsanwalt suchte vor dem Verurteilungsgericht diese Ausführungen des Vorderrichters zu entkräften. Nach seiner Meinung war der Angeklagte verpflichtet, sofort einen Ertrag-Fahrchein zu lösen, oder den Straßenbahnwagen zu verlassen. Die Kammer verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft und verpflichtete den Urteilsgründen des Schöffengerichts bei.

Erweiterungsplan für das Oberpräsidium. Bekanntlich hat die königliche Regierung die acht am Neumarkt zwischen Canachgasse und Biegungsgasse gelegenen Grundstücke ankaufen, um dort einen Erweiterungsbau zum bestehenden Oberpräsidialgebäude auszuführen. Die alten Häuser sollten nach einer früheren Mitteilung noch in diesem Jahre abgebrochen werden. Kürzlich ist den Bewohnern der Häuser erklärt worden, daß der Abbruch im nächsten Jahre oder erst 1915 geschehen soll.

Eine Lotterie sollte der Jahrhundertfeier nach einem Plane der Ausstellungslitung 250 000 Mark einbringen. Der Herr Minister hat aber durch diese schöne Rechnung einen Strich gemacht und nur eine Silberlotterie erlaubt, deren Ergebnis auf 120 000 Mark geschätzt wird. Es sollen 7364 Gewinne (Silbergegenstände) im Gesamtwerte von 200 000 Mark ausgesetzt werden. Ein Los kostet 3 Mark; im ganzen wird man 200 000 Lose in allen preussischen Provinzen vertriehen. Die Ziehung ist, wie es heißt, voraussichtlich am 30. und 31. Dezember 1913 in Berlin.

Vorsicht! Seit einiger Zeit werden von Hausierern, die aus Gräfentoda stammen, Terrakotta-Büsten von Parteilührern und andere Kommodore vertriehen. Diese Hausierer beschaffen sich zum Teil mit der unwahren Angabe, Parteil- und Gewerkschaftsmitglieder zu sein, in kleineren Orten von den Vertrauensleuten die Mitgliederlisten und veruchen dadurch die einzelnen Mitglieder zum Kauf zu veranlassen. In größeren Orten versuchen diese Leute auf schriftlichem Wege an die Organisationsleitungen heranzukommen und mit den gleichen unwahren Angaben ihre Geschäfte zu machen. Die Parteil- und Gewerkschaftsmitglieder sollen deshalb bei solchen Angeboten Vorsicht üben und zunächst nähere Erkundigungen beim Vorsitzenden der Zastelle des Vorstellungsverbandes, Genossen Wronski Gröhlisch, Formner, in Gräfentoda i. Thür., Bahnhofstraße, einziehen.

Für den Schlacht- und Viehhof will der Magistrat eine Kellere an elektrischem Strom schaffen, die 87 800 Mark kosten soll. Die jetzige Licht- und Kraftanlage sei mangelhaft. Um die Nebelstände zu beseitigen, soll von dem städt. Elektrizitätswerke hochgespannter Strom bezogen und dieser auf dem Schlachthofe umgeformt werden. Es werde dadurch eine Stromkellere geschaffen, die unabhängig vom Betriebe des Schlacht- und Viehhofs eine große Sicherheit für den Licht- und Kraftbetrieb des Schlachthofs biete und die Hauptkesselanlage an den Auftriebs- und Hauptkesselanlagen entlaste.

In der Verkehrrhalle der Jahrhundertfeier ist, wie uns geschrieben wird, von der Ausstellungsleitung eine Reihe von Schaustücken angebracht worden, die den Gewerbetreibenden eine vorteilhafte Gelegenheit zu Ausstellungs-zwecken bieten. Die Stäben sind 2 Meter breit, ebenso hoch und 25 Zentimeter tief und eignen sich ganz besonders für Photographien, Bilder, Parfümerien, Luxus- und Lederwaren. Außerdem sind in den Verkaufshallen I und II im Vergnügungspark noch einige Läden frei. Ganz besonders fehlen noch Papier- und Schreibwarenhandlungen, Obsthallen, Udenken- und Glaswarenläden usw.

Keine Führungen durch das Ausstellungsgelände. Die zur Zeit außerordentlich rege Arbeit im Gelände, die Erdarbeiten, Wegeregulierungen und Verdrängung der Straßenbahnlinien usw. machen das Betreten des Geländes durch eine größere Anzahl von Personen gegenwärtig unmöglich. Deshalb können Führungen von Touristenführern künftig nicht mehr veranstaltet werden.

Ein Verdingungsamt der Breslauer Handwerkskammer ist am 1. April eröffnet worden. Es hat die Aufgabe, das öffentliche Verdingungs-wesen zu verbessern und dem Handwert mehr als bisher die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen aller Art, besonders der staatlichen und städtischen Behörden, zu ermöglichen. Das Verdingungsamt wird von einem Kuratorium geleitet; den Vorsitz führt der Vorsitzende der Handwerkskammer.

Zoologischer Garten. In der verflohenen Woche sind die Arbeiten an der Leuchfontäne rüchig gefördert worden. Das Pumpen- und Motorhäuschen ist unter Dach gebracht und die Sodel für die Maschinen sind aus jeßem Materialwert errichtet. Das von der hiesigen Firma E. J. Ferstle in Eisenbeton hergestellte Bassin für die Schweißwerke und die Höhrleitungen, aus denen die Düsen für die Wasserstrahlen emporsteigen werden, ist ausgeschalt, jedoch man seine gefälligen architektonischen Linien beurteilen kann. In nächster Woche wird mit der Montage der Höhrleitungen und Kabel vom Bassin zum Pumpenhäuschen hin begonnen, und sobald diese Arbeiten fertig sind, wird sofort mit der Füllung der Teiche begonnen werden.

In letzter Zeit sind einige Kanoniere in den Kanonierhäusern ausgewechselt worden. Der große besetzte Kurstänker „Wolodia“, jetzt 5 Jahre alt, ist aus dem Estafett des kleinen Kanonierhauses, der seiner Größe nicht entsprach, ins große Kanonierhaus überführt worden, das nach seiner Konvaleszenz und der Verkleidung der unehelichen Gattin einen freudvolleren Eindruck macht. Das Leopardenpaar ist an Stelle des Tigers in das kleine Kanonierhaus gebracht worden. In dem südlichen Kanonierhaus des großen Kanonierhauses ist ein mächtiger Kletterbaum errichtet worden und am Freitag Nachmittag sind unsere drei herrlichen Schneepantfer dort eingeklettert, die in den südlichen Kanonierhäusern des kleinen Kanonierhauses bisher leicht übersehen werden konnten.

Im neuen Tierren sind in letzter Woche eingetroffen: Ein Paar Schnepfer oder Wiberarten, die unserem Tierbestand: Lange Zeit fehlten, ein Paar borsige Girtelkater und ein männliches Agouti, für die schon länger im Gärten befindlichen beiden Weibchen dieser Art. — In Vögeln sind hinzugekommen ein Paar Jungferkanariene, ein Paar grauflügelige Enten-Läufer, ein Paar und Nohkanariene, ein Paar Kestrel: eine Strahlenschildkröte und eine Sternschildkröte. — Unsere kleine Waite, das Fohlen „Flora“, bekommt alle drei Stunden eine Flasche Milch und gedeiht dabei ganz gut.

Quarantäne verweigert wird am 3. Juni vom hiesigen Amtsgericht das Grundstück Hötchenplatz 4.

Schwerer Zusammenstoß mit der Elektrischen. Am Sonntag mittag gegen 12 1/2 Uhr ereignete sich Ende der Universitätsstraße an der Mattheistraße ein schwerer Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Straßenbahnwagen. Während je ein Straßenbahnwagen von und nach dem Dierdorfhof fuhr, wollte die Kraftdroschke den nach der Universitätsstraße fahrenden Zug links überholen. Der Führer der Kraftdroschke bemerkte aber zu spät, daß ein Straßenbahnwagen von der entgegengekehrten Richtung ankam. Während diese Elektrische sofort stehen blieb, fuhr das Automobil und der andere Straßenbahnwagen weiter. Mit lautem Krach stießen Automobil und Straßenbahnwagen zusammen. Das Automobil wurde im Vorderende arg beschädigt, ebenso beide Vorderräder und der Antriebsmechanismus des Straßenbahnzuges. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Warnung vor einem Logiswandler. Dem Schloffer Billy Partig, der hier in der letzten Zeit bereits mehrere Logiswandler ausgeführt hat, ist es am 8. April wiederum gelungen, einen neuen Schwindler auszuführen. Er mielte sich in einem Logis auf der Paradiesstraße ein, um bald darauf unter Mithilfe eines grauen Sommerüberziehers, eines braunen Jacketts und einer Brieftasche mit verklebtem Vorderende, ein meinetens Schloffer Georg Variz zu verkleiden. Es ist anzunehmen, daß diese Papiere demselben, um sein schmutziges Gewerbe weiter zu betreiben. Der 22 Jahre alte Mensch ist etwa 1,65 m groß, schlank, hat blondes Haar und war mit grauem Anzug, gelben Halbschuhen und grünem Hüthut bekleidet. Als besonderes Kennzeichen ist zu bemerken, daß am Mittelfinger der rechten Hand ein Goldring fehlte. Es wird hierdurch dringend vor dem Schwindler gewarnt.

Schwere Gasvergiftung. In der Nacht zum Sonntag verfuhrte die Ehefrau eines auf der Auguststraße wohnhaften Buchhalters, die schwer nervenleidend ist und deshalb schon wiederholt in einer Nervenheilanstalt untergebracht war, sich und ihren 11-jährigen Sohn durch Leuchtgas zu vergiften. Die Samariter der Feuerwehr stellten mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsversuche an, die auch nach längerer Zeit von Erfolg gekrönt waren, worauf die Vergifteten ins Krankenhaus-Krankenhaus geschafft wurden. Von hier aus ist die Frau, nachdem sie außer Lebensgefahr war, wieder in die Nervenheilanstalt auf der Einbaumstraße gebracht worden. Der Knabe Paul ist bereits außer Lebensgefahr.

Von einer Droschke überfahren wurde am Freitag nachmittags auf dem Ring eine Zigarrettenarbeiterin, die dort der Straßenbahn überfahren wollte. Sie wurde von der Droschke erfasst, umgerissen und die Räder gingen ihr über beide Beine. Die Verunglückte wurde von derselben Droschke nach ihrer Wohnung gebracht.

Jugendliche Schaulasteneinbrecher. Vier Burschen im Alter von 15-17 Jahren sind als Vererber von 9 Schaulasteneinrichtungen ermittelt worden. Man fand bei ihnen noch einige wenige der dabei gestohlenen Gegenstände; andere hatten sie teils fortgeworfen, teils an Bekannte verschickt.

Kälte und Schnee haben auch am gestrigen Sonntag angehalten. Fast den ganzen Tag wehte ein ziemlich starker Wind, der den Schnee gar lustig vor sich hertrieb. Dabei herrschte eine eilige Luft, denn das Querschiff blieb unter Null. Auch heute vormittag hat es bei 2 Grad Wärme gefehert.

Einbruch. In der Nacht zum Sonntag sind Diebe in ein Zigarretengeschäft am Graben 7 gewaltig eingedrungen und haben 4700 Zigarretten und eine Kiste Zigarren und eine ganz Anzahl Briefmarken und Postkarten gestohlen.

Aus aller Welt.

Frost und Schneestürme. Aus allen Teilen des Reiches treffen Meldungen über eine zweite Winterwelle ein, die sich tief in Ostpreußen hinein erstreckt.

So herrscht in Königsberg bei anhaltend hartem Schneefall eine Kälte von vier Grad. Ungefähr dasselbe wird aus Erfurt, Gera und Sangerhausen gemeldet. Am Sonntag ging auf der ganzen schwedischen Hochebene ein mit Kälte verbundener Schneefall nieder. In der Stadt Augsburg liegt der Schnee hier bis fünf Zentimeter hoch, auf dem Lande dreißig und vierzig Zentimeter, und im oberen Allgäu über einen Meter hoch. Der Schneefall hält unverändert an. Aus allen Teilen Württembergs kommen Nachrichten über ungeheuren Schneefall. In Stuttgart schneit es seit Sonnabend nach ununterbrochen. Aus Karlsruhe i. B. wird gemeldet, daß in der Sonnabend-Nacht erneut außerordentliche Schneestürme eintraten. — Im Schwarzwald und in den Vogesen ist strenge Kälte eingetreten. Der Neuschnee liegt fünfzig Zentimeter hoch. Die Bodenschichten wurden in Teufelheit treiben. Der Winterport wird wieder aufgenommen. Die Rheinebene ist von einer zehn Zentimeter hohen Schneedecke überzogen. Die Vegetation erleidet allorts großen Schaden. — Im westlichen Teile des Rheinlandes, besonders im Sauerlande und in der Eifel, hat es ebenfalls derart hart geschneit, daß die Weiden und Felder sowie die Obstbäume mit einer dicken Schneeschicht bedeckt sind. Die Böhmer der größten Obstgärten des Sauerlandes erklären, daß das Frostwetter den Obstbäumen noch keinen nennenswerten Schaden zugefügt habe, und daß durch den reichlichen Schneefall die Obstbäume noch völlig intakt ist. In einzelnen obersteirischen Gemeinden hat dagegen der starke Einbruch der letzten Tage den Weinbergen schmerz zugefügt.

In Lützenburg und Umgebung herrschten am Sonntagabend seit zwölf Stunden heftige Schneestürme. Eine hohe Schneedecke bedeckt die Erde.

Aus Wien wird gemeldet, daß sich die Witterungsverhältnisse in Oesterreich noch immer nicht geändert haben. Das seit drei Tagen eingetretene Frostwetter hält an und hat in ganz Oesterreich-Ungarn in der Obst- und Weinländern enormen Schaden angerichtet. Im Sauerlande früh hat Wien und die ganze Umgebung des Wald einer vollständigen Winterlandschaft. Der Schnee liegt auf dem Gelände des Wienerwaldes 1/2 Meter hoch. Es hat aber den Anschein, als ob ein wärmerer Witterungswechsel im Anzuge ist.

Schneeberge im Ardenne. Einen entsetzlichen Tod hat in der französischen Gemeinde Ettebrad (Luxemburg) eine arbeits-

ranke Frau erlitten. Dort tauchte eine 13-jährige Wärterin eine Geistesranke in ein siedendheißes Bad. Die Unglückliche schrie aus Leibeskräften um Hilfe, die Wärterin glaubte jedoch, diese Schreie auf einen Wahnsinnsausbruch zurückführen zu müssen, und drückte die Geistesranke um so tiefer ins Wasser. Die bedauernswerte Frau verbrühte entsetzlich. Sie starb unter großen Schmerzen nach einigen Stunden. Es scheint, daß die junge Wärterin aus Nachlässigkeit sich über den Wärmegrad des Wassers ungenügend orientiert hatte.

Sexualliche Banditenraube. Ein Verbrechen von furchtbarer Rohheit ist in der kleinen spanischen Stadt Antez verübt worden. Drei Verbrecher überfielen einen reichen Hausbesitzer, von dem sie vermuteten, daß er viel Geld bei sich habe. Sie banden ihn an einen Baum und durchsuchten ihn. Als sie bei ihm kein Geld fanden, gezielten sie in große Wut. Sie stachen ihn mit ihren Messern die Augen aus und skalpierten ihn. Nachdem sie ihn durch mehrere Revolvergeschosse getötet hatten, warfen sie die Leiche auf den Schienenstrang, wo sie von einem vorbeifahrenden Zuge furchtbar zugerichtet wurde. Leider sind die Verbrecher entkommen. Bis jetzt fehlt noch jede Spur von ihnen.

Schweres Brandunglück. Bei Bauarbeiten an dem Hofstall in Schochen (Niederböhmen) ist ein Bauergerät eingestürzt und hat die darauf Arbeitenden in die Tiefe gerissen; dabei sind sieben Arbeiter schwer verletzt worden.

Ein Feuerwehmann verbrannt — drei verletzt. Auf dem Danenboje-Freiarabe bei Edersförde kam ein Großfeuer aus. Alle Gebäude und ein großer Teil der Viehbestände verbrannten. Bei den Rettungsarbeiten wurden ein Feuerwehmann getötet und drei Feuerwehrleute verletzt.

Germania's Ende. Durch den Korbbaum brandeten in der Nähe des Dörschades Jüngst zwei Schiffe. Die gesamte Besatzung des „Germania“, „Mina“ aus Stralsund mit Kapitän Drüning ertrank, während die Besatzung vom schwedischen Schoner „Secablar“ gerettet werden konnte.

Das Torpedoboot „S 3“ nicht flott. Aus Riezroy wird gemeldet: Das Torpedoboot „S 3“, das infolge des Sturmes auf dem Sand getrieben worden ist, konnte auch im Laufe des Sonntagabend noch nicht abgeschleppt werden. Da der Seegang immer noch sehr hoch ist, mußten die Versuche zur Abschleppung wieder aufgegeben werden.

Daggen hat die See noch am Sonntagabend ein Opfer gefordert, als gegen Abend mehrere Torpedoböote den Hafen von Swinemünde verließen, war dem bei Riezroy gestrandeten Torpedoboot „V 3“ Hilfe zu leisten, wurde von einem Boot, ein Mann über Bord geworfen und fand seinen Tod in den hochgehenden Wellen. Der Name des Seemanns ist noch nicht festgestellt.

Explosion einer Dynamitbombe. In Lissabon ist im Erdgeschicht eines Hauses am Plage Amoreiras die Explosion einer Dynamitbombe erfolgt. Das Haus wurde zum größten Teil zerstört. Ein junger Mann, der sich mit der Herstellung von Bomben beschäftigte, erlitt schwere Verletzungen, daß er sterbend in das Hospital gebracht wurde. Der Vater und die Mutter des schwer Verletzten jungen Mannes wurden verhaftet. Die Polizeibehörde beschlagnahmte verschiedene bereits fertiggestellte und eine große Anzahl noch in Arbeit befindlicher Bomben.

Theorie und Praxis. Während in den Parlamenten die Zentrumsvertreter über mangelnde Toleranz der Andersgläubigen zeternd und Anträge stellen, den Religionskult vor Drangsalierung zu schützen, gehen die Schwarzröcke im Lande mit den argsten Mitteln des religiösen Terrors gegen jede ihnen unbecommene Anschauung vor. Reichthum und Anzucht sind beliebte Waffen im Kampfe gegen politische Gegner. Einen lehrreichen Beitrag zu diesem Kapitel bringt wieder das „Neue Schwarzwälder Tagblatt“ in Furtwangen. Es schreibt: „Beim Hördern der Weichte hat sich hier folgendes Zwiegespräch zwischen einem beichtenden älteren Mann und einem hier anwesenden Missionar entwickelt. Nach allgemeinen Fragen, ob der Beichtende Missionarpredigten besucht habe, die er befehlen konnte, fragte der Vater: „Was für eine Religion halten Sie?“ — Der Beichtende: „Den „Schwarzwälder Bote!“ — Der Vater: „Sie haben aber auch sonst noch eine Religion?“ — Der Beichtende: „Ja! Das „Schwarzwälder Tagblatt!“ — Der Vater: „Das ist ein katholikenfeindliches Blatt, das dürfen Sie nicht halten. Wenn Sie das Blatt nicht abschaffen, dann kann ich Sie nicht absolvieren.“ — Der Beichtende gab darauf keine Antwort. Nach einer Pause sagte der Vater: „Ich möchte nicht an Ihrer Stelle sein! Wissen Sie, was mit Ihnen geschieht?“ — Sie reißt der Teufel an Ihren roten Haaren in die Hölle!“ — Es trat eine längere Pause ein, wonach der Vater nochmals fragte: „Wollen Sie mir versprechen, das Blatt abzuschaffen?“ — Darauf erfolgte ein klares und deutliches „Nein“, und der Vater antwortete: „Dann gehen Sie, dann absolvieren ich Sie nicht!“ — Der Beichtende ist jederzeit bereit, diese Aussagen zu bezeugen.“

Und das sind Diener der christlichen Lehre, deren höchster Grundsatz heißt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Zerstörung eines 2000-jährigen Naturdenkmals. Di fogenannte „dicke Eiche“ bei Treisbach in Oberhessen, das Ziel vieler Tausende von Wanderlustigen und allgemein als Nationaldenkmal in Oberhessen geschätzt, ist, wie der „N. N.“ meldet, zerstört worden. Der Baum war nach Urteil von sachverständiger Seite 2000 Jahre alt und wahrhaftig eine der dicksten und stärksten Eichen in ganz Deutschland. Es ist an den Stamm der Eiche, der vierzehn Meter Umfang hatte, Feuer gelegt worden, so daß nur noch ein kurzer Stumpf übrig geblieben ist.

Der Breslauer Eisenbahnverkehr

hat sich auch im Jahre 1912 bedeutend gesteigert. An Fahrkarten für den Personenverkehr wurden auf allen Breslauer Bahnhöfen verkauft: 6.251.081 Stück gegen 5.088.354 Stück im vorangehenden Jahre.

Im Güterverkehr kamen (einschließlich Gütern) auf den Breslauer Bahnhöfen an 139.139 Tonnen (144.003 Tonnen) zum Versand gelangten 299.858 (278.988) Tonnen.

Was den Eingang von Vieh betrifft, so ist er um etwa 35 Prozent gestiegen. Die Zufuhr an Vieh betrug 410.405 (281.037) Stück. Die Abfuhr von Breslau 124.888 (83.517) Stück.

Im Frachtbriefen wurden an sämtlichen Bahnverkehren abgefertigt: 4.473.223 (4.161.553) Stück, die meisten am Märkisch-Freiburger Bahnhof.

Nicht schuldig. Vor dem hiesigen Schöffengericht mußte sich der Fahrer E. wegen fahrlässiger Körperverletzung verantworten. Der Angeklagte hatte eines Tages vor einer Brauerei auf der Neuschloßstraße Eis abzuladen.

Einbruch in ein Fahrradgeschäft. In der Nacht zum Sonnabend ist in das Fahrradgeschäft von Adam, Klosterstraße Nr. 80/82 einbrochen worden. Der Einbrecher hat zwei wertvolle Goerick-Westfalen-Räder gestohlen.

Einbrüche. Am Freitag sind Diebe in eine Wohnung auf der Klosterstraße eingedrungen, haben dort alle Schränke, Kisten und sonstige Gefäße erbrochen und alles durchwühlt.

Kolddiebstahl. Von einem Kollwagen ist während der Fahrt eine gefüllene Rinderhaut gestohlen worden.

Wohlten wurde am Mittwoch in der Ausstellungshalle in Scheitnig einem Kunstmalere eine silberne Herren-Kemontuhr. Der innere Drebel trägt die Gravierung: „D. Städte, Uhrmacher, Elbing“.

Aus Breslau (Land-)Neumarkt.

Gerhard-Türsch. Unserer Zahlabend bei Glemnit, Schönstraße, war gut besucht. Genosse Th. Müller hielt einen Vortrag über die Landtagswahlen, dem eine rege Ausdrucksfolge folgte.

Maria-Söhnen. Die Gemeindevorsteher hielten am vergangenen Sonnabend im Gasthause der Frau Müller eine Sitzung ab. Die neu- oder wiedergewählten Vertreter wurden bestätigt und vom Gemeindevorsteher verpflichtet.

Unsere Distrikts-Versammlung, welche am Montag stattfand, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Der Distriktsführer gab die Abrechnung vom dritten Quartal und die Versammlung erteilte ihm Entlastung.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht wurde noch verschiedenes angeregt; eine Kommission von fünf Genossen wird sie vorbereiten und alles regeln.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Dolan, 14. April. Achtung, Landtagswähler! Für die bevorstehende Landtagswahl ist unsere Stadt in 6 Wahlbezirke eingeteilt. Zum I. Bezirk gehören: Steinbäum, Schloßstr., Pfaffenplatz, Schloßplatz, Gartenstraße 4, Poststraße, Gartenstraße rechte Seite Nr. 1 bis einschl. 27, linke Seite Nr. 2 bis einschl. 14, Parkweg.

Zaner, 13. April. Achtung, Landtagswähler! Die Listen zur Landtagswahl liegen am 15., 16. und 17. April von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 8 bis 6 Uhr nachmittags im Zimmer 14 des Rathauses öffentlich aus.

Zaner, 11. April. Vom Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung gab der Kassierer die Abrechnung für das erste Quartal 1912, die 230,97 Mk. Einnahme und 79,34 Mk. Ausgabe verzeichnet.

Glogau, 12. April. Aus dem Stadtparlament. Nach Wiederwahl von sechs Mitgliedern für den Steueranschluß wurde die Jahresrechnung für 1911 endgültig entlastet.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete wiederum der Konflikt des Magistrats mit dem Hygiene-Direktor Meinhäuser. An den Beratungen der Schuldeputation nimmt dieser Schulmann nie teil, ebenso verweigert er Zutritte über die inneren Angelegenheiten des Hygiene.

Glogau, 8. April. Recht nette Aussichten stehen für die Zukunft bei der Berechnung der Kanalgebühren den Mietern bevor. Der Magistrat ist zu dem Entschluß gekommen, die Kanalgebühren nach dem Nutzungswert der G. und nicht nach der Fläche zu berechnen.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Neueste Nachrichten.

Zum Generalstreik in Belgien. Brüssel, 14. April. (S. T. B.) Der Generalstreik, der heute früh um 6 Uhr offiziell begonnen hat, hat in vielen Orten des Industriegebietes bereits am Sonnabend abend angefangen.

Brüssel, 14. April. Gestern abend fand in Gent eine große Manifestation zugunsten des allgemeinen Ausstandes statt. Die Manifestanten nahmen einstimmig eine entsprechende Resolution an.

Brüssel, 14. April. Die angesehensten Schriftsteller und Künstler bekennen sich als Anhänger des Generalstreiks und liefern Beiträge zu einem Album, dessen Ertrag dem Ausständigen zugute kommen wird.

Die Lage auf dem Balkan. Sofia, 14. April. Die Antwortnote der europäischen Großmächte ist gestern der bulgarischen Regierung überreicht worden.

Konstantinopel, 14. April. Die bulgarischen Truppen nahmen weitere umfassende Befestigungsarbeiten an der Tschatalchahlinie vor.

Paris, 14. April. Das „Echo de Paris“ berichtete gestern in einem Artikel, daß es sehr wahrscheinlich sein werde, daß die europäischen Großmächte ein Marine-Detachement nach Konstantinopel versetzen werden.

Nationalliberale zu den Deckungsvorlagen. Köln, 14. April. Der in Köln tagende Gesamtvorstand des Reichverbandes der Nationalliberalen Jugend richtete an die nationalliberale Reichstagsfraktion die dringende Bitte, an der Forderung der Allgemeinen Reichs-Verkehrssteuer bei Erledigung der gegenwärtigen Deckungsvorlage unbedingt festzuhalten.

Berlin, 14. April. Auch am gestrigen Sonntage hat die eifige Witterung, die in den weiten Teilen Deutschlands und auch im Ausland seit einigen Tagen eingeseht hat, angehalten.

Sofia, den 14. April. Infolge der Entgleisung eines Arbeiterzuges bei Tschorlu wurden vierzehn Personen getötet, zehn andere erlitten schwere Verletzungen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen der Oder am 14. April.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte. Tabelle mit Wetterdaten für Breslau am 14. April.

Berlin, 14. April. Die rote Wetterfahne. Ein Eigentümer hatte einen neuen Stall gebaut, darauf er ein Wetterfändchen setzte.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Grüneiche. In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Montag sprach Genosse Sch. über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen in Reich, Stadt und Gemeinde und freiste dabei die Vorkommnisse bei der letzten Gemeindevahl in Grüneiche.

Wahlrecht. Unsere Mitglieder-Versammlung hielt am Sonntag, den 6. April, ab. Gen. Blaschke-Wochern hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen, der großen Beifall fand.

Am 12. April entschlief sanft nach längeren Leiden mein geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser

Wilhelm Hennig

Im Alter von fast 32 Jahren
In tiefem Schmerz zeigen dies an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Pohlauwitzer Friedhofes aus.
Wagen stehen am Trauerhaus, Adlerstraße 9, um 8 1/2 Uhr zur Verfügung.

Am 12. d. Mts. starb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schlosser

Wilhelm Hennig

im Alter von 31 1/2 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Handwerker, Brauer u. Böttcher der Schultheiss-Brauerei, Abteilung V. Breslau.
Beerdigung: Dienstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlauowitz. 694

Am Sonntag, den 12. d. Mts., vormittags 1/2 9 Uhr, verschied unser treuer Vorstandskollege, der Schlosser

Wilhelm Hennig

im Alter von 31 1/2 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlauwitzer Friedhofes. 710

Am 12. April starb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege, der Schlosser 711

Wilhelm Hennig

im Alter von 32 Jahren.
Sein ruhiger, aufrechter Charakter sichern ihm bei uns ein ehrendes Andenken.
Die Hilfsarbeiter der Schultheiss-Brauerei Abt. 5.
Beerdigung: Dienstag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Pohlauowitz aus.

Am 12. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Hennig

im Alter von 32 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlauwitzer-Friedhofes.
Trauerhaus: Adlerstrasse 9. 707

Nach langer Krankheit verstarb am 12. April unser lieber Sangesbruder, der Schlosser

Wilhelm Hennig.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 692
Die Mitglieder der Sänger-Vereinigung „Namenlos“.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlauwitzer-Friedhofes statt.

Traugott Tamm: „Im Föhn“

Erzählung.
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition.

Die Gleichheit

(Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennig.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.

Alkoholfreie Getränke, Bierverlag. Fein-„Perlbrot“, altbair. „Perlbrot“

Brauereien.

Monopol-Pils, feinst. deutsches Pilsener.

Galanterie- und Spielwaren, Haus- und Küchengeräte.

Stein, Fritz, Steinweg 9, (Kinderweg).

Zigarren.

Melau, Josef, Schiffsbaustr. 10 (Eig. Fabr.).

Kattowitz.

Bierbrauerei und Verleger.

Niederlage „Monopol-Pils“ Paul, Nr. 3-7.

Herzogsberg.

Kaufhaus, J. L. Grundmannstr. 7.

Haus- und Küchengeräte.

Schwarz, Karl, Ring 4, (Spielwaren).

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen.

Bernhardt, C., Grundmannstr. 34, (Rustfahrr.).

Optische Industrie.

Wyl, J., Kattowitz.

Zigarren.

Rothmann, Theodor, Johannesstr. 10, (Eig. Fabr.).

Königshütte O.-S.

Herren-Garderobe und Schwestern.

„Zum Erbschloss“, Kronprinzenstr. 47.

Möbel und Schwestern.

Seitz, Adolf, Ringstr. 3, (Gewerkschaftsgeb.).

Ratibor.

Bierbrauereien.

Reinhold, Carl, Ratibor.

Drogen.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Schäfer, Max, Seestraße u. Spielw.

Lebensmittel- u. Verarbeiten.

Wibert, Carl, Langstr. 40.

Zaborze-Zaborze

Lebensmittel, Herren-Konfektion.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.

„Grotte“, (Zul.: Grotte) Brieg.

Arbeiter-Konfektion.

Horn, August, Oberringstr. 11.

Bäckereien und Konditoreien.

Wiel, G., (Zul.: G. Zaborze) Zaborze.

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Reich, G., (Zul.: R. Ring) Ringstr. 6.

Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung. Sonnabend, den 12. April 1918, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, Lisco, Delbrück, später der Reichskanzler.

Die Beratung der Deckungsvorlagen wird fortgesetzt. Abg. Gotheim (Wpt.):

Die beabsichtigte Stärkung des Kriegsschatzes durch 120 Millionen Mark Silber und durch Ausgabe von 120 Millionen Mark neuer Reichsschatzscheine ist nicht unbedenklich, zumal die Gefahr eines Krieges zwischen europäischen Großmächten außerordentlich gering ist. Der Reichskanzler meinte, an seinen Rüstungen sei noch kein Staat zu Grunde gegangen. Der bekannte Historiker Fridjung sagt aber das Gegenteil, indem er darauf hinweist, daß die abenteuerliche Steigerung der Rüstungsausgaben in Österreich zum Zusammenbruch geführt habe. Ebenfalls haltbar ist die Versicherung des Reichskanzlers, daß Deutschland im Wohlleben und Luxus degenerieren würde. Die Statistik zeigt uns, daß in den letzten Jahren die Schlächtlungen von Vieh außerordentlich zurückgegangen sind und daß die Armenlasten der Kommunen sich bedeutend gesteigert haben. Der Reichskanzler hat keine Ahnung, wie schwer das Volk unter der ständig wachsenden Teuerung zu leiden hat, die eine Folge der Zollpolitik ist. In dieser Zollpolitik ist auch Graf Poladowsky aus seiner Amtszeit her in hohem Grade mitschuldig. Er hatte daher also wenig Veranlassung, über Wohlleben und Luxus.

(Sehr richtig! links.) Beim Wehrbeitrag haben wir das merkwürdige Bild erlebt: Herr Dr. David als Erzieher des Bundesrats! (Heiterkeit.) Nebenbei bedeutet die Erhebung dieses Wehrbeitrags einen solchen Eingriff in das wirtschaftliche Leben, daß es doch besser wäre, die einmaligen Reichsschatzscheine zu decken, die in gleichen Raten bis zum Jahre 1923 getilgt sein müßten. Eine richtige Erfassung des Vermögens ist nur möglich durch eine dauernde Vermögenssteuer, und kontrolliert durch eine Erbschaftsteuer. (Sehr richtig! links.) Das Verfahren, wie es jetzt auf dem Umwege über die Einzelstaaten vorgesehen ist, bedeutet direkt eine Prämie auf die Steuerhinterziehung der Einzelstaaten. Der Antrag scheint von Bayern oder Westfalen ausgegangen zu sein, wozu keine Vermögenssteuer besteht und wo man sich auf diese Weise von einer späteren stärkeren Heranziehung zu Matrilinearbeiträgen drücken kann. Die Deckungsvorlagen beweisen wieder die Richtigkeit meines früheren Wortes:

Bundesrat, Dein Name ist Schwachheit!

(Heiterkeit!) Mit Rücksicht auf die Parlamente der Einzelstaaten hat es der Bundesrat nicht gewagt, die Erbschaftsteuer zu beantragen. Er scheint sich offenbar danach, daß ihm vom Reichstag diese Steuer vorgeschlagen wird. Nun, er kann sich auf uns verlassen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Voraussetzung einer durchgreifenden Ordnung der Reichsfinanzen ist eine quotierbare Reichsvermögenssteuer. Natürlich müssen auch die Einkommen bis 10.000 Mark heran, und wenn man bei den pensionberechtigten Beamten auf 6000 bis 7000 Mark heruntergehen würde, so könnten die vielen Mitglieder der Wehrvereine, die in diesen Kreisen sind, einmal praktisch ihre patriotische Opferwilligkeit beweisen. (Sehr gut! links.) Wir müssen einmal aus dem allgemeinen Getriebe herauskommen, wenn wir nicht an der Kulturentwicklung überhaupt verzweifeln sollen. (Beifall links!)

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Wolff betont dem Vorredner gegenüber, daß der Vorschlag der Vermögensveranlagung für den Wehrbeitrag durch die Bundesstaaten nicht von Bayern ausgegangen sei. Er weist den Vorwurf zurück, als wolle sich Bayern von der stärkeren Heranziehung zu Matrilinearbeiträgen drücken.

Abg. Behrens (Wirtsh.) (Wirtsh.): Das große Interesse, das gerade die Arbeiter an einem starken Deutschland haben, wird von der Sozialdemokratie nicht beachtet. Finanziell können die neuen Lasten angehtigt des gestiegenen Volkswohlstandes getragen werden. Wir stimmen dem Prinzip des Wehrbeitrages zu, aber die Vermögensgrenze muß heraufgesetzt werden.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Trotz der zum Teil recht scharfen Kritik, die bisher an unseren Vorschlägen geübt wurde, habe ich den Eindruck, daß Reichstag und Bundesrat gleichermäßen erfüllt sind von der Größe der Aufgaben, die uns gestellt sind, und die die Sorge für unsere Rüstungen und die Ordnung des Finanzwesens im Reich uns auferlegt. Ich bin deshalb so optimistisch, aus Ihrer Kritik nicht lediglich eine Beurteilung unserer Vorschläge herauszuhören, sondern das Bestreben, die Vorschläge zu heffern. Wo Sie uns Verbesserungen vorschlagen, werden wir gern bereit sein, sie anzunehmen. Sie werden aber nicht erwarten können, daß alle Ihre Vorschläge — und ihre Zahl ist Legion — ich für Verbesserungen halte. Man hat geflagt über die Systemlosigkeit unserer Vorschläge und über die Mangelhaftigkeit der angeblich von uns vorgelegten Finanzreform. Eine Finanzreform haben wir Ihnen nicht vorgelegt, sie müßte auch anders aussehen, als unser Vorschlag. Jetzt handelt es sich nur um die Deckung der Wehrvorlagen.

Wir wollen nicht neue Schulden machen,

weil das die gesamte Volkswirtschaft mehr angreifen würde, als der einmalige Wehrbeitrag. (Sehr richtig!) Wir würden damit wieder in die alte Pumpwirtschaft geraten, die wir gottlos verlassen haben. (Sehr richtig!) Der mahnendernde Streit um die Erbschaftsteuer, der seit 1909 durch Deutschland tobt, drehte sich um 60 Millionen Mark, auch die Ley-Bassermann will nur 30 bis 40 Millionen Mark Zudersteuer durch eine allgemeine Leitzsteuer ersetzen. Was wollen aber diese Zahlen belagen gegenüber die Höhen der Summen, die wir gegenwärtig dem Volk auferlegen. Die Gelegenheit wäre jetzt recht günstig, vor den Augen des Auslandes, uns um das Problem der Besteuerung die Köpfe zu zerbrechen. (Sehr richtig! rechts.) Eine einheitliche Reichsvermögenssteuer wird verlangt, und dieser Gedanke ist sehr populär. Ich warne aber dringend, einen Weg zu betreten, der nicht zum Ziele führen kann! Haben Sie erst einmal eine Vermögenssteuer des Reiches eingeführt, dann haben Sie sie unabweisbar aus. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie erst einmal von dieser Jugendliebe getroffen haben, dann lassen Sie nicht wieder von ihr. (Große Heiterkeit.) Mit einer ausgebauten Vermögenssteuer verirrten Sie das ganze Steuerwesen der Einzelstaaten, es würde eine Stagnation des Lebens der Einzelstaaten eintreten, die auch das Reich an der Wurzel seiner Kraft fassen würde. (Sehr richtig!) Mit einer Reichsvermögenssteuer würden Sie eine gleiche Besteuerung im Reich nur herbeiführen, wenn Sie einen Strich durch das ganze System der Besteuerung in den Einzelstaaten machen, und dazu werden Sie Parteien, die die Grundfragen des bundesstaatlichen Systems hochhalten, nicht die Hand bieten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich möchte Sie bitten,

sich freizumachen von dem Gedanken,

daß die Besteuerung das Rückgrat der Reichsfinanzen werden soll. Ich bin ja gefaßt darauf, daß ich für diese Meinung von Ihnen (nach links) gestimmt werde. (Heiterkeit.) Aber was soll doch bei der Bemessung der Tragfähigkeit der direkten und indirekten Steuern nicht immer bloß von den Verhältnissen bei uns ausgehen. Im heutigen Reich beträgt die direkte Besteuerung 2100 Millionen gegen 2000 Millionen indirekter Steuern

in Frankreich dagegen betragen die indirekten Steuern 2500 Millionen, die direkten nur 1350 Millionen. (Hört, hört! rechts.) Es ist also eine Legende, daß bei uns die indirekten Steuern viel höher seien als die direkten. Der Gehalts des Wehrbeitrages ist gut aufgenommen worden, man hat sogar über seine Vaterlandsgestirten und den Ruhm für Ludwig XIV. und den Abgeordneten David in Anspruch genommen. (Große Heiterkeit.) Ich habe zahlreiche Zuschriften aus allen Ständen erhalten, getragen von tiefem Patriotismus und begleitet von freiwilligen Spenden, und ich will hier für diese Kundgebungen der Vaterlandsliebe öffentliches Dank sagen. (Beifall.) Schließlich muß ich noch der Auslegung entgegenstellen, daß ich mit meiner Meinung, an Deutschland gedacht habe. Das könnte um so weniger der Fall sein, als ich ja gerade den Vorschlag mache, eine große Verstärkung unserer Rüstungen vorzunehmen, und die Ueberzeugung habe, daß Deutschland bereit ist, die Opfer dafür auf sich zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Auch hätte ich, wenn ich vor Luxus und Wohlleben hätte warnen wollen, mich wohl an andere Kreise als an die Arbeiter gewandt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Soz., das unser Appell an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes für die Stärkung des Vaterlandes und den Frieden gefunden hat, stößt mich in der Ueberzeugung, daß Deutschland nicht in Gefahr ist, in Wohlleben und Luxus unterzugehen. (Lebhafte Beifall.)

Völker degenerieren durch Luxus und Wohlleben,

an Deutschland gedacht habe. Das könnte um so weniger der Fall sein, als ich ja gerade den Vorschlag mache, eine große Verstärkung unserer Rüstungen vorzunehmen, und die Ueberzeugung habe, daß Deutschland bereit ist, die Opfer dafür auf sich zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Auch hätte ich, wenn ich vor Luxus und Wohlleben hätte warnen wollen, mich wohl an andere Kreise als an die Arbeiter gewandt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Soz., das unser Appell an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes für die Stärkung des Vaterlandes und den Frieden gefunden hat, stößt mich in der Ueberzeugung, daß Deutschland nicht in Gefahr ist, in Wohlleben und Luxus unterzugehen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Bruhn (ant.) erklärt sich für den Wehrbeitrag.

Ab. Segitz (Soz.):

Der Reichskanzler hat von der Erbschafts- und Reichsvermögenssteuer abgesehen, da dadurch die Finanzen der Einzelstaaten zerrüttet werden, und eine Mehrheit für sie nicht zu haben sei. Es handle sich auch nicht um eine Finanzreform, sagte er. Ich meine aber, der Reichstag darf diese Gelegenheit, Ordnung in unsere Finanzen zu bringen und die Lasten gerecht zu verteilen, nicht verpassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß wird eine Reichsvermögenssteuer den einzelnen Bundesstaaten momentan un bequem sein, aber gerade deshalb muß sie eingeführt werden, weil die Bundesstaaten dann den fortgesetzt wachsenden Ausgaben des Reiches innerhalb des Bundesrats entgegenzutreten werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Reichskanzler fand unser Steuerreformprogramm als zu radikal und wies auf die indirekten Steuern Frankreichs hin. England hat es mehrfach übersehen, dort hat man keine indirekten Steuern auf die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel. In Frankreich ist das Ertragsvermögen der indirekten Steuern freilich höher als bei uns, doch muß man auch in Rechnung setzen, wie sehr durch die Zölle die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel verteuert werden, ohne daß die Beträge in die Reichskasse fließen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und dann darf man auch die indirekten Steuern der Einzelstaaten nicht übersehen — in Bayern z. B. den Matzschlag — und sagt man noch die indirekten Steuern in den Gemeinden hinzu, so kommt man zu einer Belastung mit indirekten Steuern in Deutschland, die in allen anderen Staaten der Welt sehr erheblich übertrifft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daher sollte man durch eine Vermögens- und Erbschaftsteuer alle hier gemachten Steuerzuschläge ersetzen und so wenigstens eine einigermaßen gerechte Verteilung der Lasten herbeiführen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Behrens hat auf die Entlastung des Arbeitsmarktes durch

Einstellung neuer Tausende in die Kasernen

hingewiesen. Die Konsequenz wäre, man solle das ganze arbeitende Volk in die Kasernen ziehen. Wer die Mittel für die Unterhaltung der Soldaten aufbringen soll, scheint Herr Behrens nicht zu bedenken. Graf Poladowsky empfahl Sparsamkeit im Reich, in den Staaten und in den Gemeinden. Bei den Gemeinden ist diese Mahnung gar nicht am Platze, die Gemeinden können wirklich keinen Luxus entlassen. Wir haben bayerische Gemeinden, die 1100 Prozent Zuschlag zur Staatssteuer zahlen müssen. (Hört! hört!) um ihre Aufgaben zu erfüllen. In den Landtagen der Einzelstaaten empfiehlt man Sparsamkeit, hier aber bewilligen diejenigen Herren die unbilligsten Forderungen. Und was es denn anders, als Graf Poladowsky noch Mittel zu sparen? Keineswegs, er trägt sogar den größten Teil der Schuld an der gegenwärtigen Lage, denn er ist der Vater des Zolltarifs. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit großer Leidenschaft hat Graf Poladowsky sich gegen das Erbrecht des Fiskus gewandt und der Regierung vorgeworfen, bei der Begründung des Entwurfs arbeite sie mit sozialistischen Argumenten und Theorien. Dabei ist der Entwurf gegen den früheren von 1907/09 ganz erheblich abgeschwächt. Auf die Dauer wird das Reich auf diese Einnahmequelle nicht verzichten können, denn das Volk hat es satt, die wachsenden Lasten allein zu tragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In diesem Zusammenhange unterstreiche ich auch den Protest den mein Freund Emmel gestern gegen das Fortbestehen der Zuckersteuer erhoben hat. — Herr Speck entnahm aus den Worten Südekums, wir Sozialdemokraten wollten positiv an den Steuerreformarbeiten mitarbeiten; die Arbeiterklasse zeigte sich dabei aber gerade auf der äußersten Linken, während die Arbeitervereine sind wir natürlich nicht dabei, wenn die Steuern auf den Konsum der Massen erhöht werden sollen. — Der Abg. Speck hat zum Schluß ein paar kräftige Worte über die ungeheure Steuerlast

die Verbrossenheit in weiten Volksschichten

darüber gefunden. Seine Worte waren nach München gerichtet. „Kramer- und Philistergeld“ wurde den Wegnern der Militärvorlage und der Vermögensabgabe von der Bayerischen Staatsregierung zum Vorwurf gemacht, dem Organ des Frh. v. Herling, das um die Wette mit der Norddeutschen Allgemeinen, nur etwas aufdringlicher, Tag für Tag diese Vorlagen vertreten hat. Die bayrischen Bundesratsbevollmächtigten sind im Bundesrat sowohl ausschlaggebend für die Militärvorlage, wie für die Deckungsvorlage gewesen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es stand garrnichtig auf um die Wehrvorlage (hört, hört!), und wenn die bayrischen Bundesratsbevollmächtigten nur einigen Widerstand geleistet hätten, hätten wir uns jetzt nicht mit dieser Wehrvorlage und solchen Deckungsvorschlägen zu befassen. Es hat noch keine Regierung in Bayern gegeben, die Breiten gegenüber sich so gefällig gezeigt hat, wie das liberale Ministerium Hertling. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Kein Ministerium vorher hat auf Wünsche, die von Berlin gekommen sind, so ganz wehrlos reagiert. Es hat sich überhaupt seit dem Tode des bayerischen Prinzregenten Luitpold ein völliger Umschwung in der Stimmung zwischen Berlin und München ergeben. Dafür ist auch charakteristisch der Besuch des jetzigen Prinzregenten in Berlin, wobei er sich für die Reichstagsabgeordnete vorstellen ließ und sie ermahnte, hier im Reichstage ihre Pflicht zu erfüllen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Das ist eine ganz neue Erscheinung für Bayern. Keiner der Vorgänger des jetzigen Prinzregenten hat sich in die politischen Angelegenheiten und die Angelegenheiten der Volksovertretung eingemischt, und es ist nur zu bedauern, daß die bürgerlichen Abgeordneten bei dieser Vorstellung nicht das rechte Wort gefunden und nicht gesagt haben:

Soheit, das sind unsere Sagen,

in der Beziehung haben Sie uns nicht drein zu reden! (Sehr gut b. d. Soz., Lachen rechts.) Man fragt: was werden die Gegenleistungen von Berlin für das willkürliche Verhalten der bayrischen Regierung bei den Militär- und Deckungsvorlagen sein, und man sagte, die Jesuiten werden dafür eingetauscht werden. Es hat infolge dieser Dinge eine gewisse Mißstimmung in Bayern Platz gegriffen. So hat z. B. der „Bayrische Kurier“, das führende Organ der Zentrumspublikistik, einen sehr scharfen Artikel gebracht, worin es heißt: „Der Militarismus frisst uns auf, wohin soll das führen! Heute kosten uns 5 Jahre des Friedens soviel und mehr als ein verkorkter Krieg von gestern.“ (Hört! Hört! b. d. Soz.) Aber auch bis in die höchsten Kreise in Bayern macht sich Mißstimmung bemerkbar. Das beweist ein Artikel des Reichsrats Graf von Preussing in der „Zukunft“. Er schreibt: „Eine solche einmalige Abgabe ist eine Kriegskontribution und muß, wie jede gewalttätige Maßnahme, durch den bloßen Schrecken, durch die Erschütterung das Vertrauen in die Stabilität unserer Verhältnisse verwirren. Es wäre höchst bedauerlich, wenn die Impulsivität, das Spontane nun auch auf das äußerste Mäßernheit erforderliche Finanzwesen übertragen würde.“ (Hört! Hört! b. d. Soz.) Daß der Wehrbeitrag gerade freudige Aufnahme im Reichstag gefunden hat, kann ich nicht sagen. Dies Mittel gegen die Mißstimmung kommt ja von unseren Wenigsten David, und ich möchte die Regierung ersuchen, von dieser Artur ausgiebigen Gebrauch zu machen. Der vorgeschlagene Prozentsatz ist viel zu gering, 4% wären viel wirksamere. Selbstverständlich darf es Grundvermögen nicht bestraft werden, ebenso wenig wie die tote Hand, abgesehen von Wohltätigkeitsleistungen, außer Betracht bleiben könne. Graf Westarp hat sich in einem Anflug von Galgenhumor den Scherz erlaubt, es müßte auch geprüft werden, ob man

vorlagen sein, und man sagte, die Jesuiten werden dafür eingetauscht werden. Es hat infolge dieser Dinge eine gewisse Mißstimmung in Bayern Platz gegriffen. So hat z. B. der „Bayrische Kurier“, das führende Organ der Zentrumspublikistik, einen sehr scharfen Artikel gebracht, worin es heißt: „Der Militarismus frisst uns auf, wohin soll das führen! Heute kosten uns 5 Jahre des Friedens soviel und mehr als ein verkorkter Krieg von gestern.“ (Hört! Hört! b. d. Soz.) Aber auch bis in die höchsten Kreise in Bayern macht sich Mißstimmung bemerkbar. Das beweist ein Artikel des Reichsrats Graf von Preussing in der „Zukunft“. Er schreibt: „Eine solche einmalige Abgabe ist eine Kriegskontribution und muß, wie jede gewalttätige Maßnahme, durch den bloßen Schrecken, durch die Erschütterung das Vertrauen in die Stabilität unserer Verhältnisse verwirren. Es wäre höchst bedauerlich, wenn die Impulsivität, das Spontane nun auch auf das äußerste Mäßernheit erforderliche Finanzwesen übertragen würde.“ (Hört! Hört! b. d. Soz.) Daß der Wehrbeitrag gerade freudige Aufnahme im Reichstag gefunden hat, kann ich nicht sagen. Dies Mittel gegen die Mißstimmung kommt ja von unseren Wenigsten David, und ich möchte die Regierung ersuchen, von dieser Artur ausgiebigen Gebrauch zu machen. Der vorgeschlagene Prozentsatz ist viel zu gering, 4% wären viel wirksamere. Selbstverständlich darf es Grundvermögen nicht bestraft werden, ebenso wenig wie die tote Hand, abgesehen von Wohltätigkeitsleistungen, außer Betracht bleiben könne. Graf Westarp hat sich in einem Anflug von Galgenhumor den Scherz erlaubt, es müßte auch geprüft werden, ob man

die Arbeitergewerkschaften zur Vermögensabgabe

herangezogen könne. Das war wohl nur ein verspäteter Aprilscherz, der nicht ernst zu nehmen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die vorgeschlagene Stempel- und Luitungssteuer erfassen sämtliche verdienstmäßige Gegenstände, die es zwischen Himmel und Erde gibt. (Heiterkeit.) In dieser Beziehung hat die Regierung gründliche Arbeit geleistet. Einzuwenden ist gegen diese Steuer vor allem, daß sie nur den Teil des Volkes treffen, der so vornehmlich war, sich gegen Unglücksfälle usw. zu versichern. Eine vernünftige Regierung müßte alles tun, um das Versicherungswesen zu fördern. 75% der Versicherten werden diese Steuern zu zahlen haben, und besonders schwer wirken sie auf den Mittelstand.

Für das Erbrecht des Fiskus werden wir einen anderen Verteilungsmaßstab beantragen, etwa den, der dem Reichsvermögenswertwachstumssteuergesetz entspricht, 50% für das Reich, 10% für den Bundesstaat und 40% für die Gemeinde. Zur Gemeinde steht der Erblaffer vielfach in so naher Beziehung, daß sie in erster Linie als Erbe mit in Betracht kommen muß. Auch werden den Gemeinden durch die neuen Deckungsvorlagen erhebliche Lasten aufgebürdet.

Ein festerer Schluß auf die Lösung der Deckungsfragen läßt sich noch nicht ziehen, man weiß nicht, ob dieselbe Mehrheit die die Deckungsvorlage bewilligen wird, auch die Deckung bewilligen wird. Es hängt das von den Nationalliberalen ab. Herr Roland-Lücke sagte, sie werden an der Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer festhalten. Man, wir wollen abwarten, ob sie konsequent bleiben. Unser Hauptinteresse an der Erledigung der Deckung konzentriert sich in dem Bestreben, von den breiten Massen des Volkes jede neue Belastung fernzuhalten. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Arendt (Wpt.)

erklärt die beabsichtigte Verstärkung des Kriegsschatzes für dringend notwendig, doch wäre es gut, diese Bestände der Reichskasse und damit auch dem Verkehr zugunsten zu geben. Bei Ausbruch eines Krieges würde das Geld doch zur Verfügung stehen, da man die Barauslösung der Banknoten dann suspendieren würde. Am Schluß dieser Debatte möchte ich noch sagen, was bisher noch garnicht erwähnt wurde: es kommt nicht nur darauf an, daß Militär- und Deckungsvorlagen angenommen werden, sondern vor allem darauf, daß wir sie schnell annehmen und daß das geschieht unter Einigkeit der bürgerlichen Parteien und ohne Konflikt zwischen Reichstag und verbündeten Regierungen. Wir müssen die Prinzipienfragen bei dieser großen, für das Vaterland ausschlaggebenden Frage zurückstellen. Der Zukunft möge es dann überlassen bleiben, den Kampf um die Prinzipien durchzuführen, die wir diesmal nicht lösen können, weil es uns an Zeit gebricht. (Bravo! rechts.)

Abg. Südekum (Soz.):

Im Gegensatz zum Vorredner bin ich der Meinung, daß es gerade jetzt Zeit ist, die Prinzipienfragen aufzuwerfen. Wenn wir es jetzt nicht tun, werden wir in absehbarer Zeit keine Gelegenheit dazu haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das wird Herr Arendt selbst nicht glauben, daß man aus heiler Haut heraus, ohne die zwingende Notwendigkeit, bestimmte Vorlagen zu verabschieden, sich über solche Prinzipienfragen wieder unterhalten wird. Im übrigen haben wir Zeit in Hülle und Fülle zur Verfügung. Die Frage, ob es gelingen kann, durch die schwarzblauen Parteien mit einigem Zutrom aus den Reihen der Nationalliberalen die ganzen Vorlagen unter Dach und Fach zu bringen, ist auch keineswegs neu, sondern darum hat sich die ganze bisherige Debatte gedreht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichskanzler meinte, ich hätte mich geirrt in der Annahme, seine Worte über die verhängnisvollen Folgen über Wohlleben und Luxus hätten sich auf Deutschland bezogen, in Wahrheit habe er damit eine allgemein historisch-philosophische Maxime zum besten geben wollen. Ich habe das Sinogramm seiner Rede noch einmal nachgesehen und kann darauf beharren, was ich gesagt habe, nicht zurücknehmen. Es ist ja richtig, daß der Reichskanzler in der Dunkelheit seiner Aussprüche mit Heraklit erfolgreich wetteifert. (Heiterkeit.) Im übrigen war er ja schon einmal genötigt, seine Ausführungen über Slaven- und Germanentum zu interpretieren. Die Hauptfrage für den Reichskanzler war wohl jedenfalls gegenüber den Ausführungen von der Linken zu warnen vor dem Wege einer Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer.

Diese Warnung findet bei uns taube Ohren.

Ich erkenne darin nicht den Versuch, wirklich das Reich und die Einzelstaaten vor Gefahren zu bewahren, sondern den Versuch, an dem heutigen Privilegienstand nichts ändern zu lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das System, daß Einzelstaaten Zuschläge zu Reichssteuern leisten, ist gar nichts Neues. Wir haben es allerdings in etwas anderer Form bei der Reichserbschaftsteuer, bei der Reichsvermögenssteuer, bei der Totalinkommensteuer. Wir sagen im Gegensatz zum Reichskanzler, gerade, wer es ernst und gut mit dem Reiche meint, muß darauf bestehen, daß das Reich zur direkten Besteuerung übergeht, damit wir aus den unhaltbaren Zuständen der heutigen Finanzwirtschaft herauskommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß, der Ruf nach direkten Steuern ist schon alt, er ist schon erhoben worden bei der Gründung des Reichs im Artikel 70 der Verfassung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bisher hat das Streben nicht zum Erfolg geführt, aber wenn man alles aufgeben wollte, was nicht auf dem ersten Anheiß gelingt, so wäre kein großes Wert der Welt überhaupt zur Botsendung gekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kulturaufgaben der Einzelstaaten werden darunter nicht leiden. Sie sind so unbedingt notwendig, daß sie gelöst werden müssen, ganz gleich wie. Es bleiben auch noch viele direkte Steuern in den Einzelstaaten übrig. Bei der Gegenüberstellung der direkten und indirekten Besteuerung in Deutschland hat der Reichskanzler unseren Standpunkt ganz unberücksichtigt gelassen.

die enorme Verrentung der im Lande selbst gewonnenen und verarbeiteten Nahrungsmittel, namentlich des Brotes. (Aber eine Milliarde muß das heutige

Voll für seinen Brotbedarf infolge der Getreidepreise mehr aufbringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) (Zurück rechts: Wo ist es denn in Frankreich?) In Frankreich fällt der Weizenpreis durchaus nicht eben so im Preise in die Erscheinung wie bei uns, weil Frankreich fast keine Einfuhr aus dem Ausland braucht. Warum hat der Reichsminister nicht das nahegelegene Beispiel von Ungarn genommen, warum nimmt er ganz allein auf Frankreich Bezug? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Reichsminister am Schluss wieder die Sammelrede des Reichstages, und die Nationalliberalen noch einmal die Idee des Anschlusses an den schwarzblauen Block zu gewinnen sucht, mit dem Hinweis darauf, daß der Weg zur direkten Reichsteuer verfehlt sei durch seine Warnungen, so verweise ich darauf, daß der Weg zur direkten Reichsteuer, noch dazu in einer so kritisch gespannten Lage wie der jetzigen, bauen wollte, auf Sand gebaut hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beim Abgang des Fräulein Wölff hat Herr v. Bethmann Hollweg

sehr rasch und exalt seine Überzeugung geäußert, und ich bin überzeugt, wenn die Mehrheit des Reichstages jetzt eine direkte Reichsteuer beschließt, wird der Reichsminister ebenso schnell wieder umdrehen. (Beifall bei den Soz.) Damit schließt die Debatte. Die Verlagen gehen an die Budgetkommission.

Das Haus verläßt sich.
Nächste Sitzung Montag 2 Uhr (Ort des Auswärtigen Amtes und des Reichsministers.
Schluß: 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. In der Mitgliederversammlung, die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus tagte, wurde der Geschäfts- und Kassenbericht für das 1. Quartal 1913 erstattet. Die ersten 3 Monate des laufenden Jahres standen im Zeichen großer Arbeitslosigkeit. Nicht weniger als 291 Kollegen aus allen Berufen waren beschäftigungslos. Stellen wurden gemeldet für fast 159, zur Ausschüttung 207. Bezieht wurden für fast 118, zur Ausschüttung 182. Am Schlusse des Quartals blieben noch 46 arbeitslos. Aus dem Kassenbericht ist zu ersehen, daß an 183 männliche und 5 weibliche Mitglieder 4813 Mk., 262 männliche und 23 weibliche weibliche Mitglieder 375 Mk. gezahlt wurden. Dazu kommen noch 519 Mk. für Rechtschutz, 52 Mk. in Vorkosten und 2178 Mk. für Streikunterstützung; insgesamt 15088 Mk. in einem Vierteljahr. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Seit gab den Geschäftsbericht. Es sind im 1. Quartal durch Hilfe des Verbandes für eine Anzahl Mitglieder Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht worden, insbesondere haben die in Kaffee-Rösterei Beschäftigten Vorteile erzielt. Der Verband hat im 1. Quartale um 75 Mitglieder zugenommen. Die Ortsverwaltung ist bemüht, nach allen Kräften die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Die Kollegen sollten aber ihrerseits bestrebt sein, die Ortsverwaltung zu unterstützen und unausgeseht für den Ausbau des Verbandes zu wirken.

Die Dresden-er Schnittpfänder veranstalteten am Dienstag, den 13. cr., im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal, eine öffentliche Versammlung, in der ihr Zentral-Organ, der Reichstagsabgeordnete J. Simon, Nürnberg, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den amerikanischen Schuhfabriken Bericht erstatten wird. Simon war Mitredakteur der Studienkommission in Amerika. Da die technische Entwicklung in der Schuhindustrie eine große Rolle spielt, und bei den meisten Lohnforderungen auf die amerikanischen Konkurrenz verwiesen wird, war es notwendig die Verhältnisse persönlich kennen zu lernen. Es ist zu erwarten, daß die Versammlung zahlreich besucht wird. (Siehe Interlat.)

Der Verband der Bucher hielt am Sonnabend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung an, in der die Abrechnung vom ersten Quartal gegeben wurde. Dann wählte man den Kollegen Komaritzki zum Bevollmächtigten. Kollege Gerlach berichtete über die Verhandlungen des Gewerkschaftskomitees. Auch der Arbeitsnachweis und die Herberge der Bucher soll nach dem Gewerkschaftshaus verlegt werden. Die Zeitungsverteilung wurde dem Kollegen Schöpe übertragen.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Streik in der Binnen-Schifffahrt.

Am Sonnabend, den 12. d. Mis., tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung der Binnen-Schiffer. Der Bevollmächtigte Schöning erstattete Bericht über den Stand des Streiks. Das Verhandlungsergebnis bildete die einstimmige Annahme nachfolgender Resolution:

„Die am 12. April 1913 zu Berlin tagende außerordentliche Generalversammlung der Binnen-Schiffer nimmt Kenntnis von dem Stande des Streiks und konstatiert, daß die in verschiedenen Preßnotizen enthaltenen Mitteilungen, wonach die Reichen der Streikenden sich erheblich zu lichten beginnen nicht zutreffen und daß infolgedessen für die Binnen-Schiffer kein Grund vorliegt, dem Wunsche des Unternehmerverbandes zu entsprechen und bei diesem um Frieden zu bitten.“

Die Verammelten erklären — trotz des bisher ablehnenden Verhaltens des Unternehmerverbandes — erneut ihre Bereitwilligkeit, jederzeit auf der Basis der Gleichberechtigung mit dem Unternehmerverband über die Beilegung der Differenzen zu verhandeln.

Die Generalversammlung beauftragt die Verhandlungskommission, von dieser ihrer Erschließung der Deffenlichkeit sowie dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes Kenntnis zu geben. Sie ermächtigt ferner die Verhandlungskommission, alle die Maßnahmen zu treffen, bezw. Beschlüsse zu fassen, die in Wahrung der berechtigten Interessen der Binnen-Schiffer sich als notwendig erweisen.“

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer wird am Montag ebenfalls zu der Situation Stellung nehmen.

Malermessers Not und Hilfe. Die einzige Stadt in der die Malermesser einen vollen Erfolg bei ihrer Aussperrung erzielt haben, ist Oldenburg i. Gr. Von 35 Meistern werden Gehilfen beschäftigt. Alle 38 haben ausgesperrt. Die Einigkeit geht aber auch dort in die Brüche, denn drei Firmen haben bewilligt.

Nachdem die Versuche des Unternehmerverbandes, die Bewilligungen rückgängig zu machen, sich als fruchtlos erwiesen hatten, erschienen die Material-Lieferanten dieser Firmen folgendes Schreiben:

In die Herren Fabrikanten und Kaufleute der Farbenbranche.
Der Malermeister Latzen verhält sich in unserem schweren Tarifkampf unholde. Nicht allein, daß er seine organisierten Gehilfen wider eingestellt hat, sondern er hat auch noch neue Leute dazu genommen. Sein Verhalten ist geradezu skandalös und hat den Unwillen der gesamten Metallgewerkschaft hervorgerufen. Alle gütlichen Vorstellungen führten zu keinem Erfolge.
Wir richten nunmehr an Sie die höfliche Bitte um Unterstützung. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie
1. dem Herrn keine Materialien liefern, so lange der Kampf dauert,
2. sofern Sie noch irgend welche Forderungen an Genannten haben, diese zunächst sofort mit 24stündiger Frist erlassen und jede weitere Kreditvergrößerung unterlassen, bis der Kampf beendet ist.
Kommen wir uns Ihrer Zusage nach beiden Richtungen zu freuen, so wird Ihnen der Fond unserer Kollegen sicher sein.
Mit vorzüglicher Hochachtung!
Der Vorstand der Zwangsvereinigung der Maler und Lackierer.
Der Vorstand des Arbeitgeber-Ortsverbandes.
Zerstreuen wollen die Herren aber immer noch nicht gemacht sein. Auch der Vorsteher des Unternehmerverbandes
L. L. L.

steht sehr in der Arbeit. Damit er nicht in die Versuchung kommt, auch unzufallen, werden ihm diverse Malerlehrlinge zur Sonntagsarbeit geliehen. So hat er am Sonntag, den 6. April, seine beiden Lehrlinge neben 4 anderen, darunter die Lehrlinge des Obermeisters, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in einem von ihm erworbenen Hause mit Malerarbeiten beschäftigt. Die kleinen Malermeister sind doch tüchtige Strategen.

Streik in der Textilindustrie. Bei den Mautnerschen Textilwerken in Neichenbach sind schon wieder Lohnstreikaktionen ausgebrochen. Bekanntlich hat nach längerem Streik im vergangenen Jahre die Firma mit dem deutschen Textilarbeiterverbande einen Tarifvertrag für ihre Arbeiter abgeschlossen. Infolge fortgesetzter Verletzungen dieses Tarifs, die die Firma beging, hat sich nun der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes veranlaßt gesehen, die Sperre über die Firma zu verhängen. Die Arbeiterschaft hat die Kündigung eingeleitet. Die bei der Firma Julius Neugebauer noch bestehenden Lohnunterschiede sind ebenfalls noch nicht beigelegt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die Nieder-Salzbrunner Giftmord-Affäre vor dem Schwurgericht.

Auch am zweiten Verhandlungstage war der Andrang der Neugierigen ein außergewöhnlich großer. Die fortgesetzte Zeugenerhebung konnte in dem Falle des Arbeiters Kaufe nichts Neues einbringen. Dagegen verstärkten sich die Verdachtsmomente in dem Falle Wittig. Selbst der Verteidiger des Angeklagten führte in seinem Plädoyer aus, daß er zugeben müsse, daß der Angeklagte einen großen Verdacht auf sich geladen gellen könne, dies zu bezeugen, wolle er der Prüfung der Geschworenen überlassen.

Aus dem Angeklagten darauf das letzte Wort erteilt wurde, beteuerte er mit laut weinerlicher Stimme seine Unschuld. Nach einhalbstündiger Beratung sprachen ihn die Geschworenen des Mordes an dem Hilsbrenner Wittig schuldig. In dem Falle des Arbeiters Kaufe wurde die Schuldfrage verneint. Das Gericht verurteilte dann Wurst wegen Mordes in einem Falle zum Tode und sprach ihn in dem zweiten Falle frei. Der Angeklagte nahm das Urteil faßungslos entgegen.

Glogau, 14. April. Unglaubliche Schweinerei. Die frühere Bäckerin der Bahnhof-Restaurant in Raudten, die Rentiere Alara Koboich geb. v. Pavenberg, jetzt in Liegnitz wohnhaft, hat wiederholt Raffektassen und Biergläser zum Verfrachten von Rotdurst benutzt. Tassen und Gläser wurden nach oberflächlicher Reinigung wieder im Restaurationsbetrieb benutzt. Und diese ekelhafte Schweinerei fühlte das Gericht nur mit einem Monat Gefängnis.

Sandberg, 14. April. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Der seit 40 Jahren in der Wilhelmstraße beschäftigte 62 Jahre alte Eisenhobel Erdaer hatte das Unglück, mit dem linken Arm zwischen der Stahlfalter und das Verblettungsstück zu geraten, wobei dem Verletzten die Hand vollständig abgerissen und der Arm schwer verletzt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte der Verletzte trotz seiner furchtbaren Verletzungen mit zwei Verletzteten zur Elektrischen nach dem Knappschastelazarett in Waldenau.

Guhra, 13. April. Wie das Gesinde behandelt wird. Vor dem hiesigen Schöffengericht war ein Dienstknecht wegen Verletzung und Körperverletzung eines Inspektors vom Dominium Wendradt angeklagt. Der Klage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Einem Morgen im Februar d. J. hatte der Beklagte nach der Meinung des Inspektors zu spät angepöppelt. Auf die Entgegnung des Knechtes, daß das Pferd lahm sei und nicht hätte angepöppelt werden können, schlug der Inspektor den Knecht ins Gesicht, wobei diesem die Nase blutete. Mit der durch Zeugen festgestellten Drohung: „Ich schlage Dir die Knochen im Leibe entzwei, wenn Du nicht antwortest“, drang der Inspektor auf den bedeutend schwächeren Knecht ein, wobei sie beide bald zur Erde fielen. Ihn sich seines Feindes zu erwehren, schlug der Knecht denselben mit einem Lederrücken ins Gesicht und verletzte ihn unerschütterlich. Die Folge war obige Anklage. Das Gericht stellte sich, nachdem der Antragsanwalt 10 Tage Gefängnis beantragt hatte, auf den vernünftigen Standpunkt, daß hier Notwehr vorliege und erkannte auf Freisprechung.

Zum Glück lag hier die Sache so, daß der Knecht der zuerst Angeklagte war und von einer vorherigen „Reizung des Vorgesetzten“ nicht gesprochen werden konnte. Unsere mittelalterliche Gesindeordnung macht leider die läudlichen Arbeiter so rechtlos, daß sie nur in den seltensten Fällen gegen Mißhandlungen der Arbeitgeber oder deren Stellvertreter vorgehen können. Und hier war der Inspektor, dem man überhaupt ein barisches Wesen nachrühmt, einmal an den Unrechten gekommen. Würden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Landarbeiterverbande anschließen, von welchem sie in allen Lebenslagen Schutz und Hilfe erhalten, die Inspektoren und Bögte würden weniger „schlagfertig“ sein.

Brieg, 14. April. Ein Muster-Christ. Als wir im Dezember v. J. zur Gewerbegeheimwahl Stellung nahmen und in einer Notiz der Volkswacht die Christlichen mit dem Ausdruck „Mauwmaße“ bezeichneten, antworteten diesem ihrerseits mit einem Flugblatt. An der Spitze des christlichen Wahlzetteles zur letzten Gewerbegeheimwahl prangte auch der Name des Arbeiters August Brückner. Dieser Herr, der freisorgende Arbeiter beleidigte und mit dem Messer bedrohte, macht sich bei keiner Geschäftstunung lieb kund, indem er auf die „Noten“ schimpft. Dieser Kandidat der Christlichen stand kürzlich wieder einmal vor dem ihm nur zu gut bekannten hiesigen Schöffengericht, um sich wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Bedrohung usw. verantworten zu lassen. Da Brückner wegen ähnlicher Fälle schon vielfach vorbestraft ist, wurde zwei Monate Gefängnis beantragt. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis. — Und solche christliche Elemente sollen und wollen selber Richter sein.

Bromberg, 14. April. Bei einem Großfeuer in der Brückenschen Ziegelei in Brinzenhal bei Bromberg brannten in der Nacht zum Freitag das Maschinenhaus und der Ringofen nieder. Das Feuer verbreitete sich so schnell, daß trotz energischer Abwehr durch mehrere Feuerwehren beide Gebäude völlig zerstört wurden. Das Feuer brach bald nach Mitternacht aus, und die Feuerwehren hatten bis 5 Uhr früh mit den Löscharbeiten zu tun. Bei verschiedenen Bränden in Bromberg und in der Umgebung, die in den letzten Jahren auf industriellen Anlagen, Holzplätzen usw. ausbrachen, so scheint auch in diesem Falle, wie die „Ostdeutsche Presse“ bemerkt, böswillige Brandstiftung vorzuliegen.

Bromberg. Ein Kind verbrannt. Ein Kind, das einen Augenblick ohne Aufsicht in der Wohnung gelassen war, kam dem eisernen Ofen zu nahe. Dabei erlitten die Kleider in Brand und das Kind erlitt so gefährliche Brandwunden, daß es daran nach kurzer Zeit verstarb. — Schwere Brandwunden erlitt ein vierjähriges Mädchen einer Witwe im Barocke Schwedenhöhe. In Abwesenheit der Mutter riß das Mädchen einen Lept voll heißen Wassers vom Kochherd herunter und die heiße Flüssigkeit glug ihm über den ganzen Körper.

Diese Fälle beweisen so recht, welchen Schaden Arbeiterkinder ausgeht, wenn die Mutter aus dem Hause muß, um zu verdienen. Und doch heißt es immer: „Die Frau gehört ins Haus“.

Bromberg, 14. April. Kein Spielzeug. Im nahegelegenen Schröttersdorf verunglückten drei Kinder eines Arbeiters. Während die Mutter für kurze Zeit die Wohnung verlassen mußte, bewachten die Kinder den unbewachten Augenblick, um sich in des Besitz der Streichhölzchen zu setzen, mit denen sie spielten. Dabei geriet eine wattierte Decke in Brand. Durch die starke Rauchentwicklung wurden alle drei Kinder ohnmächtig. Nachbarn löschten das Feuer und befreiten die Kinder. Der schnell hinzugerufene Arzt mußte leider den Tod des einen Kindes feststellen, während die beiden anderen nach dem Krankenhause gebracht werden mußten. Verwahrt die Streichhölzchen gut!

Hohenfalka, 14. April. Selbstmord aus Verzweiflung. Der Kaufmann Stupinski von hier, der durch den Einsturz des Reekhschen Hauses Sab und Gut verloren hatte und dann nicht mehr vorwärts kommen konnte, begab sich vor einigen Tagen in geschäftlichen Angelegenheiten nach Danzig. Diese hatten aber nicht den erhofften Erfolg und St. beging nun aus Verzweiflung Selbstmord. Die Leiche des 40 Jahre alten Mannes wurde bei Roppot von der Ostsee ans Land gespült. Man fand bei ihr nur 13 Pfennige vor.

Kosten, 14. April. Vier Arbeiter ertranken. Als vier Arbeiter in einem beschädigten Kahn über den Ragower See im Kreise Kosten sehen wollten, sank plötzlich das Fahrzeug mitten auf dem See. Alle vier Insassen, die des Schwimmens unkundig waren, ertranken. Ein in der Nähe befindlicher Lehrer machte zwar verzweifelte Versuche, Rettung zu bringen, vermochte jedoch nichts auszurichten.

Aus Oberschlesien.

Zur Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien.

Seit Monaten erwartet Oberschlesien einen großen Streik der Bergarbeiter, der aller Voraussicht am 18. d. M. ausbrechen wird. Ueber den Umfang des Streiks läßt sich gegenwärtig noch nichts bestimmtes voraussagen. Zweifellos wird der diesmalige Streik nicht die Dimensionen annehmen, die man im März v. J. befürchtete, wo bekanntlich die Polnische Berufsvereinigung den Stand der Lohnbewegung verhandelte. Ueber den Stand des kommenden Streiks sind die Meinungen sehr geteilt. In den Kreisen der Bergarbeiter vertritt man sich immerhin einen nicht unwichtigen Erfolg, während die Kapitalisten durch ihre eigene oder durch die General-Anzeigepresse die Nachricht verbreiten lassen, daß sie den Dingen gleichgültig gegenüberstehen. Zu sehr großen Auseinandersetzungen und zweifelsohne auch zu Prozessen dürfte es erst nach dem 15. d. M. kommen. Da wird sich herausstellen, ob die Grubenverwaltungen die eingereichten Klündigungen im Sinne des Gesetzes annehmen werden, oder ob die Klündigungen als nicht geschlossen erklärt werden. Bekanntlich berufen sich die Grubenverwaltungen darauf, daß, da die Namen der einzelnen Arbeiter nur auf Listen angedeutet sind und die Pol. Berufsvereinigung diese Klündigungen nur bedingungsweise einreicht, nämlich, daß diese nur dann gültig sind, wenn die gestellten Forderungen nicht bewilligt werden. Die Verwaltungen wollen diese Klündigungen als nicht gesetzlich anerkennen und werden deshalb bei Ausbruch des Streiks einen Teil des Lohnes einbehalten, was natürlich zu vielen Prozessen führen wird.

Über dem Kapital scheint die Sache denn doch nicht so gleichgültig zu sein, als wie nach außen markiert wird. Man scheint sich auch diesmal wieder auf die Folzige stützen zu wollen, dem Gendarmepatrouillen durchstreifen jetzt schon den Zinsultriebzit, wobei festzustellen ist, daß Gendarmepatrouillen von auswärtig herangezogen ist. Eine ganz jämmerliche Rolle spielt die katholische Arbeiterschaft, die die Zentrumspreffe, die sich sonst recht arbeiterfreundlich gebärdet, pendelt zwischen den Streikenden und den Sacharbeitern hin und her und beschränkt sich in der Hauptsache auf Berichte der kapitalistischen Zeitungen. Augenblicklich ist eine ganz heillose Verwirrung zu verzeichnen. Schuld haben in erster Linie die Sacharbeiter, die den kämpfenden jetzt direkt in den Rücken fallen werden, dann aber auch die Polnische Berufsvereinigung, die ihre Mitglieder nicht für den Lohnkampf, sondern in allerhand religiösen und nationalen Phrasen erziehen hat. Die ganze heutige Lage sollte den Bergarbeitern Oberschlesiens endlich die Augen öffnen, daß, wenn sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich erkämpfen wollen, dies nur durch den Deutschen Bergarbeiter-Verband (E. B. V.) möglich ist. So wie die Dinge augenblicklich liegen, muß man annehmen, daß die Brüder in Christo von Solinski bis zu Muschol mit den Arbeitern nur Schindluder treiben.

In den national-polnischen Katholikblättern vom Sonnabend, befindet sich ein Artikel, der sich mit der Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien befaßt und in dem die unwahre Behauptung aufgestellt wird, daß der Bergarbeiterverband hinter den Kulissen, zugunsten der Unternehmer, veräterische Arbeit treibe. Es ist daraufhin der Redaktion folgende Berichtigung zugegangen:

Es ist un wahr, daß vom „sozialistischen“ Bergarbeiterverband, hinter den Kulissen zugunsten der Arbeitgeber, veräterische Arbeit geleistet wird. Wahr ist, daß der Bergarbeiterverband durch den Unterzeichneten der polnischen Berufsvereinigung am 3. April d. J. folgenden Brief zugehen ließ:

Bestätige Ihnen hierdurch, daß, wenn der von Ihnen beschlossene Streik ausbricht, die Mitglieder unseres Verbandes nicht zum Streikbruch, sondern zur Solidarität, also zur Teilnahme am dem Streik auffordern werden.“

Dieses Versprechen wird der „sozialistische“ Verband auch halten, dafür birgt keine Vergangenheit. Die polnische Berufsvereinigung kann also ruhig den Streik proklamieren, Streikbruch hat sie vom Bergarbeiterverband, wie sie es vielleicht sehr gerne wünscht, nicht zu erwarten.

Mattbor, 14. April. Seinen schweren Verletzungen erliegen ist das 5 Jahre alte Söhnchen des Bäckermeisters Caffar von hier, das, wie gemeldet, in ein Schaff mit kochendem Wasser gefallen war.

Magnuska, 14. April. Sie werden nicht alle. Zu einer hiesigen Besitzerin kam ein brauner Gefelle der Puffa, um angeblich halber für seine Pferde zu kaufen. Das Gefährliche er recht bald auf das Wahrlagen, womit die Frau auch einverstanden war. Auf Geheiß des Zigeuners mußte die Frau sämtliches Geld, das sie in der Wohnung hatte, herbeibringen und in einen mit Wasser gefüllten Teller legen. Jetzt nahm der Zigeuner allen möglichen Hofuspokus vor. Beim Weggehen erhielt die Frau noch den Auftrag, das Geld im Teller eine geraume Zeit liegen zu lassen. Als sie dann das Geld nachzählte, fehlten von 70 Mark, die sie hineingelegt hatte, 36 Mark. Der Zigeuner war aber über alle Berge verschwunden.

Eine Hausapotheke für 75 Pf.
Carmol nimmt man 10 Tropfen bei Magen- und Darmverstopfung, Husten, Ohnmacht, ferner krusserlich bei Rheuma, Gicht, Kreuz-Brust-leid, Hals- und Kopfschmerzen
Flasche Mk. 0,75
125 und 3,50
überall erhältlich in Apotheken und Drogerien
8507/2